Antifaschistisches Info Blatt

# Antifaschistisches info Blatt

Nr. 58 | Winter/Frühling 2003 | 3,10 Euro



Schwerpunkt

## Die (Nicht) Entschädigung

NS-Opfer kämpfen weiterhin um ihre Rechte

### Neonazis

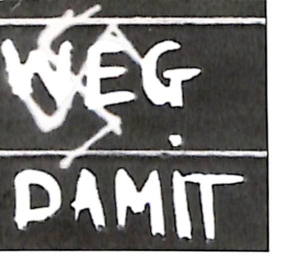
Elitenbildung durch Völkische Jugendarbeit

### Rassismus

»Ausreisezentren« treiben Flüchtlinge in die Illegalität

### Internationales

Burenterrorkommando in Südafrika verhaftet




# Inhalt

AIB 58 1 · 2003

## Rubriken



## Braunzone



## Titel / Schwerpunkt Die (Nicht)Entschädigung der NS-Opfer






## Antifa



## NS Szene






## Staat und Repression



## Rassismus



## Geschichte



## International



## Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

aib@mail.nadir.org

 www.nadir.org/nadir/periodika/aib

# Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Auch wenn der drohende Krieg gegen den Irak derzeit die Aufmerksamkeit fast aller fesselt, haben wir uns für einen anderen Schwerpunkt entschieden. Denn zum 70. Jahrestag der Machtübergabe an die Nationalsozialisten wird in der Öffentlichkeit derzeit am Mythos »Deutsche als Opfer« gestrickt. Damit spitzt sich ein Schlussstrich-Diskurs zu, der mit der vermeintlichen »Lösung« der Entschädigungsfrage und der Entscheidung für den Bau des Holocaust-Mahmals begann. Wir wollen dieser Geschichtspolitik, in der jegliche Abgrenzungen zwischen der bürgerlichen Mitte und dem neonazistischen Revisionismus aufgehoben werden, einen eigenen Schwerpunkt entgegensetzen und die Forderungen der wenigen noch überlebenden Opfer nationalsozialistischer Vernichtungspolitik und Zwangsarbeit in den Mittelpunkt stellen. Auf den Seiten 6 bis 16 findet Ihr Beiträge zur Geschichte und zum aktuellen Stand des langen Kampfes um Entschädigung und Anerkennung für ZwangsarbeiterInnen und andere Opfer des NS.

Über den bitteren Kampf der letzten noch lebenden Opfer der Shoa hinaus macht der öffentliche Diskurs auch sehr deutlich, dass die Stimmen der Überlebenden kaum noch Gehör finden. In einem Deutschland, das seine Rolle als europäische Ordnungsmacht immer stärker artikuliert, werden die Erinnerungen an den Holocaust, die Auseinandersetzung um Verantwortung von TäterInnen und MittäterInnen nur noch als störend empfunden. Zum Selbstverständnis antifaschistischer Bewegungen gehört es, diese Themen als Teil der eigenen Arbeit aufzunehmen und öffentlichkeitswirksam an der Seite der Opfer zu agieren. Viele Überlebende sind inzwischen sehr alt; diejenigen, die noch die Kraft haben, öffentlich aufzutreten, betonen in Gesprächen immer wieder, wie wichtig ihnen der Kontakt zu und die Zusammenarbeit mit jüngeren AntifaschistInnen ist. Die Sorge der Überlebenden, dass mit ihrem Tod Geschichtspolitik endgültig zum Spielball nationalistischer und konservativer Interessen wird, ist mehr als berechtigt. Wenn wir unsere Ansprüche als antifaschistische Bewegung ernst nehmen, müssen wir in dieser Auseinandersetzung Verantwortung übernehmen.

Im AIB 57 haben die Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt ihre Arbeit dargestellt. Im Winter 2002 sollte eine eigene Broschüre dieser Projekte erscheinen. Dazu ist es bislang nicht gekommen: Der Geldgeber Bundesregierung hat allen Projekten, die aus Mitteln des CIVITAS-Programms gefördert werden, einen Maulkorb verpaßt. Sie sollen nun ihre Öffentlichkeitsarbeit vorab dem Ministerium und der CIVITAS-Servicestelle vorlegen. In einem Akt der Zensur musste z.B. die Thüringer Opferberatungsinitiative ABAD ein antirassistisches Plakat von der Website nehmen; MOBIT musste einen Link zu einem Artikel der Frankfurter Rundschu über CIVITAS entfernen. Auch ansonsten ist die Lage vieler Initiativen, die seit 2001 öffentliche Mittel erhalten, dramatisch. In Sachsen-Anhalt steht der Verein Miteinander e.V. vor dem Aus, weil die CDU/FDP-Landesregierung die Förderung aus politischen Gründen um 70 Prozent reduzieren will. Das CIVITAS-Programm wird von der apolitischen Stiftung Demokratische Jugend auf Regierungslinie gebracht. Kritische, antifaschistische Projekte sollen abgewickelt und mundtot gemacht werden. Auch wenn wir als Teil der autonomen Antifabewegung das CIVITAS-Programm und die Arbeit mit staatlichen Mitteln vor allem kritisch begleitet haben, halten wir es für wichtig, die bedrohten Projekte zu unterstützen. Schließlich geht es um mehr, als um Geld; nämlich um die Definitionsmacht in der Öffentlichkeit, wie Rechtsextremismus und seine unterschiedlichen Erscheinungsformen wahrgenommen werden und wie man dagegen vorgeht. Deshalb findet Ihr auf den Seiten 18 bis 22 einen Artikel über die Jugendarbeit der Neonazis. In den letzten Jahren haben wir uns mit dem Blick auf »White Noise« mit wachsenden kulturellen Einflüssen der extremen Rechten in Jugendbewegungen auseinandergesetzt. In diesem Heft analysieren wir einen Ansatz der Neonazis, durch organisierte Jugendarbeit rechte Elitenbildung voranzutreiben.

Um uns dem entgegenzustellen, vertrauen wir auf die bewährte Mischung aus Öffentlichkeitsarbeit, Recherche und offensivem Selbstschutz.

In diesem Sinne wünschen wir Euch und uns ein Frühjahr, in dem wir uns unüberhörbar einmischen.

Dank und Hinweise:

Ein riesengroßes Dankeschön geht an die Antifa Neckar-Odenwald/Keine Lichterkette und die Bands Peace of Mind, nineyearswar, gl 244 und cruise missiles, die am 31. Januar 2003 in Mannheim ein Solikonzert für das AIB organisierten. Die 580 Euro, die dabei für das AIB zusammenkamen, können wir supergut gebrauchen! NachahmungstäterInnen sind natürlich sehr erwünscht, denn wir brauchen weiterhin dringend Geld.

Ein weiterer Dank geht an alle, die den Spendenaufruf für die Holocaust-Gedenkstätte Theresienstadt unterstützt haben. Bisher sind 3.500 Euro zusammen gekommen; die Spendenaktion läuft weiter.

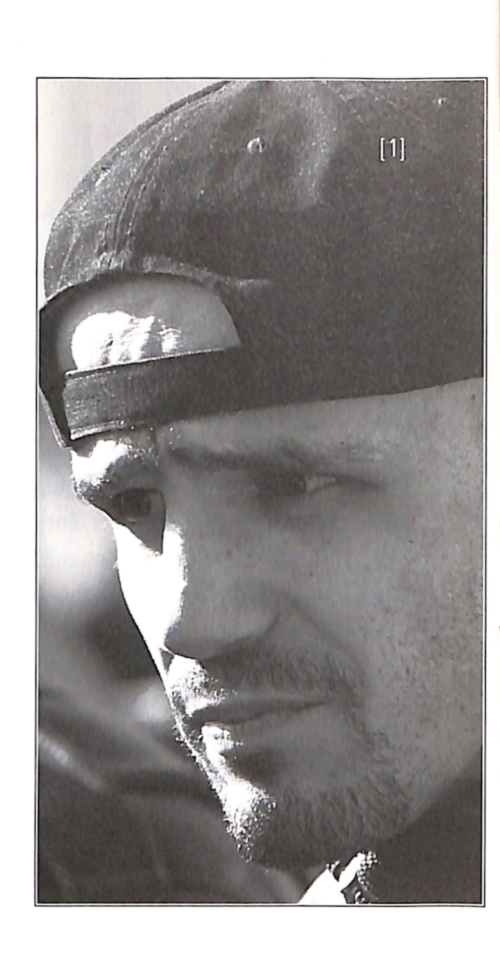
Hinweisen wollen wir auf den Kongress »Rock gegen Rechts !?!« am 21. bis 23. März 2003 in Hannover, der sich u.a. mit »Rechtsrock und rechte Tendenzen in Subkulturen« beschäftigt. Infos findet Ihr unter: http://www.ujz-korn.de/rgr.

Kurzmeldungen

## » NPD-Kader als erfolgloser Tankstellen-Einbrecher ?

Am 24. Oktober 2001 wurde Peter Borchert, Landesvorsitzender der NPD-Schleswig-Holstein, in seiner Neumünsteraner Wohnung festgenommen. Neben dem Vorwurf des Verstoßes gegen das Waffengesetz soll er Anfang Oktober zusammen mit seinem Freund Thorsten Krüger versucht haben, in eine Tankstelle in Rieseby einzubrechen. Dabei soll es den beiden nicht gelungen sein, in das Gebäude einzudringen, statt dessen wurden fünf Euro aus einem Münzautomaten erbeutet. Wenig später sollen sie nach Angaben der Kieler Staatsanwaltschaft bei einer weiteren Tankstelle in Vogelsang Grünholz erfolgreicher gewesen sein. Allerdings hätten sie ihr Auto mitsamt Diebesgut an Ort und Stelle stehen gelassen. Bei den nachfolgenden Hausdurchsuchungen in ihren Wohnungen sowie dem Club 88 wurde umfangreiches Beweismaterial sichergestellt. Der gegen Borchert verhängte Haftbefehl ist jedoch nach Angaben der Staatsanwaltschaft »unter engmaschigen Auflagen außer Vollzug gesetzt«. Um welche Auflagen es sich dabei angesichts Borcherts beachtlichem Vorstrafenregister genau handeln soll, verriet die Staatsanwaltschaft nicht. Zuletzt war Borchert Ende 2000 wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz zu einer einjährigen Bewährungsstrafe verurteilt worden, da er versuchte, mit einer halbautomatischen Waffe samt Munition eine Kieler Disco zu betreten. ■

[1] Peter Borchert




## » Nazi-Aktionen in Hoyerswerda

In den letzten Monaten des Jahres 2002 intensivierten Neonazis aus Ostsachsen ihre Aktivitäten in Hoyerswerda. So planten sie in der Stadt am 9. November eine Demonstration, die dann aber nach Protesten wieder abgesagt wurde. Am 17. November 2002 führten sie eine Gedenkveranstaltung zum »Heldengedenktag« durch, an der etwa 55 Neonazis teilnahmen. Diese Veranstaltung wurde von der Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG) organisiert, deren Bundesvorsitzender Lars Käppler mit vor Ort war. Am 7. Dezember 2002 fand dann ein Aufmarsch »gegen Arbeitslosigkeit« statt, an dem etwa 120 Neonazis aus Sachsen und Südbrandenburg teilnahmen.

Im Mittelpunkt der Neonaziaktivitäten in Hoyerswerda steht Sebastian Richter alias Sepp Hagen. Er kümmert sich um die Internetpräsenz der Mitteldeutschen Jugendzeitung (MJZ) und ist bei den Freien Kräften Hoyerswerda sowie der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) aktiv. Aus antifaschistischer Sicht besteht ein Zusammenhang zwischen der Reorganisierung der Szene in der Lausitzer Region sowie den zunehmenden Gewalttaten gegenüber MigrantInnen und linken, nicht-rechten Jugendlichen. ■

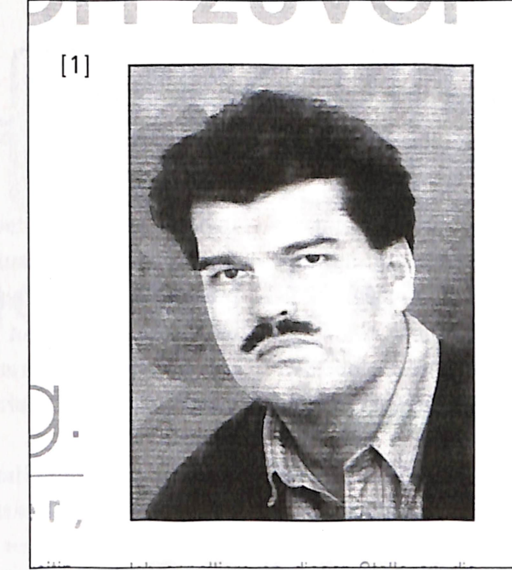



[1] 17. November 2002 in Hoyerswerda: BDVG-Chef Lars Käppler spricht bei einer sog. Heldengedenkfeier.

## › Porno-Spam von Nazihand

In Ausgabe 22/2002 berichtete das Computermagazin C't ausführlich über die Internetaktivitäten des Iphofener Naziaktivisten Dennis Entenmann. Dieser soll für das Versenden von Massenmails (sog. Spam) verantwortlich sein, mit denen er versucht, den Empfängern sogenannte Porno-Dialer »unterzuschieben«. Diese Dialer nutzen meistens sogenannte 0190-Mehrwertdienste der Telekom und verursachen bei den Geschädigten oft Kosten in fünfstelliger Höhe. Die Hintermänner verschanzen sich häufig hinter diversen Briefkastenfirmen mit Firmensitz im Ausland, da sich das versenden dieser Massenmails oft in einer Grauzone zwischen Legalität und Betrug bewegt. Entenmann, der laut C't- Recherchen auch unter dem Namen Oliver Dietsch auftritt, ist Aktivist des Bündnis Rechts und war für dessen Publikation Lübscher Aufklärer als Redakteur tätig und war Betreiber des Südsturm Versandes. Bei diesem Versand wurden 1999 bei einer Durchsuchung diverse CDs und Videos beschlagnahmt und gegen Entenmann wegen Volksverhetzung ermittelt. Dass Entenmann jedoch nicht nur kommerzielle Interessen im Internet verfolgt, zeigt eine Verurteilung aus dem März 2000. Vom Amtsgericht Calw wurde er wegen Aufrufes zum Mord an politisch Andersdenkenden zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. ■

## › Neonazi-Musik-Produzent verurteilt



[1]
Adrian Preißinger als Chefredakteur der Zeitschrift Nation.

Faksimile aus Nation 6-7/1993, S.4.

Am 19. Dezember 2002 verurteilte das Landgericht Dresden Adrian Preißinger wegen Volksverhetzung zu drei Jahren Haft. Darüber hinaus wurden 25.000,- Euro einbehalten, die u.a. aus den Gewinnen des Verkaufs von 46.000 Nazi-CDs stammten. Obwohl der 38jährige vom slowakischen Banska Bystrica aus europaweit führend an der Herstellung neonazistischer CDs beteiligt war, konnte er mit einer Einlassung vor Gericht einige Jahre unter dem Höchstmaß für derartige Straftaten bleiben. Zu Beginn der neunziger Jahre war Preißinger Chefredakteur der rechtsextremen Zeitschrift Nation. Später zog er mit der Firma Agentur für Kommunikation (AfK) einen Service für die Herstellung von neonazistischen Tonträgern auf. Zu seiner neonazistischen Klientel zählten Funny Sounds von Andreas Zehnsdorf, ehemalige Blood & Honour-Strukturen wie Movement-Records von Jens Hessler und H.A. Records des Hammerskins und V-Mannes Mirko Hesse. Am 6./7. Februar 2002 bereiteten sächsische Ermittlungsbehörden Preißingers Treiben ein Ende und nahmen ihn fest. Zeitgleich fand auch eine Durchsuchung beim Inhaber des sächsischen Sonnentanz-Versandes, Michael Probst, statt, bei dem die Polizei ca. 3.000 Nazi-CDs aus den Lieferungen der AfK fand. ■

Vgl. ND 21.12.2002; Bnr, Nr.1, 2003; AIB Nr.55, 2002.

## › Nazi-Mord in Erfurt

Am 27. Januar 2003 verstarb in Erfurt der 48-jährige H. Er erlag seinen Verletzungen, die ihm etwa zehn Täter aus der rechten Szene am 25. Januar 2003 vor einer Kneipe in der Erfurter Triftstraße zufügten. Hier gab es eine Auseinandersetzung zwischen einer Gruppe Punks und den rechten Schlägern. Ein weiterer Punk wurde schwer verletzt. Einige Tage später griffen vermummte AntifaschistInnen als Reaktion auf den Mord das Nazi-Tatoo-Studio Mjölnir von Jens Finger in der Kettenstraße und das Büro des Bundes der Vertriebenen in der Michaelisstrasse an. ■

## › Mildes Urteil für Totschlag

Wie das AIB in der letzten Ausgabe berichtete, wurde am 9. August 2002 im saarländischen Sulzbach der 19jährige Achmed S. von dem 25-jährigen Neonazi Carlos Neu mit fünf Messerstichen getötet. Im Januar diesen Jahres wurde Neu nicht wie zu erwarten wegen Mordes, sondern lediglich wegen Totschlags zu sechs Jahren Haft verurteilt. Die Staatsanwaltschaft ließ verlauten, es habe keine Hinweise auf »ausländerfeindliche Motive« gegeben. Das Gericht bemerkte dazu: »Was den Angeklagten zu seiner Tat veranlasst hat, weiß nur er selbst.« Die kurz nach der Tat bei Neu gefundenen Beweise für eine Zugehörigkeit zur rechten Szene – beispielsweise zahlreiche Waffen und eine Hakenkreuzfahne – spielten im Prozess scheinbar keine Rolle mehr. Das Gericht war sich der Brisanz seines Urteils bewußt, so dass die Urteilsverkündung von einem Großaufgebot an Polizeikräften begleitet wurde, um Proteste zu verhindern. ■

# Gegen Schlussstriche

» Seit nunmehr zwei Jahren scheint die Debatte um die Entschädigung ehemaliger deutscher ZwangsarbeiterInnen abgeschlossen zu sein. Der Bundestag hat eine Stiftung mit dem Titel »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« eingerichtet, ein Abkommen zur Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen wurde in breitem Einvernehmen von wirtschaftlichen und politischen Vertretern Deutschlands, der USA, Israels und fünf mitteleuropäischen Staaten verabschiedet. Bereits der Stiftungsname ist Konzept. Nachdem die Verantwortlichen oder Nachfolger der ehemaligen Profiteure der NS-Zwangsarbeit über Jahrzehnte jegliche Verpflichtung zur Erinnerung an ihre Vergangenheit ablehnten, haben sie nun scheinbar die (zumindest finanzielle) Verantwortung übernommen. Diese Entwicklung skizzieren wir in einem Überblicksartikel zur Entstehungsgeschichte der Zwangsarbeiterentschädigung.

Interessant ist vor allem der dritte Aspekt, den der Stiftungstitel beinhaltet: Die Zukunft. Nachdem die Debatte um die Entschädigung und damit der Zwang zur Auseinandersetzung formal als abgeschlossen gelten kann, meint man nun offenbar - der belastenden Verantwortung entledigt - sich der Zukunft zuwenden zu können.

Ganz in diesem Sinne wendet sich die öffentliche Debatte nun zunehmend »deutschen Opfern« des Zweiten Weltkrieges zu. Highlights des revisionistischen Geschichtsdiskurses: Die CDU/CSU- Bundestagsfraktion fordert einen »Gedenktag für die deutschen Bombenopfer des Zweiten Weltkriegs«, der Spiegel bringt Serien zur »Vertreibung der Deutschen« und zum »Bombenkrieg gegen die Deutschen«.

Die Abkommen zur Zwangsarbeiterentschädigung sind nur ein kleines Schuldeingeständnis im Vergleich zu den verheerenden nationalsozialistischen Verbrechen im Zuge des von Deutschland angezettelten Zweiten Weltkrieges. Zu viele NS-Opfer gehen nach wie vor leer aus, wie das jüngst gefällte Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in seinem Grundsatzurteil gezeigt hat. Demnach wurde die Klage von griechischen Opfern abgewiesen, die stellvertretend für 60.000 Angehörige Entschädigung für NS-Verbrechen in Griechenland von der Bundesrepublik als Nachfolgestaat gefordert hatten.

Es geht uns mit diesem Schwerpunkt darum, das scheinbare Ende der Zwangsarbeiterdebatte nicht als Schlussstrich zu sehen und den Blick gerade auf die bislang erfolgten Entschädigungen oder auf die noch sehr grossen weissen Flecken der noch immer NICHT Entschädigten zu lenken. Außerdem soll die IOM ins Blickfeld gerückt werden. Eine Organisation, der mit der Verteilung der Gelder eine wesentliche Aufgabe in der praktischen Umsetzung der Entschädigung übertragen wurde. Hier wird die Verbindungslinie zu aktuellen Auseinandersetzungen deutlich, da die IOM weltweit von verschiedensten Menschenrechtsorganisationen und Flüchtlingsinitiativen für ihre Vergabepraxis und Abschiebungspolitik angegriffen wird. ■



Einige historische Etappen

# Restitution Entschädigung »Wiedergutmachung«

Eine Woche vor der Unterzeichnung des Entschädigungsabkommens hatte der Bundestag die Einrichtung der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« beschlossen, die die Auszahlung von insgesamt 10 Milliarden D-Mark an die ca. 1,2 Millionen noch lebenden ZwangsarbeiterInnen koordinieren soll. Diese Entscheidung und die Unterzeichnung des Abkommens stellten das vorläufige Ende der zähen Verhandlungen zwischen Bundesregierung und deutscher Wirtschaft sowie NS-Opferverbänden, Rechtsanwälten und der US-Regierung dar.

**Die »Wiedergutmachung« - Eine »Erfolgsgeschichte«?**

Auf deutscher Seite war in diesem Zusammenhang viel von »politischer und moralischer Verantwortung für die Opfer des Nationalsozialismus« die Rede. Pathetische Floskeln, die darüber hinwegzutäuschen versuchten, dass die Verhandlungen über weite Strecken von deutschen Verweigerungshaltungen geprägt waren. In diesem Sinne konnte das Zustandekommen der Stiftung tatsächlich als ein »historisches Ereignis« bezeichnet werden. Dennoch oder gerade deshalb gewinnen in den politischen Diskursen verstärkt Interpretationen an Einfluss, die die Geschichte der »Wiedergutmachung« als eine weitere Facette der »Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik« beschreiben. So sprach die Bundesregierung in einer umfangreichen Bilanz der »Wiedergutmachung« schon im Jahr 1986 von einer »historisch einzigartigen Leistung [...], die auch die Anerkennung der Verfolgtenverbände im In- und Ausland gefunden hat«. Eine Einschätzung, die zahlreichen NS-Opfern als blanker Hohn erscheinen muss. Die Geschichte der Wiedergutmachung in der BRD ist auch die Geschichte eines »Kleinkriegs gegen die Opfer«, die sich allzu oft Ressentiments und behördlicher Willkür ausgesetzt sahen.

**»Arisierung«, Restitution und das BEG**

Bereits die vor allem von der US-Militärverwaltung (OMGUS) forcierten Bemühungen, eine Rückerstattung »arisierter« Vermögenswerte an ihre früheren Eigentümer durchzusetzen, stießen auf heftigen Widerstand in großen Teilen der Bevölkerung, der Politik und bei jenen Deutschen, die sich an der Ausplünderung der Juden bereichert hatten. OMGUS versuchte zunächst in Kooperation mit den deutschen Behörden ein Rückerstattungsgesetz zu entwerfen. Aus diesem Grund war seit 1946 der Stuttgarter Länderrat, die Vertretung der vier Ministerpräsidenten in der US-amerikanischen Besatzungszone, in die Vorbereitungen mit einbezogen. Die Auffassungen, welche Regelungen das Gesetz enthalten sollte, gingen jedoch weit auseinander. Während man auf deutscher Seite lediglich »Arisierungen« durch den NS-Staat wieder rückgängig machen wollte, beabsichtigte die amerikanische Militärverwaltung auch privat erworbenes Vermögen wieder zu restituieren. Der von OMGUS vorgelegte Gesetzesentwurf sah die Rückerstattung aller »arisierten« Vermögenswerte seit dem 15. September 1935 vor, dem Tag, an dem die »Nürnberger Rassegesetze« verabschiedet wurden.

Die Deutschen drängten dagegen darauf, lediglich die »Arisierungen« seit dem 9. November 1938 zu berücksichtigen. Da keine Einigung zu erreichen war, erließ die amerikanische Militärverwaltung im November 1947 das Restitutions-Gesetz (US-REG) im Alleingang. In den anderen Besatzungszonen traten in den folgenden Jahren Regelungen in Kraft, die sich an den Bestimmungen des US-REG →

Nachdem am 17. Juli 2000 im Auswärtigen Amt Vertreter der USA, Israels, Deutschlands, fünf mitteleuropäischer Staaten sowie Sprecher der deutschen Industrie, der Jewish Claims Conference und der US-amerikanischen Anwälte zusammen gekommen waren, um das lange umkämpfte Abkommen über die Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen zu unterzeichnen, sprachen sowohl der amerikanische Verhandlungsführer Stuart Eizenstat als auch Bundesaußenminister Joschka Fischer von einem »historischen Ereignis«.

orientierten. Die deutsche Öffentlichkeit reagierte auf diese Gesetze mit oftmals aggressiv-antisemitischen Protesten. Schon bald begannen sich die Rückerstattungspflichtigen in Verbänden zu organisieren. Die »Arisierungs«-Profiteure traten in der Zeitschrift Die Restitution für Entschädigungszahlungen an diejenigen ein, die angeblich unberechtigterweise durch das Restitutionsgesetz getroffen wurden. Eine Forderung, die auch in den Unionsparteien sowie in der FDP Sympathien fand.

Einer Umfrage vom August 1949 zufolge empfanden es nur 39 Prozent der Befragten als gerecht, das »arisierte« Vermögen zu gleichen Bedingungen zurückzugeben. Es wurden aber auch Stimmen laut, die ein bundesweit einheitliches Entschädigungsgesetz forderten. Vor allem NS-Opferverbände wie etwa die VVN forderten, nicht nur die »Arisierungen« rückgängig zu machen, sondern auch diejenigen zu entschädigen, deren Leben, Gesundheit und berufliches Fortkommen durch das NS-Regime beeinträchtigt worden war. 1949 verabschiedete der Länderrat der amerikanischen Zone ein entsprechendes Gesetz, das als Vorbild für das 1953 erlassene Bundesentschädigungsgesetz (BEG) diente. »Rassisch, religiös und politisch Verfolgte« konnten von nun an Entschädigungsansprüche geltend machen. Freilich war das Spektrum derjenigen, die Zahlungen auf Grundlage des BEG erwarten konnten, beschränkt. Zum einen galt das »Territorialprinzip«, demzufolge nur Deutsche oder Personen mit »räumlicher Beziehung« zu Deutschland Anträge stellen konnten. NS-Opfer im Ausland wurden durch das Gesetz nicht berücksichtigt. Zum anderen schloss das BEG etliche Opfergruppen von vornherein aus wie etwa Homosexuelle, Deserteure, Euthanasieopfer oder sogenannte »Asoziale«. Aber auch Entschädigungsberechtigten konnte aufgrund ihrer politischen Aktivitäten ihre Bezüge verweigert werden. Ähnlich wie die Restitutionsgesetze wurden auch die Entschädigungsleistungen an NS-Opfer attackiert. Mehrheitlich herrschte die Ansicht, dass vor den Geschädigten des NS-Regimes erst die Ausgebombten, die Vertriebenen und Flüchtlinge versorgt werden müssten. Selbstviktimisierungen und die Aufrechnung der nationalsozialistischen Verbrechen mit dem selbst erfahrenen Leid dienten als zentrale Argumentationsmuster, mit denen die Forderungen nach »Wiedergutmachung« zurückgewiesen wurden.

### »Wiedergutmachung« gegenüber Israel?

Ungefähr zeitgleich mit den internationalen Verhandlungen um die deutschen Reparationsleistungen begann 1952 bei Den Haag eine Konferenz, an der Vertreter der BRD, Israels und der Jewish Claims Conference teilnahmen, um über Entschädigungszahlungen an den Staat Israel und an jüdische NS-Opfer außerhalb Deutschlands zu entscheiden. In beiden Ländern war die Aufnahme der Verhandlungen höchst umstritten gewesen. Im israelischen Parlament hatten sich an dieser Frage erbitterte Debatten entzündet. Während Ministerpräsident Ben Gurion sich für die Verhandlungen aussprach, forderte die Cherut-Partei (Teil des späteren Likud): »Keine Gespräche mit einer Mörder-Nation!« Vor der Knesset kam es zu Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und der Polizei, bei denen mehrere hundert Personen verletzt wurden. Schließlich setzte sich jedoch die Linie Ben Gurions durch. Auf deutscher Seite wurden, besonders im Lager der Regierungsparteien CDU/CSU, FDP und DP zahlreiche Stimmen laut, die sich – oftmals mit antisemitischen Untertönen – gegen ein Wiedergutmachungsabkommen mit Israel wandten. Zum einen verwies man darauf, dass der materiellen und finanziellen Versorgung der eigenen Kriegsopfer Priorität eingeräumt werden müsse, zum anderen fürchtete man durch Entschädigungszahlungen an Israel die (Wirtschafts)beziehungen zu den arabischen Staaten zu belasten. In einer Regierungserklärung (1951) betonte Bundeskanzler Adenauer: »Das deutsche Volk hat in seiner überwiegenden Mehrheit die an den Juden begangenen Verbrechen verabscheut und hat sich an ihnen nicht beteiligt. [...] Hinsichtlich des Umfangs der Wiedergutmachung [...] müssen die Grenzen berücksichtigt werden, die der deutschen Leistungsfähigkeit durch die bittere Notwendigkeit der Versorgung zahlloser Kriegsopfer und der Fürsorge für die Flüchtlinge und Vertriebenen gezogen sind.«

Entsprechend dieser Auffassung hatte Adenauer bereits 1949 versucht, Israel mit Warenlieferungen im Wert von 10 Millionen D-Mark abzuspeisen. Das Angebot wurde von israelischer Seite umgehend zurückgewiesen. Es erscheint verwunderlich, dass die Konferenz bei Den Haag überhaupt zu einem Abschluss kam. Vor allem Bundesfinanzminister Fritz Schäffer (CSU) hatte immer wieder Vorstöße unternommen, die Verhandlungen zu



blockieren. Im Luxemburger Abkommen (1952) verpflichtete sich die Bundesrepublik, eine Globalentschädigung an Israel in Höhe von 3 Milliarden D-Mark zu leisten. Zusätzlich unterzeichnete die deutsche Delegation zwei Protokolle mit der Jewish Claims Conference, in der Entschädigungszahlungen von insgesamt 450 Millionen D-Mark für in der Diaspora lebende jüdische NS-Opfer sowie eine Verbesserung der deutschen Wiedergutmachungsgesetze zugesagt wurden.

Die Ratifizierung der Verträge durch den Bundestag geriet zur Farce: Während die oppositionelle SPD-Fraktion das Abkommen geschlossen unterstützte, enthielten sich 86 Abgeordnete der Regierungskoalition oder stimmten dagegen, genauso übrigens wie die 13 Vertreter der KPD, die erklärten, die Gelder würden dazu beitragen, Israel zu einem US-Stützpunkt im Nahen Osten auszubauen. Dieser krude Antiimperialismus war auch charakteristisch für die Haltung der DDR, die sich der Forderung nach Entschädigungszahlungen an Israel konsequent verweigerte.

### »Schlussstriche« und »vergessene Opfer«

Durch die Globalabkommen mit Israel und anderen Staaten, den Hinweis auf die Friedensvertragsklausel im Londoner Schuldenabkommen, die eng gefassten Opfer-Kategorisierungen des BEG sowie das BEG-Schlussgesetz von 1965 versuchte die BRD, die Dimensionen der Wiedergutmachungsleistungen zu begrenzen. Ein Konzept, das auch über Jahrzehnte weitgehend aufging. Klagen von ehemaligen ZwangsarbeiterInnen wurden von deutschen Gerichten konsequent abgewiesen. NS-Opfer in den osteuropäischen Staaten waren von Entschädigungszahlungen im allgemeinen ausgeschlossen.

Erst seit Beginn der 80er Jahre, als man vor allem auf staatlicher Seite begann, die Wiedergutmachungspolitik der Bundesrepublik als Erfolgsstory darzustellen, kam wieder Bewegung in die Diskussionen. Verfolgtenverbände, örtliche Initiativen und die entstehenden Geschichtswerkstätten machten verstärkt auf die bisher »vergessenen Opfer« des Nationalsozialismus aufmerksam. Dabei wurden zum einen Forderungen nach angemessenen materiellen Entschädigungen für diese Personengruppen erhoben, zum anderen sollte deren fortwährende Marginalisierung durchbrochen werden. Zu einem umfassenden Entschädigungsgesetz, wie es z.B. die Grünen im Bundestag in den achtziger Jahren und noch einmal 1995 vorschlugen, kam es aber nicht. Statt dessen richteten Bund und Länder »Härtefonds« ein, aus denen NS-Opfer, die jahrzehntelang nicht berücksichtigt worden waren, Wiedergutmachungszahlungen erhalten sollten. Diese lagen allerdings deutlich unter den Leistungen, die BEG-Berechtigte geltend machen konnten.

### Alles-wieder-gut-gemacht?

Seit den politischen Umbrüchen in Osteuropa rückte auch das Schicksal der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen aus Osteuropa ins Zentrum der Debatten. Die Verhandlungen im Rahmen des Zwei-plus-Vier-Vertrages »über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland« zwischen den vier ehemaligen Alliierten, der BRD und der DDR setzte die im Londoner Schuldenabkommen ausgeklammerte Frage nach deutschen Reparationszahlungen wieder auf die Tagesordnung. Die Bundesregierung konnte jedoch durchsetzen, dass alle etwaigen Wiedergutmachungsansprüche aufgegeben wurden. Die Entschädigung osteuropäischer NS-Opfer sollte durch »Versöhnungsfonds« geleistet werden, die in Polen, Russland, der Ukraine, Weißrussland, Estland, Litauen und Tschechien entstanden und in die die Bundesrepublik insgesamt etwa 1,8 Milliarden D-Mark einzahlte. Mit diesem lächerlich niedrigen Betrag hoffte man in Deutschland, endgültig einen Schlussstrich unter das Thema »Wiedergutmachung« gezogen zu haben. Zudem betonte die Bundesregierung in den Verhandlungen, Zwangsarbeit sei kein »NS-typisches« Unrecht gewesen, aus dem sich weitere Entschädigungsansprüche ableiten ließen.

Die deutschen Unternehmen verhielten sich gegenüber der Forderung, ehemalige ZwangsarbeiterInnen zu entschädigen, zumeist vollkommen abweisend. Allerdings geriet die jahrzehntelang vorgetragene Schutzbehauptung, die Firmen hätten lediglich als »agencies of the Reich« fungiert, spätestens mit Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrages ins Wanken. Internationale Proteste, die Furcht vor Boykott-Drohungen und nicht zuletzt die angekündigten Sammelklagen vor US-Gerichten brachten die deutsche Wirtschaft von ihrer Blockadehaltung ab.

Eine Bilanz der »Wiedergutmachung« in der Bundesrepublik fällt demnach ernüchternd aus: Ohne die ständigen Proteste der Opferverbände und ohne den wiederholten Druck aus dem Ausland, hätte es für die Verfolgten des NS-Regimes vermutlich fast überhaupt keine Entschädigungsleistungen gegeben. Mit anderen Worten: Zahlreiche Opfer mussten sich in zermürbenden Auseinandersetzungen mit den jeweiligen Regierungen, den Behörden und nicht zuletzt einer desinteressierten, oftmals abweisenden Mehrheitsbevölkerung ihre Anerkennung erst erkämpfen. Kämpfe, die bis heute andauern. ■

Die ungekürzte Fassung des Artikels ist auf der Internetseite des AIB nachzulesen.

# Kein Vergeben, kein Vergessen

## Keine Ruhe für NS-Täter

Bei der Vorbereitung einer Demonstration in Warschau für eine angemessene Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen erfuhren wir, dass eine Überlebende nicht kommen könne. Es lag Schnee, und sie hatte kein Geld für Winterschuhe. Dieses Detail ist typisch für die Lage ehemaliger ZwangsarbeiterInnen in Osteuropa, für sie ist auch das wenige Geld, das sie erwarten können, enorm wichtig; materiell, aber auch als Anerkennung ihrer Ansprüche, weil dadurch ihre Arbeit und ihr Leiden endlich gewürdigt werden würden. Wenn diese Menschen überhaupt noch etwas bekommen, dann muss es heute sein. Die meisten sind bereits gestorben, ohne einen Pfennig Entschädigung erhalten zu haben.

Ein Beitrag der »Initiative gegen das Vergessen«

» In den letzten Jahren haben wir uns an verschiedenen Initiativen und Aktionen beteiligt, die sich mit der Entschädigung von NS-Opfern befasst haben. Dort kamen ganz unterschiedliche Leute zusammen: Manche kannten ehemalige Häftlinge des Frauen-KZ Ravensbrück, die Zwangsarbeit für Siemens leisten mussten. Geschichtsprojekte zur NS-Vergangenheit der Heimatstadt führten ebenso zu ZwangsarbeiterInnen wie die Kampagne gegen Firmen wie die Lufthansa, die heute Flüchtlinge abschiebt, und »ihren« ehemaligen ZwangsarbeiterInnen nie ihren korrekten Lohn gezahlt hat. Anti-Kriegs-AktivistInnen kamen unvermeidlich darauf, dass auf dem Balkan schon einmal deutsche Soldaten stationiert waren und dort Massaker begangen haben, deren Täter fast alle straffrei ausgingen und deren Opfer nie entschädigt wurden. Anderen machte die Kontinuität der Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte – von polnischen LandarbeiterInnen über die NS-SklavenarbeiterInnen bis zu »GastarbeiterInnen« und heutigen migrantischen Entgarantierten – die Handlungsrelevanz des Themas »Entschädigung« bewusst.

### Den Prozeß begleiten

Obwohl sich viele von uns seit langem mit dem NS auseinandersetzen, lernten wir ehemalige ZwangsarbeiterInnen erst in den letzten Jahren kennen und begannen für die Durchsetzung ihrer Entschädigungsforderungen aktiv zu werden. Die Gründe dafür sind vielfältig. Die Zusammenarbeit zwischen Verbänden wie der VVN – wo viele Überlebende und ehemalige ZwangsarbeiterInnen organisiert waren – und radikalen Linken wurde früher von beiden Seiten kaum gesucht. Persönliche Kontakte zu Überlebenden fehlten auch, da vor 1989 bzw. 1991 Verbindungen nach Mittelosteuropa, woher die meisten ZwangsarbeiterInnen kamen, kaum vorhanden waren. Ein letzter Anstoß waren die Entschädigungsklagen in den USA und die harte Position von Bundesregierung und deutscher Wirtschaft, die uns deutlich machten, dass es sinnvoll wäre, diesen Prozeß mit Initiativen von links »zu begleiten«.

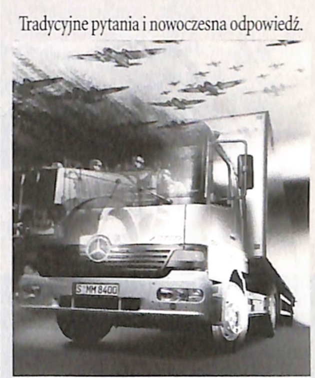
### Notwendiger Druck

50 Jahre lang wurde den Opfern gesagt, es sei zu früh für Entschädigungen, da es noch keinen Friedensvertrag gebe. Heute, nach dem als Friedensvertrag anerkannten »Vier →

**Frankfurt am Main, 31. Juli 2001.** Im Rahmen eines Aktionstages zu Zwangsarbeit und Entschädigung des 4. antirassistischen Grenzcamps am Frankfurter Flughafen besetzen zwei Dutzend Personen vor den laufenden Kameras der Wirtschaftsredaktionen von n-tv und ZDF die Empore der Frankfurter Börse und bewerfen die Broker mit Erdnüssen und Flugblättern. An der Empore befestigen sie deutsche und polnische Transparente, auf denen die sofortige Entschädigung aller ZwangsarbeiterInnen durch die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft gefordert wird. Zeitgleich demonstrieren vor der Börse und in ihrem Foyer 200 GrenzcamperInnen. Die Börsensymbole Bulle und Bär werden mit Farbe übergossen. Alle Beteiligten verschwinden, bevor es zu Festnahmen kommen kann.

**Warschau, 26. Januar 2002.** Am Kopernikus-Denkmal versammeln sich etwa hundert Menschen im Namen der »Deutsch-polnischen Initiative Offene Grenzen – für eine Welt ohne Rassismus und Sexismus«. Am Vortag des Jahrestages der Befreiung von Auschwitz demonstrieren die AktivistInnen aus den beiden Ländern für eine angemessene Entschädigung aller ehemaligen NS-ZwangsarbeiterInnen.

Zur gleichen Zeit macht sich eine Delegation der DaimlerChrysler AG Berlin zur Warschauer Zentrale des Konzerns auf.[1] Im Ausstellungsraum übergibt der Delegationsleiter ein Schreiben des Konzernvorstands an den Filialleiter von DaimlerChrysler Automotive Polska: »Namens des Vorstands der DaimlerChrysler AG setze ich Sie davon in Kenntnis, dass auf der Aufsichtsratssitzung am 23. Januar 2002 beschlossen wurde, als Ausdruck unserer geschichtlichen Verantwortung und auch, um juristischen Maßnahmen zur Durchsetzung von finanziellen Ansprüchen ehemaliger Zwangsarbeiter zuvorzukommen, fünf Mercedes-Benz-Limousinen zugunsten ehemaliger Zwangsarbeiter zu stiften. Vertreter der Opferverbände sind eingeladen worden, sie entgegenzunehmen [...]. Der Vorstand hat Termin und Ort der Spende wegen des großen öffentlichen Interesses der Warschauer Presse und deutschen Korrespondenten in Polen bereits mitgeteilt.« Entsprechend hatten sich Medienvertreter eingefunden. Im Verkaufsraum drängeln sich Fotografen, Journalisten und DemonstrantInnen, Limousinen werden mit polnisch-deutschen Aufklebern »Den Zwangsarbeitern gestiftet« versehen und vor der Zentrale ein Transparent mit der Aufschrift »Mercedes-Benz spendet ehemaligen Zwangsarbeitern Limousinen« entrollt. Die Schlüssel zu den Wagen bleiben jedoch unauffindbar. Die Delegation tritt vor die Presse: »Dieser Skandal [dass aus der Warschauer Zentrale nun doch nicht die fünf angeforderten Limousinen auf die Straße rollen] gehört auf die nächste Aktionärsversammlung«, erklärt sie den ZuhörerInnen und verschwindet. ■




→ plus zwei-Vertrag«, wird ihnen gesagt, es sei nach über 50 Jahren zu spät. Diese Haltung, einen Schlussstrich unter die NS-Geschichte ziehen zu wollen, zynisch auf Zeit zu spielen und keine D-Mark oder Euro ohne entsprechenden Druck herauszurücken, findet sich bei der Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen ebenso wie bei den Opfern deutscher Kriegsverbrechen.

Da die Linke weder über das Geld verfügt, noch der Schuldner ist, liegt es nahe, den Druck gegen die, die Geld haben und zahlen müss(t)en, aufzubauen – selbst wenn die linken Fähigkeiten/Möglichkeiten begrenzt sind. Immerhin können wir durch Veranstaltungen und Aktionen dazu beitragen, das Thema in der Öffentlichkeit zu halten. Wir haben erlebt, dass öffentlichkeitswirksame Aktionen bei ehemaligen ZwangsarbeiterInnen und Überlebenden auf viel Interesse stoßen und sie sich in ihren eigenen Anstrengungen gestärkt fühlen – das gilt für die anstehende zweite Rate der Entschädigungszahlungen ebenso wie für die Ansprüche der Opfer von Distomo wie für die der Roma und Sinti.

Das zweite Motiv, hier etwas zu tun, war und ist die Entwicklung der BRD. Eine neue »Berliner Republik« hat sich in Richtung Großmacht aufgemacht und will ihren »historischen Ballast abwerfen«. Als »Schlussstrich« wertete Bundeskanzler Schröder Ende Mai 2001 den Beschluss des Bundestages, mit dem die »Rechtssicherheit« für deutsche Unternehmen – sprich: ihr Schutz vor weiteren Entschädigungs- und Lohnansprüchen ehemaliger NS-ZwangsarbeiterInnen – festgestellt wurde.

Dieser Schlussstrich ist nicht möglich, weil es nach wie vor »offene Rechnungen« zu begleichen gibt, und er kann auch nie gezogen werden, da in Deutschland die politisch-gesellschaftlichen Determinanten – Institutionen, politische Kultur, individuelle Sozialisation – und innen- und aussenpolitische (Großmacht)strategien immer von der NS-Geschichte geprägt sein werden. Für uns gilt es, die Erinnerung an die NS-Geschichte wachzuhalten und dabei sowohl Solidarität mit den Überleben zu praktizieren, als auch den neoliberalen Alltag bewusst zu stören. Mit dem Hinweis darauf, zu welchen Entwicklungen die deutsche Gesellschaft fähig war und sein könnte. ■

**Mittenwald, 19. Mai 2002.** Seit über 50 Jahren veranstaltet die Gebirgsdivision I »Edelweiß« in Mittenwald zu Pfingsten eine Feier zu Ehren ihrer toten »Helden«. Am Pfingstsamstag 2002 störten 50 AntifaschistInnen die Gedenkfeier und forderten eine Entschädigung der Überlebenden der von dieser Wehrmachtseinheit verübten Massaker.

**Berlin, 9. Juni 2002.** Etwa 50 DemonstrantInnen besetzen den berühmten Pergamonaltar. Auf griechischen und deutschen Transparenten fordern sie die sofortige Entschädigung der Opfer deutscher Kriegsverbrechen. Vor dem Pergamonmuseum findet eine Kundgebung statt.

Ausführlicheres zu den Aktionen in Mittenwald und Berlin steht im AIB # 56, Seite 33.

1) Daimler-Benz war und ist einer der größten und wichtigsten Waffenproduzenten Deutschlands. In den besetzten Gebieten errichtete Daimler-Benz in Zusammenarbeit mit der Wehrmacht viele »kriegswichtige« Werke. In diesen Werken beutete Daimler-Benz KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen aus. Es war üblich, dass Vertreter von Daimler-Benz in die Konzentrationslager kamen, um sich die Arbeitskräfte persönlich auszusuchen, so auch für Genshagen. Nach dem Krieg weigerte sich Daimler-Benz bis zuletzt, Lohnansprüche der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen anzuerkennen. Statt dessen ist Daimler-Benz wie die anderen Unternehmen jetzt, nach über 50 Jahren Nichtstun, der »Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft« beigetreten und hat damit die »billigste« Lösung gefunden: Das Stiftungsgesetz schließt Rechtsansprüche ausdrücklich aus und macht aus Menschen mit Lohn- und Entschädigungsansprüchen AlmosenempfängerInnen.

# Den Bock zum Gärtner gemacht

Ein Beitrag über die Geschichte der IOM als internationale Abschiebeinstitution und ihre Rolle bei der Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen im Nationalsozialismus.

» Die Bundesregierung und die Bundesstiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« entschieden vor zwei Jahren, die Entschädigung der nicht-jüdischen und nicht in Osteuropa lebenden ehemaligen ZwangsarbeiterInnen der International Organisation for Migration (IOM) zu übergeben. Viele Verbände, die ehemalige ZwangsarbeiterInnen vertreten, warnten davor, einer mit der Materie unvertrauten Organisation diese Aufgabe zuzuweisen. Die IOM wurde gebeten, der Transparenz zuliebe lokale Büros einzurichten. Sie lehnte dies ab und bearbeitet stattdessen alle Anträge zentral in ihrem Genfer Hauptquartier. Seitdem haben viele ehemalige ZwangsarbeiterInnen und ihre HelferInnen oft erfolglos versucht, im Genfer Büro weiterzukommen. Dementsprechend wird viel über die langsame Auszahlung der IOM und die Qualität der Fragebögen, die inzwischen zurückgezogen wurden, geklagt. Inwieweit die IOM überhaupt in der Lage und willens war, Aufklärungsmaterial über die Entschädigungsmöglichkeiten innerhalb der Communities der Betroffenen zu verteilen, bleibt im Nebel. So sind beispielsweise aus Rumänien bislang nach Eigenangaben der IOM lediglich rund 1.000 Anträge gestellt worden, von denen zum Jahreswechsel 2002/2003 nur 13 positiv beschieden worden waren.

Ein Beitrag des Antirassismusburo Bremen (ARAB).

## Die Vorläufer der IOM

Die offizielle IOM-Geschichte[1] beginnt mit einer auf US-Initiative einberufenen Konferenz in Brüssel im Dezember 1951. Dort wurde die Gründung eines Provisional Committee for the Movement from Migrants from Europe (PICMME) beschlossen. Zwischen der PICMME und der heutigen IOM gab es noch zwei Umbenennungen, die aber nichts an der Kontinuität der Organisation ändern. In der Selbstdarstellung der IOM werden die Vorläufer kaum erwähnt, obwohl deren Betrachtung ein besonderes Licht auf die Beauftragung der IOM mit der ZwangsarbeiterInnenentschädigung wirft. Der eigentliche Ursprung der IOM ist die von den USA einberufene Evian-Konferenz von 1938. Dort sollte geklärt werden, was mit den Juden Österreichs geschehen sollte, die aufgrund des deutschen Einmarsches fliehen mussten. Die Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen lehnten die westlichen Staaten ab. Um dies nicht zu offensichtlich werden zu lassen, gründeten sie das Intergovernmental Committee on Political Refugees (IGC) mit Sitz in London. Das von den Konferenzstaaten gemeinsam betriebene IGC betrieb eine Politik der Abweisung verfolgter Juden – selbst als in der westlichen Welt erste Nachrichten über den Holocaust bekannt wurden. Das IGC steht heute für das Versagen der westlichen Welt im Angesicht des Holocaust.[2]

Das IGC wurde 1947 aufgelöst und in die zur UN gehörende International Refugee Organisation (IRO) überführt. Die IRO wurde später auf Betreiben der USA aufgelöst, weil darin auch die Ostblockstaaten vertreten waren. Daraufhin wurden wesentliche Teile der westlichen Organisation der IRO und auch die Transportschiffe der Organisation an das PICMME übergeben.[3] Das PICMME ähnelte auch vom Aufbau her dem IGC.[4] Während in den Statuten der United Nations High Commission for Refugees (UNHCR) ein humanistischer Anspruch und eine politisch neutrale Rolle festgeschrieben waren, war das PICMME auf die ökonomischen und politischen Wünsche der Mitgliedsstaaten festgelegt, hinter denen humanitäre Erwägungen, wie schon 1938, zurückzustehen hatten.

## Abschiebehelfer IOM

Heute hat die IOM 86 Mitgliedsstaaten, 41 Staaten haben zudem Beobachterstatus. Mit einem Jahresbudget von 36 Millionen Schweizer Franken verfügt sie weltweit über sogenannte »Field Offices«. Was macht die IOM mit den Ressourcen? In Deutschland ist sie vor allem mit der Abschiebung von Kosovo-Flüchtlingen beschäftigt. Im Jahr 2000 wurden etwa die Hälfte der abgeschobenen KosovarInnen mit Hilfe der IOM abgeschoben. Dagegen protestieren insbesondere Roma und Sinti, die von den Abschiebungen der IOM betroffen sind.[5] In einem Aufruf des Roma National Congress (RNC) heißt es:

»Die IOM ist uns seit Jahren als eine Organisation bekannt, die auf Anweisung von verschiedenen Staaten gegen Roma-Flüchtlinge arbeitet.«[6] Rudko Kawczynski (RNC) bezeichnete die IOM als »Söldner NGO«.[7]

### IOM gegen Flüchtlinge weltweit

In anderen Ländern ist die IOM für noch drastischeres Vorgehen gegen Flüchtlinge bekannt. So betreibt sie im Auftrag der australischen Regierung Internierungslager für unerwünschte Flüchtlinge auf der Insel Nauru. Der Inselregierung wurden 30 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt, damit Australien dort die Lager betreiben kann. Diese liegen in einer Wüste mit Temperaturen von meist 40 Grad. Leiter der Lager ist der IOM-Direktor auf Nauru, Cy Winter. Er hat auch die Befehlsgewalt über die australischen Polizeitruppen, die das Lager bewachen. JournalistInnen und AnwältInnen werden nicht hereingelassen. Inhaftierte berichteten einer britischen Journalistin, die sich ins Lager schmuggeln konnte, von Schlagstockeinsätzen und Psycho-Folter.[8]

### Handlanger der Bundesregierung

Was die Bundesregierung und die Bundesstiftung bewogen hat, gerade die Organisation auszuwählen, deren Vorläufer eine wesentliche Rolle bei der Nichtaufnahme jüdischer Verfolgter spielte und die heute für Folter und Abschiebung von Flüchtlingen verantwortlich ist, bleibt unklar. Der von der IOM verwaltete Topf für die ZwangsarbeiterInnenentschädigung ist am schlechtesten von allen Töpfen ausgestattet, was auch daran liegt, dass die von der IOM zu entschädigenden Opfergruppen bei den Verhandlungen am schlechtesten repräsentiert waren. Von Beginn an war der IOM-Topf für die Auszahlung von Entschädigungen an 68.000 AntragstellerInnen gedacht. Inzwischen sind aber etwa 325.000 Anträge bei der IOM eingegangen. Aber auch in ihrer jüngsten Veröffentlichung zum Jahreswechsel wird von nur etwa 70.000 positiv beschiedenen Anträgen ausgegangen.[9] Um dies zu erreichen, hatte der Rechtsbeauftragte der Bundesregierung die Entschädigung der italienischen Militärinternierten ausgeschlossen. Dieses Unrecht ist allerdings nicht der IOM sondern der Bundesregierung und der deutschen Industrie zuzuschreiben, die sich weigert, die einzuzahlenden Beträge an die Zahl der Berechtigten anzupassen. Aber die IOM macht sich wieder einmal zum Handlanger der deutschen Selektionspolitik, die die Opfer spaltet und entscheidet, wer genug gelitten hat, um anspruchsberechtigt zu sein. ■

1| Vgl. die Homepage: www.iom.int

2| Vgl. Shlomo N. Katz, Public Opinion in Western Europe and the Evian Conference of July 1938, in: Yad Vashem Studies, Jg. 9 (1973), S. 105-132. Vgl. auch Ralph Weingarten, Die Hilfeleistung der westlichen Welt bei der Endlösung der Judenfrage. Das »Intergovernmental Committee on Political Refugees« (IGC) 1938-1939, Bern 1981.

3| Vgl. Michael Marrus, Die Unerwünschten - The Unwanted. Europäische Flüchtlinge im 20. Jahrhundert, S. 414.

4| Die Gründungsnationen der PICMME waren: Australien, Belgien, Bolivien, Brasilien, BRD, Chile, Frankreich, Griechenland, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz, Türkei und die USA.

5| Des weiteren sind die Aktivitäten der Gruppen des internationalen noborder-Netzwerkes zu nennen. Deren zahlreichen Aktionen gegen die IOM sind nachzulesen unter: www.noborder.org.

6| Vgl. Roma-Proteste gegen IOM, unter: www.romnews.com/a/32-01.html

7| So im Interview des Bremer Antirassismusbüro mit Rudko Kawczynski.

8| Vgl. die Dokumentation auf BBC 2 im Oktober 2002 von Sarah MacDonald: »The Pacific Solution«.

9| Vgl. IOM Compensation News, Issue 2/2002.

# Unter Stiftern
## Eine Zwischenbilanz

Als im März 1998 beim Bezirksgericht in Newark (New Jersey) die erste Klage einer NS-Zwangsarbeiterin eingereicht wurde, hätte kaum jemand geglaubt, dass bereits Ende 2002 über zwei Millionen Euro an fast eine Million Überlebende ausgezahlt sein würden.

**Gastbeitrag von Lothar Evers**

» Jahrelang hatten wir als kritische Aktionäre bei den Hauptversammlungen der großen Konzerne versucht, diese an ihre historische Verantwortung für die Überlebenden zu erinnern. Stets vergeblich. Man hatte uns die Mikrofone abgedreht, manchmal wurden wir auch rausgetragen. Chancen auf Durchsetzung unserer Forderungen hatten wir nicht.

Erst mit Hilfe us-amerikanischer Rechtsanwälte gelang es uns, wenigstens eine gewisse Chancengleichheit der Überlebenden mit der deutschen Wirtschaft herzustellen. Durch die Bündelung der Forderungen der Opfer in den us-amerikanischen »Class Action« – Klagen ergab sich erstmalig die Chance, von den deutschen Unternehmen als Gegner ernst genommen zu werden.

Gerhard Schröder versprach im Wahlkampf, pünktlich vor der obligatorischen Amerikareise aller Kanzlerkandidaten, eine politische Initiative, sollte er denn zum Kanzler gewählt werden.

Er wurde. Es dauerte aber bis zum Karnevalsdienstag 1999, bis im Bundeskanzleramt die Initiative, ab jetzt Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die in des USA verklagten Unternehmen glaubten, die Angelegenheit für zwei Milliarden D-Mark – je zur Hälfte auszuzahlen an die Opfer und für einen »Zukunftsfonds« – erledigen zu können. Nach glücklosen ersten Schritten wird Otto Graf Lambsdorff die neu geschaffene Position des »Beauftragten des Bundeskanzlers für die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft« übertragen.

Ziel der Stiftungsinitiative ist es, im Tausch gegen eine deutsche Stiftung alle amerikanischen Klagen – und zwar für immer – zu erledigen. Die in den USA verklagten Unternehmen verstehen es geschickt, die Aufbringung der von ihnen geschuldeten Vergleichssumme von fünf Milliarden D-Mark auf immerhin 6542 Unternehmen umzulegen. Die werden zwar freundlich als »Mitglieder der Stiftungsinitiative« begrüsst. Außer Einzahlungen kennt die Initiative aber keine Mitbestimmungsrechte. Weder darf über die Auszahlung der Gelder mit entschieden, noch dürfen die von der Initiative ins Kuratorium der Bundesstiftung entsandten Vertreter mit gewählt werden.

### Stiftungs-Geschichte

Doch zunächst folgten zähe Verhandlungen in Washington, Bonn und Berlin. Die Stiftungsinitiative der Deutschen Wirtschaft, nur sanft in die Schranken gewiesen von Otto Graf Lambsdorff, zelebrierte deutsche Außenpolitik und blamierte sich so gut sie konnte. Das ist peinlich bis nervtötend, dauert mehr als ein Jahr, aber das Ergebnis – 10 Milliarden D-Mark für die Opfer – kann sich sehen lassen.

Mit einer feierlichen Erklärung am 17. Juli 2000 werden die »Class-Action«-Verfahren beendet und gegen eine deutsche Stiftung öffentlichen Rechts unter dem Titel: Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) getauscht. Diese Stiftung soll alle Ansprüche gegen die deutsche Wirtschaft aus deren Kollaboration mit dem Naziregime ökonomisch erledigen. Das sind neben den Schadensersatzforderungen der NS-ZwangsarbeiterInnen nicht ausgezahlte Versicherungsansprüche, die Arisierungsgewinne der Banken und die Beteiligung der Pharma-Industrie an Menschenversuchen in den Konzentrationslagern.

### Opfer ohne Chance

Mit der Einrichtung der Stiftung »EVZ« endet auch die Chancengleichheit für die Opfer. Diese existierte nur während des Bedrohungsszenarios durch die amerikanischen »Class-Action«-Verfahren. In der Praxis der Stiftung »EVZ« besteht diese Gleichheit nicht mehr. Die bei-

Ein Gastbeitrag von Lothar Evers, Geschäftsführer des »Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte«. Der Bundesverband hat seinen Sitz in Köln und setzt sich seit zwölf Jahren für die Interessen der Verfolgten des NS-Regimes ein. Er begleitet die Überlebenden durch die Entschädigungsbürokratie, initiiert Kampagnen und Projekte zum Thema. Kontakt: info@nsberatung.de.





den Stifter mit je 5 Milliarden D-Mark – der deutsche Staat und die Stiftungsinitiative der Wirtschaft – werden sich wie Stifter benehmen: Für die gilt allemal das Motto: »Wer bezahlt, bestimmt«. Die Überlebenden werden zum Objekt des Stifterwillens: Bevor sie für Leistungen der Stiftung in Frage kommen, verzichten sie ganz real und für immer auf alle Rechtsansprüche.

Das neue Selbstbewusstsein der Stifter demonstriert als erste die deutsche Wirtschaft: Statt wie vereinbart ihren Stiftungsanteil treuhänderisch in der Bundesstiftung zu hinterlegen, um sodann die amerikanischen Klagen zu beenden, zahlte die Wirtschaft zuerst einmal gar nichts. »Zuerst sollen die Klagen zurückgezogen werden, dann kann man über Geld reden«, lautet die Botschaft. Die Erledigung der Sammelklagen zog sich dann auch bis zum Mai 2001 hin. Erst dann erklärte der Deutsche Bundestag ausreichende Rechtssicherheit für die deutschen Unternehmen, und die Wirtschaft zahlte wenigstens den größten Teil ihrer fünf Milliarden ein. Das gilt nicht für die fälligen Zinsen für die circa einjährige Verzögerung.

Im Kuratorium der Stiftung haben sich inzwischen die Vertreter der Überlebenden davon überzeugen können, was die beiden Stifter von Mitbestimmung der Opfer halten: Nichts.

### Auf dem Rücken der Opfer

Ein von acht Kuratoren als Kandidat für den Vorstand benannter Experte der Grünen wird am Vorabend der Wahl von einem Abgeordneten der eigenen Partei im Auftrag von Außenminister Joschka Fischer und dem Bundeskanzleramt so in seiner Existenz bedroht, dass er dem Ratschlag folgt, sich die Kandidatur noch einmal zu überlegen. Er entschließt sich nach einer schlaflosen Nacht, am nächsten Morgen zur Wahl nicht mehr anzutreten. Das garantiert, dass eine authentische Vertrauensperson der Überlebenden im Vorstand nicht vertreten ist.

Kaum hatte der Deutsche Bundestag Rechtssicherheit festgestellt, kaum sind die Stiftungsmittel vollständig auf den Konten der Bundesstiftung eingegangen, wird in einer »Nacht-und-Nebel-Aktion« – ohne Zustimmung der polnischen Partnerorganisation und ohne den für die Auszahlungen zuständigen Mitarbeiters zu informieren – die gesamte erste Rate für die polnischen Überlebenden in die polnische »Weichwährung« Zloty umgetauscht.

Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Berlin werden später ergeben, dass der diese Transaktion einfädelnde Finanzchef der Stiftung sich seine Arbeit bei der Stiftung »EVZ« mit circa 2.500 Euro monatlich von der Deutschen Bank vergüten läßt. Die Deutsche Bank managt auch federführend den Umtausch der Stiftungsmittel in den Zloty. Die dabei von der Stiftung bezahlten »Gebühren« – über 6 Millionen D-Mark – werden mit deren anderen Hausbanken geteilt. So fallen immerhin für die am Umtausch völlig unbeteiligte Commerzbank und Dresdner Bank noch je zwei Millionen D-Mark Umtauschprovision an.

Den Schaden haben die Opfer: Sie verlieren in diesem Währungsgeschäft über 100 Millionen D-Mark zum Vorteil der Banken. 100 Millionen, die dringend gebraucht würden, um für Chancengleichheit der verschiedenen Opfergruppen zu sorgen.

### Haken und Ösen

Spricht man über die Haken und Ösen im Stiftungsgesetz selbst, so gilt es als erstes, das per Gesetz vorgeschriebene Auszahlungsprozedere in zwei Raten zu nennen. Die Ratenzahlung ist logische Konsequenz des Wunsches der deutschen Wirtschaft aber auch der Bundesregierung, mit einer feststehenden Summe – 10 Milliarden D-Mark – eine vorher nicht bekannte Zahl von Opfern zu entschädigen.

Das deutsche Gesetz spricht von bis zu 5.000 D-Mark für NS-ZwangsarbeiterInnen bzw. bis zu 15.000 D-Mark für KZ-Häftlinge. Die Worte »bis zu« beschreiben für die Überlebenden eine zwei- bis dreijährige Wartezeit. Auf das sogenannte »Claims - Processing« – die Bearbeitung ihrer Ansprüche – wartend, bleiben sie dauerhaft mit ihren schrecklichen Erlebnissen konfrontiert. Erst wenn alle EmpfängerInnen ermittelt sind und einen ersten Abschlag erhalten haben, wird die zweite Rate ausgerechnet. Ganz zum Schluss, nachdem Tausende EmpfängerInnen längst verstorben sein werden, erhält man die Schlusszahlung.

Man stelle sich vor, Sozialleistungen wie Mutterschafts- oder Krankengeld würden nach dieser Methode »Distribution per Division« verteilt. Ein Aufschrei des Entsetzens wäre die Folge. Es bleibt ein Geheimnis der Stifter, warum man dann ausgerechnet 70- bis 90-jährigen Überlebenden ein solch quälendes Auszahlungsverfahren zumutet.

→




### Verantwortung wird entsorgt

Mit besonderer Perfidie hat sich das deutsche Stiftungsprojekt einer großen Gruppe der Überlebenden entledigt: Jener über 100.000 NS-ZwangsarbeiterInnen, die nach der italienischen Kapitulation zunächst als italienische Militärinternierte (IMI) ins Deutsche Reich verschleppt wurden. Per Dekret wurden diese ehemals verbündeten Soldaten in den Zivilstatus entlassen und unter brutalsten Bedingungen ausgebeutet. Wer immer die Geschichte der Zwangsarbeit lokalhistorisch erforscht, stößt auf Italiener: Aufs Schwerste diskriminiert, aufs Brutalste misshandelt, findet sich bei dieser Personengruppe eine erschreckend hohe Todesrate.

Ein eigentümliches Bündnis katapultiert diese Italiener aus dem deutschen Stiftungsgesetz heraus. Per Auftragsgutachten für den Bundesfinanzminister bescheinigt der renommierte Völkerrechtler Professor Christian Tomuschat den IMI unveräußerliche Rechte: Die Entlassung der Italiener in den Zivilstatus sei durch das Völkerrecht nicht gedeckt. Der Status des Kriegsgefangenen bleibe ehern bestehen und deshalb – Glückwunsch – stehe den 100.000 italienischen Antragstellern – jetzt wieder ganz »Kriegsgefangene« – unabhängig von deren ganz realen ZwangsarbeiterInnenerfahrungen eben keine ZwangsarbeiterInnenentschädigung zu. Das Ganze wird auf vierzig Seiten Gutachten ausgewalzt und ist für die Überlebenden in Italien ein Schlag ins Gesicht. Pünktlich zu Weihnachten 2002 verschickt die für die Italiener zuständige Partnerorganisation Internationale Organisation für Migration (IOM) die ersten 40.000 Ablehnungsbescheide. Dabei hatte der Deutsche Bundestag in der Begründung des Gesetzes ausdrücklich zugelassen, dass in den Zivilstatus entlassene Kriegsgefangene, die die anderen Leistungsvoraussetzungen des Gesetzes erfüllen, berücksichtigt werden sollen.

Für die über 1.000 polnischen ZwangsarbeiterInnen, die ebenfalls vorher Kriegsgefangene und in den Zivilstatus entlassen worden waren, hat sich das Bundesfinanzministerium zum Glück nicht getraut, seinen Tomuschat loszulassen. Sie haben Stiftungsleistungen erhalten. Die über 100.000 Italiener aber, die insgesamt über vier Millionen Euro für Notargebühren, Kopien, Portokosten in ihre Antragstellung investiert haben, will man auf den Rechtsweg verweisen.

### Hinter der Erfolgskulisse

Währenddessen veröffentlicht die Stiftung »EVZ« ihre Erfolgsstatistiken. Und die sind beachtenswert. Eine Million Überlebende haben fast zwei Milliarden Euro erhalten. Das hat in der Kürze der Zeit noch kein Entschädigungsprogramm geschafft. Es zeigt aber, dass der Löwenanteil der Stiftungsmittel noch auf den eigenen Konten liegt. Hinter den Erfolgszahlen verbirgt sich aber auch eine völlig unterschiedliche Performance der sieben Partnerorganisationen. Weit zurück in der Antragsbearbeitung liegen der russische Fonds und die IOM. Letztere hat sich entschieden, alle Anträge zentral in Genf entscheiden zu lassen und bittet inzwischen herzlich darum, diesen Brütprozess nicht durch ständige Nachfragen zu stören. Der wird sich wohl noch bis Ende 2004 hinziehen. Einige zehntausend Berechtigte werden bis dahin gestorben sein. Die IOM produziert dabei die höchsten Kosten aller Partnerorganisastionen, und eine weitere schlechte Nachricht für die Überlebenden in ihrem Zuständigkeitsbereich. Die Kosten werden nämlich von den Entschädigungszahlungen abgezogen.

Gerade weil über eine Million Opfer auf ihre zweite Rate dringend warten, wird der Druck zunehmen, jetzt diejenigen schnell abzulehnen, die die nötigen Beweisstücke immer noch nicht haben. Diese in die deutsche Stiftung eingebaute Opferkonkurrenz ist ebenfalls dem zweizügigen Auszahlungsverfahren geschuldet.

Trotz all dieser Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieses Projektes für eine späte Gerechtigkeit sollten wir uns den Erfolg nicht kleinreden lassen. Niemand, wirklich niemand, der sich auf Seiten der Opfer engagierte, hätte einen Transfer von zehn Milliarden D-Mark aus Deutschland an ehemalige NS-ZwangsarbeiterInnen bis zum Jahreswechsel 2002/2003 für möglich gehalten. Gerade ist es von der südafrikanischen Antiapartheid-Bewegung aufgegriffen worden. Dort will man nicht über 50 Jahre warten, bis man die Wirtschaft mit deren Beteiligung an Apartheidverbrechen konfrontiert.

Für die Überlebenden und ihre Organisationen wird es in den kommenden Jahren darauf ankommen, sich diesen Erfolg nicht wieder nehmen zu lassen. Das bedeutet, wachsam zu bleiben gegenüber den Tricks von Wirtschaft und Regierung, sowie einzustehen für die Würde und Rechte der Überlebenden. ■

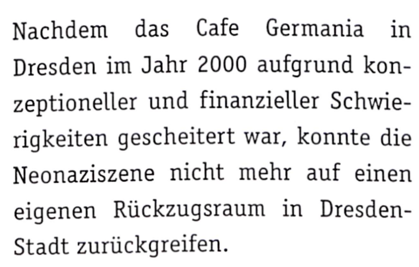



# THOR? THOR?? – Tooor!

## Nazi-Club in Dresden unter Druck




Seit Ende Mai 2002 betreiben Dresdner Neonazis wieder eine eigene Lokalität. Seitdem gibt es zunehmend erfolgreiche antifaschistische Aktivitäten gegen den selbst ernannten »nationalen Jugendklub« Thor.



Nachdem das Cafe Germania in Dresden im Jahr 2000 aufgrund konzeptioneller und finanzieller Schwierigkeiten gescheitert war, konnte die Neonaziszene nicht mehr auf einen eigenen Rückzugsraum in Dresden-Stadt zurückgreifen.

Das änderte sich im Mai 2002. Schon zur Eröffnungsparty des Thor kamen ca. 250 Neonazis aus ganz Sachsen und den angrenzenden Bundesländern. Im weiteren Verlauf verfestigte sich auch durch das Thor die Zusammenarbeit besonders mit sachsen-anhaltinischen Neonazis um Sven Liebich aus Halle. Unmittelbar auf die Eröffnung reagierte das Antifa RechercheTeam Dresden mit ersten Veröffentlichungen zur »Neonazi-Spelunke«. Klar war, dass die Neonazis nicht in Ruhe gelassen werden würden.

Immer wieder kam es in der Folgezeit zu Aktionen der Neonazis, deren Ausgangspunkt das Thor war. So organisierten sie als Antwort auf antifaschistisch motivierte Sachbeschädigungen im Juli 2002 eine Demonstration gegen den »antifaschistischen Konsens« in Dresden. Es kam zu einem antisemitisch motivierten Angriff auf einen Mann direkt vom Thor aus, an dem auch die beiden wichtigen Dresdner Neonazi-Kader, Ronny Thomas und Sven Hagendorf, beteiligt waren.

Interessanterweise ist Hagendorf immerhin einer der Mieter des Thor und gleichzeitig NPD-Kreisverbandsvorsitzender Dresden. Gemeinsam mit Thomas, dem ehemaligen Dresdner NPD-Kreisverbandsvorsitzenden, ist er im Anti-Antifa-Bereich aktiv und durch seine Neigung zu gewalttätigen Aktionen bekannt.

Trotz ihrer offensichtlichen Nähe zur NPD sind Hagendorf und Thomas führende Köpfe der Freien Kräfte Dresden, einem losen Zusammenschluss von gewaltbereiten Neonazis, der sich zu einem großen Teil aus ehemaligen Hooligans zusammensetzt.

Der Vermieter und Besitzer der Räumlichkeiten des Thor will das alles nicht gewusst haben. Denn die Mieter sahen ja »so normal aus«. Elektrodienstleister und Vermieter Hähne aus Dresden sieht sich auch von der Polizei im Stich gelassen, gab es doch angeblich mehrere Angriffe auf seine Dienstfahrzeuge und den Geschäftssitz.

Nachdem immer wieder auch Saalveranstaltungen, unter anderen von der JLO, und Konzerte im Thor stattfanden, reichte es schließlich. Im Oktober 2002 schlossen sich über 40 antifaschistische, linke, aber auch bürgerliche Organisationen und Initiativen zusammen und gründeten die Initiative »Thor muss weg«. Denn, »um zu verhindern, dass die Dresdner Neonaziszene eine neue Kontinuität und Qualität entwickelt, gibt es aus antifaschistischer Sicht nur eine Antwort: 'Das Thor muss weg!'«. Schnell reagierten auch die Neonazis. So versuchten sie unter Führung von Ronny Thomas – ausgehend von ihrem Sammelpunkt Thor – eine Infoveranstaltung der Kampagne in der Dresdner Neustadt zu verhindern. Dabei bedrohten sie, teilweise vermummt und bewaffnet, die VeranstaltungsbesucherInnen, mussten aber schlussendlich unverrichteter Dinge wieder von dannen ziehen. Vorläufiger Höhepunkt der Kampagne war ein antifaschistisches Torwandschießen und antifaschistisches Fußballturnier am 7. Dezember 2002. Zwanzig antifaschistische Fußballteams kickten erst gegen eine Torwand in unmittelbarer Nähe zur Neonazikneipe und spielten anschließend um einen Pokal. Trotz klirrender Kälte wurde gezeigt, dass Widerstand gegen Neonazis durchaus kreativ und effektvoll sein kann.

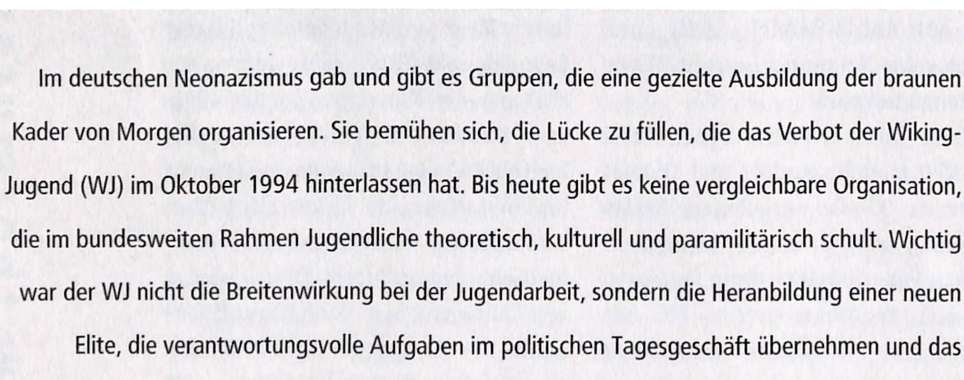
Der Mietvertrag zwischen Elektrodienstleister Hähne und den Neonazis wurde nach Presseangaben am 10. Dezember 2002 gekündigt. Hähne wolle und könne sich nicht hinter die rechtsextremistischen Ziele der Mieter stellen, so die Meldungen. Die Kampagne ist optimistisch, dass das Ziel bald erreicht ist, und damit neben dem »Germania« demnächst auch das »Thor« Geschichte sein wird. ■

Mehr Infos: www.thormussweg.de

# Die braune Elite von morgen

## Bestandsaufnahme neonazistischer Jugendarbeit





Im deutschen Neonazismus gab und gibt es Gruppen, die eine gezielte Ausbildung der braunen Kader von Morgen organisieren. Sie bemühen sich, die Lücke zu füllen, die das Verbot der Wiking-Jugend (WJ) im Oktober 1994 hinterlassen hat. Bis heute gibt es keine vergleichbare Organisation, die im bundesweiten Rahmen Jugendliche theoretisch, kulturell und paramilitärisch schult. Wichtig war der WJ nicht die Breitenwirkung bei der Jugendarbeit, sondern die Heranbildung einer neuen Elite, die verantwortungsvolle Aufgaben im politischen Tagesgeschäft übernehmen und das Vertrauen der Hintergrundstrukturen des deutschsprachigen Neonazismus gewinnen soll.

### » Die Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO)

In den vergangenen drei Jahren entwickelte sich die JLO zur größten Scharnierorganisation im Jugendbereich des deutschen Neonazismus. Als Organisation, die öffentlich agiert und nach innen den Aufbau von Kadern organisiert, arbeiteten ihre Mitglieder häufig Hand in Hand mit anderen neonazistischen Gruppen. Ihre Attraktivität erzielt die JLO aufgrund ihres Engagements für »Ostpreußen« bzw. allgemeiner gegen »die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg«. Das Thema »Vertreibung« ist ein Brückenthema, bei dem die Übergänge von der Mitte der Gesellschaft über die zahlreichen Vertriebenenverbände bis hin zu neonazistischen Kreisen fließend sind.

Mit der Initiierung einer Jugendorganisation[1] verband die revanchistische Landsmannschaft Ostpreußen (LMO) nicht nur den Wunsch, »Erben« für die sterbende Erlebnisgeneration heranzuziehen, sondern vielmehr auch das Ziel, dass eine zukünftige Gesinnungsgeneration neben der Pflege kultureller Bräuche auch eine eindeutige politische Ausrichtung haben soll. Dieser politische Charakter der Vertriebenenverbände bei der Konzeption der Organisierung von Jugendlichen orientiert sich an der politischen Zweckmäßigkeit und führte zur Gründung der JLO im Jahr 1991. Diese fühlte sich »durch familiäre Abstammung, nationales Zusammengehörigkeitsgefühl« und dem »Bekenntnis zu dem geistigen und sittlichen Erbe« mit Ostpreußen verbunden.[2] Der völkisch durchsetzte Revanchismus zog sich durch die Aktivitäten der JLO, und es dauerte bis zum Januar 2000, bevor die LMO ihr den Status als verbandseigene Jugendorganisation entzog.

Zu offensichtlich waren inzwischen auch die Verflechtungen mit Rechtsaußen. Der ehemalige JLO-Kader Thomas Maiwald beklagte sich nach der Abspaltung über die engen Verbindungen der sächsischen JLO zu rechtsextremen Kreisen. »Bei mehreren Treffen in Dresden waren mehr Leute von der NPD am Gästetisch als (...) JLOler am JLO-Tisch«.[3]

### Selbstständig nach Rechtsaußen

Bei der Betrachtung ihrer führenden (ex-)Kader fällt ins Auge, dass die JLO schon als LMO-Jugendorganisation die Rolle einer Politisierungsinstanz für den Neonazismus spielte,




[1] Alexander Kleber, sächsischer JLO-Aktivist und gerichtsbestätigter Neonazi
[2] Stefan Rochow, von der JLO zum JN-Bundesvorsitzenden
[3] Safet Babic, ehemals JLO nun NPD

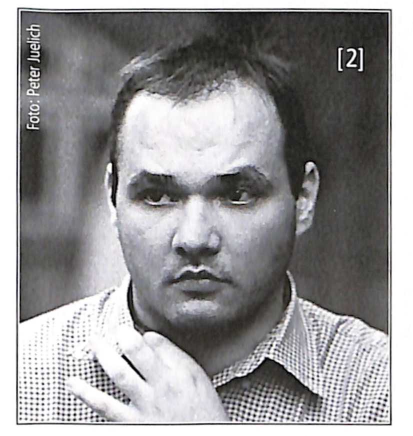



Foto: Peter Juelich




Foto: Peter Juelich

die sie bis heute inne hat. Eine Reihe heute sehr aktiver NPD/JN-Kader waren zuvor bei der JLO. Dies gilt sowohl für den heutigen JN-Bundesvorsitzenden Stefan Rochow (ab 1995 JLO-Mit-glied), als auch für Jürgen W. Gansel und Safet Babic (beide JLO Hessen).[4] Die JLO wandte sich also als eigenständig arbeitende Gruppe dem Neonazismus zu und dürfte nur begrenzt von Neonazis unterwandert worden sein.

Diese wichtige Rolle der JLO soll natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die JLO anziehend auf Neonazis wirkt. Exemplarisch steht hierfür Christian Kapke, der erste Vorsitzende der Ende 1999 gegründeten JLO Thüringen. Der Jenaer war zuvor im neonazistischen Thüringer Heimatschutz aktiv, gehörte Eigenaussagen nach der Wanderjugend Gibor an und war Sänger des Duos Eichenlaub.[5]

Darüber hinaus pflegten einzelne JLO-Landesverbände enge Kontakte zur extremen Rechten. So plante die hessische JLO ein gemeinsames Winterlager mit der bündisch-völkischen Jungdeutschen Jugend aus Gießen[6], und die sächsische JLO bewarb gemeinsame Aktionen mit der neonazistischen Wanderjugend Gibor. Der völkische Freibund e.V. suchte mehrmals im LMO-Organ Ostpreußenblatt nach TeilnehmerInnen für das Bundeswinterlager, womit sicherlich vor allem Mitglieder der JLO angesprochen waren.

## Egal von wo, Hauptsache vertrieben

Kurz nach der Trennung von der Landsmannschaft Ostpreußen vereinbarte der Witikobund eine enge Zusammenarbeit mit der JLO. Schon früher pflegte man Kontakte zu dieser »nationalen Gesinnungsgemeinschaft« innerhalb der revanchistischen Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL). So war Hans-Ulrich Kopp, langjähriger Verantwortlicher des Verbandsorgans Witiko-Briefe, Anfang 1998 ein gern gesehener Referent bei der JLO Bayern.

Inzwischen ist es dem elitären Zirkel Witikobund mit der offiziellen »Inkorpierung« der JLO gelungen, eine tatsächlich neue Generation an Gesinnungsvertriebenen in die eigene, überalterte Struktur einzubinden. Der führende JLO-Funktionär Stefan Rochow vertritt beispielsweise als Witikone im Vorstand der SL-Hessen die Interessen des Witikobundes.

Die Einbindung in den Witikobund dokumentiert, dass die Bestrebungen der JLO nicht nur auf die Re-Germanisierung Ostpreußens abzielen, sondern dass die JLO vielmehr den »Kampf um alle ehemaligen Ostgebiete« führt.

## Verflechtungen mit der NPD

Inzwischen ist die JLO als eine Art Vorfeldorganisation der NPD zu beschreiben, die nach innen zumindest die selbe Bedeutung wie die parteieigene Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) haben dürfte. Diese Rolle wird nicht nur durch die personellen Überschneidungen dokumentiert. Auch strukturell ist die NPD präsent. Von außen sind die Aktivitäten der JLO häufig sehr schwer von denen der NPD zu unterscheiden.

In Dresden zeichnete in diesem Jahr Sven Hagendorf, Führungskader des NPD-Kreisverbandes, für den Aufruf der JLO zur Demonstration am 13. Februar 2003 verantwortlich. An diesem Tag vor 58 Jahren zerlegten alliierte Bomberverbände die Stadt Dresden und holten damit den Zweiten Weltkrieg in die letzten heilgeblieben Wohnzimmer. Die jährlichen Demonstrationen stehen szeneintern für die gruppenübergreifende Zusammenarbeit der gesamten extremen Rechten und zählen zu den bundesweit größten regelmäßigen Naziaufmärschen.

In Thüringen teilt sich die JLO mit dem örtlichen NPD-Kreisverband ihr Postfach in Erfurt. Am deutlichsten wurde die NPD-Nähe aber mit der Wahl von Stefan Rochow im November 2002 zum neuen Bundesvorsitzenden der Jungen Nationaldemokraten. Der hatte von 1997 bis 2001 die Position des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der JLO inne und schraubt sein dortiges Engagement nun zugunsten der NPD-Jugendorganisation zurück.

## Über die NPD hinaus

Mehrfachmitgliedschaften sind erwünscht, da sich die JLO gruppenübergreifend als »unabhängiger →

1| Die JLO war nicht die erste Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen.
2| Samuel Salzborn: Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände, o.J., S.96.
3| eMail, 28.07.2001: [ostpr] Re: Trennung von der JLO.
4| Gansel war bis zum 14.11.98 JLO-Chef in Hessen. Babic war ab Ende 1998 Schriftwart im Landesvorstand.
5| Er hat einen Faible für bündische Vereinigungen mit völkischen Traditionen, was etwa seine Begeisterung für den Freibund e.V. begründet. Mit der Etablierung des Neofolk-Internetportal lichttaufe.de im Sommer 2000 bedient Kapke inzwischen maßgeblich den (extrem) rechten Teil der Gruftszene.
6| Die junge Schaar, Nr.8, 1998, S.8.



[1] Die Wanderjugend Gibor on Tour. An der Gitarre: WJG-Aktivist Ivo Haltenorth



[2] Gruppenbild mit Kindern und einem Neonazi. Der ex-Berliner und neu-Hamburger Lutz Giesen (2.v.r.) auf dem Titelbild des HDJ-Kalenders von 2000 (Ausriss)

gesamtdeutscher Jugendverband« begreift. Deswegen würde es zu kurz greifen, die JLO als ausschließliche Vorfeldorganisation der NPD zu beschreiben.

So ist die JLO-Regionalgruppe Hoyerswerda identisch mit der örtlichen Freien Kameradschaft. Einer Selbstdarstellung in der Lausitzer Rundschau zufolge will diese JLO-Struktur die Mitteldeutsche Jugendzeitung (MJZ) herausgeben.[7] Fakt ist aber, dass die MJZ offiziell von knapp einem Dutzend freier Kameradschaften aus Sachsen und Brandenburg herausgegeben wird. Das illustriert die Personalüberschneidungen.

Ein anderer Aspekt sind die Mitgliedschaften der führenden (ex-) JLO-Kader in Burschenschaften. So soll der heutige Bundesvorsitzende der JLO, Christian Schaar, Mitglied der Normannia in Heidelberg gewesen sein. In der Burschenschaft Rugia zu Greifswald engagier(t)en sich der regionale NPD-Kader Mathias Rochow und der bereits erwähnte Stefan Rochow. Letzterer wechselte später nach Gießen und trat der Burschenschaft Dresdensia bei, deren Farben auch Jürgen W. Gansel trägt. Und der sächsische JLO-Aktivist Alexander Kleber bekam seine Post in das Haus der Cheruscia in Dresden geschickt.

### Schulungen

Der auffällige studentische Hintergrund lenkt den Blick auf die intensive Vortrags- und Schulungsarbeit der JLO. Denn neben Radtouren und Wanderungen dokumentiert die Homepage der sächsischen JLO mehr als 35 Veranstaltungen allein für die Jahre 2000 bis 2002. So gaben sich ein Vorstandsmitglied des Schulvereins zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen e.V.[8], der NPD-Anwalt Horst Mahler oder auch der NPD-Ideologe Jürgen Schwab die Klinke in die Hand.

### Heimattreue Deutsche Jugend e.V.

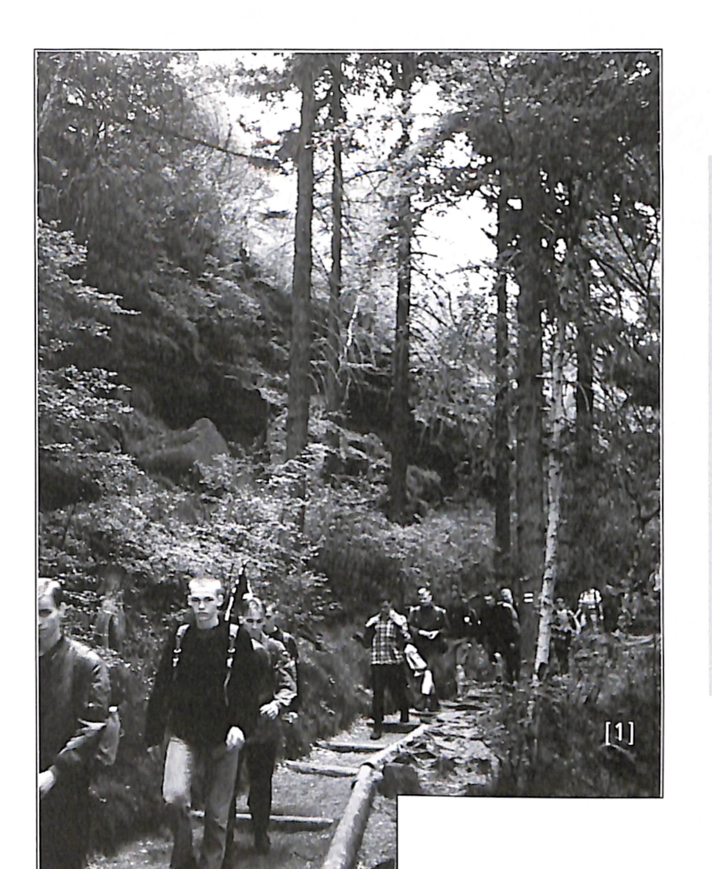
Michael Gellenthin, bis zum Sommer 1999 Landesvorsitzender der JLO in Mecklenburg-Vorpommern und Mitglied der Burschenschaft Rugia Greifswald, widmet sein Engagement auch der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ). Im September 1999 wurde Gellenthin, der gegenwärtig als Internetbetreuer an der Fachhochschule im bayerischen Ansbach arbeitet, zum Bundesgeschäftsführer dieses neonazistischen Vereins gewählt.

Die HDJ kann als nahe Verwandte der verbotenen Wiking-Jugend (WJ) bezeichnet werden, denn nirgendwo anders wird im deutschen Neonazis-

Der Leiter des neugeschaffenen »Amtes für Kultur« im JN-Bundesvorstand ist Jan Gallasch. Der Berliner begann seine Karriere in der inzwischen verbotenen Nationalistischen Front und gehörte deren Führungsgremium an. Darüber hinaus organisierte er als Vorstandsmitglied der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen die Schulung der Nachwuchskader mit hochkarätigen Referenten der extremen Rechten. Die BKP hat sich dem »Kampf gegen Lüge und Verzerrung der Geschichte, gegen die kulturelle Zersetzung und die ethnische Unterwanderung unseres Volkes« verschrieben.[1] Auch zählte Gallasch Ende September 1995 zu den Teilnehmern der Gästewoche der Deutschen Kulturgemeinschaft in Altenberg.

Die Berliner JN, für deren Kurs auch Jan Gallasch steht, bezieht sich in ihrer Publikation »Jugend wacht« offen auf den Nationalsozialismus. Kultur bedeutet hier das Pflegen des nationalsozialistischen Brauchtums.

1| Holger Apfel (Hg.): Alles Große steht im Sturm, Stuttgart 1999, S. 27.



[1] Umweltverschmutzung auf Wanderung durch deutsche Lande

[2] Auf dem Motorrad nach Walhalla: Der verstorbene Multifunktionär Alexander Scholz (Faksimile aus HDJ-CD)

mus die Einbeziehung von Eltern und Kindern in völkische Aktivitäten so offen betrieben. Ihr Konzept gleicht dem Lebensbund-Prinzip der WJ oder auch dem des Freibund e.V., deren Mitglieder »von der Wiege bis zur Bahre« dem Verein und seinen Unternehmungen verbunden waren und sind. Schon Kleinstkinder finden Aufnahme in die HDJ, und die Erwachsenen unterstützen die Arbeit mit Spenden an einen Förderkreis. Die Erwachsenen wissen genau um die neonazistischen Aktivitäten der HDJ, denn hier lassen ältere Nazis ihren Nachwuchs ausbilden. Schenkt man dem Gästebuch der HDJ im Internet glauben, so pflegt etwa die Tochter von Christiane und Sven Ringmayer – beide waren Ende der 80er Jahre AktivistInnen der NPD/JN in Frankfurt/Main – persönliche Kontakte zur HDJ. Deutlichstes Zeichen für das Lebensbund-Prinzip war und ist die Bildung von Familienklans, die führende Rollen innerhalb der Vereine inne haben.[9]

Im völkischen Kindergarten HDJ lernen die Kleinen von der Pieke auf völkisches Brauchtum; aber auch körperliche Ertüchtigung und Schulungen kennzeichnen das Profil der HDJ. Unübersehbar erscheint hierbei immer wieder eine Bezugnahme zum Nationalsozialismus. Kaum verwunderlich, dass an den Veranstaltungen der HDJ – so etwa Mitte September 2001 in Mecklenburg-Vorpommern – ehemalige Mitglieder der WJ teilnahmen. Die WJ wurde ja verboten, weil sie einen nationalsozialistischen Staat in Deutschland errichten wollte. Strukturell ist die HDJ vor allem in Berlin und Brandenburg präsent und eng mit der NPD/JN verwoben. So war der im Februar 2002 verstorbene Bundesführer Alexander Scholz auch an führender Stelle in der Berliner NPD tätig. An führender Stelle in der HDJ ist ebenfalls der NPDler Jörg Hähnel aus Frankfurt/Oder engagiert. Daneben sind auch der frühere Aktivist der Berliner Kameradschaft Germania, Lutz Giesen, und Christian Berisha, Anmelder der demagogischen Internetseite »Todesstrafe für Kinderschänder«, der Nazigruppe zuzurechnen. In Weißwasser (Sachsen) stellten Nachfolgestrukturen der Jugendgruppe des Nationalen e.V. den »Bereich Schlesien«.
Dem politischen Umfeld der HDJ ist die Gemeinschaft Deutscher Frauen (GDF) zuzurechnen. Gemeinsam mit der HDJ und der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen (BKP)[10] organisierte die GDF im Juli 2001 im brandenburgischen Friedersdorf den »1. Märkischen Kulturtag«. Alle drei Gruppen nähren sich aus dem selben braunen Sumpf im Raum Berlin. Nicht nur, dass Alexander Scholz früher schon für die BKP aktiv war. Auch dürfte als sicher gelten, dass sich hinter der Anmelderin der Homepage der GDF, Michaela Zanker, seine Witwe verbirgt.[11]

### Die Wanderjugend Gibor

Bereits Mitte der 90er Jahre gründeten im Raum Cottbus einige Neonazis die Wanderjugend Gibor (WJG). In ihrem Selbstverständnis strebte die Gruppe das Ansprechen junger Nazis und deren Ausbildung zu Kadern an. Später sollten diese »viele neue Gruppen gründen«.[12] Auch die WJG agierte dabei als Scharnierorganisation für das neonazistische Spektrum. Viele der Teilnehmenden an den Aktivitäten der WJG hatten ihren politischen Schwerpunkt in anderen Gruppen und Projekten. Hier sind u.a. Aktivisten der Berliner Kameradschaft Germania und der JLO zu erwähnen. Die Thüringer WJG-Gruppe[13] teilte sich ihr Postfach mit der Regionalredaktion Thüringen der Dresdner Zeitschrift Hagal.[14] Der V-Mann und Nazi-Musikproduzent Toni Stadler war ebenfalls

7| Lausitzer Rundschau (Ausgabe Hoyerswerda), 12.8.2002: Mein Verein.
8| Die revanchistischen Aktivitäten der Gesellschaft für Siedlungsförderung in Trakehnen mbH und des ihr angeschlossenen Schulvereins in Russland wurden bisher mit mehr als ca. 250000,- DM vom neonazistischen Freundeskreis Ulrich von Hutten unterstützt (vgl. monitor, Nr. 7, 2002, S. 5f). Mitglieder der JLO unterstützten dort im Jahr 2000 tatkräftig den Bau einer Biokläranlage.
9| Exemplarisch sei hier die Familie Nahrath genannt, welche mehrere Führer der Wiking-Jugend stellte.
10| Die BKP ist der Berliner Ableger der Deutschen Kulturgemeinschaft.
11| Michaela und Alexander Zanker haben gemeinsam den Sohn Ansgar Wilhelm bekommen (Nachrichten der HNG, Nr. 244, 2001, S.19). Michaela und Alexander Scholz haben am selben Tag einen Sohn mit dem selben Namen bekommen (DS, Nr. 6, 2001, S. 23).
12| Brief eines Ehemaligen/WJG Nachlaßverwaltung, 25.1.2000.
13| Die WJG Thüringen stand auch im Kontakt mit der Jungdeutschen Jugend aus Gießen

→




[1] Wenn der Vater mit dem Sohne.
Dr. Joachim Nothdurft (DSU) aus Dessau (links) und Laurens Nothdurft (HDJ-Bundesvorstand) aus Berlin, auf der 1. Mai NPD-Demonstration 2002 in Berlin-Hohenschönhausen

→ regelmäßiger Gast bei den WJG-Wanderungen.[15]

Die politische Praxis der WJG war die Schaffung eines neonazistischen Gemeinschaftserlebnisses in der freien Natur in Verbindung mit körperlicher Ertüchtigung. Als (ästhetisches) Vorbild diente auch hier die WJ. Teilnehmer berichteten, dass im Anschluss an die anstrengenden Wanderungen immer noch ein schulungsähnliches Abendprogramm stattfand. Auffällig sei hier der offene Bezug zum Nationalsozialismus gewesen.

Innerhalb der WJG-Struktur gab es eine Reihe von Liederheften, die den Bezug zum Nationalsozialismus dokumentieren. Die abgedruckten völkischen Werke verherrlichen den »Lebenskampf« des einsamen Helden in einer vermeintlich niedergehenden Welt und verklären die Ursprünglichkeit und Naturverbundenheit des Bauerntums.

Die Gedichte wurden unter dem Pseudonym »Iwolf« von Ivo Haltenorth verfasst. Er war die zentrale Figur der Wanderjugend. Seine politische Laufbahn begann er bei rassistischen Ausschreitungen 1992 in Cottbus, als ein Neonazimob das örtliche Asylbewerberheim angriff. Ein Jahr später wurde er erwischt, als er mit einem Kameraden das KZ Sachsenhausen schändete. Die Lokalpresse bezeichnete ihn damals als DVU-Mitglied.[16] Der Student verzog später nach Radebeul bei Dresden und verkehrte dort weiterhin in rechtsextremen Kreisen. Interne Papiere der Dresdner Naziszene dokumentieren seine Kontakte zu ehemaligen WJ-Aktivisten.

Heute finden sich »Iwolfs« Ergüsse im gesamten neonazistischen Spektrum wieder, etwa bei den Vorschlägen für den Ablauf heidnischer Feierlichkeiten auf den Internetseiten der »Kulturkammer«.[17] Seine Texte waren auch die Grundlage für die offiziellen Lieder der Wanderjugend Gibor, der JLO und der Deutschen Hochschulgilde Witiko zu Passau.[18]

### Staffelstab wird übergeben

Die NS-»Erlebnisgeneration« stirbt aus und ist seit langem bestrebt, ihre Arbeitsweise, ihr Wissen, ihre Kontakte und ihre Finanzen an die nachkommenden Generationen weiter zu geben. Dabei wählen die Altnazis ihren Nachwuchs genau aus und greifen nur auf Kader bewährter Organisationen zurück. Schon Mitte der 90er Jahre beschrieb das Antifaschistische Autorenkollektiv im Handbuch »Drahtzieher im braunen Netz« diese Praxis: »Im Laufe unserer Recherchen stießen wir immer wieder auf ein Kartell von Altnazis.(...) Die Alten stehen ausgewählten Neonazis mit Rat, Tat und finanzieller Unterstützung zur Seite. (...) Sie bevorzugten die Sammlung einer 'Elite', die aus dem Hintergrund heraus in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, in konservativen sowie in neofaschistischen Gruppen operierte«.[19]

Waren es bis zu ihrem Verbot u.a. Neonazis der Wiking-Jugend und der Nationalistischen Front, haben alle weiter oben genannten Organisationen immer mehr diese Rolle übernommen. Schon die Zeitschriften der Wanderjugend Gibor beschrieben u.a. die Teilnahme an einem Treffen des Bundes der Goden Ende 1997 im sächsischen Altenberg und an den Treffen der Zeitschrift »Recht und Wahrheit«.[20]

Die HDJ plante ihren 2. Märkischen Kulturtag am 7. September 2002 in Brandenburg mit Lisbeth Grolitsch, der Vorsitzenden der Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG) aus Österreich. Da die alte Dame des deutschsprachigen Neonazismus nicht teilnehmen konnte, referierten schlussendlich der DKG-Aktivist Gerd Zikeli und der frühere Bundesführer der Wiking-Jugend, Wolfram Nahrath.

Bereits ein Jahr zuvor nahm Alexander Scholz an der 25. Gästewoche der DKG im November 2001 in Rosenheim teil. Diese jährlichen Treffen gelten innerhalb der Naziszene als Highlight und führen Altnazis mit bewährten Jungnazis zusammen. Im Jahr 2001 war dort auch eine Abordnung der Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG) anwesend.[21]

Der sächsische JLO-Aktivist Alexander Kleber sprach Mitte Oktober 2002 bei der 37. Politischen Akademie der

14| Leiter der Regionalredaktion ist Olaf Neubauer. Hagal ist das offizielle Organ der deutschen Sektion der Europäischen Synergien, vgl.: AIB, Nr. 55, 2002, S. 42.

15| Ausführlich AIB, Nr. 57, 2002, S. 22-25.

16| Oranienburger Generalanzeiger, 31.8.93: Brandenburgische DVU gegründet; Tagesspiegel, 15.5.94: "Winken" mit gestrecktem Arm.

17| Der Inhaber der Homepage, Thomas Rackow (ausführlich S. 28), wollte eine Jugendgruppe nach dem Vorbild der WJG aufbauen.

18| Die Hochschulgilde Passau ist ein Ableger der Deutschen Hochschulgilde, die burschenschaftliche mit bündischen Traditionen verbindet.

19| Antifaschistisches Autorenkollektiv (Hg.): Drahtzieher im braunen Netz, Hamburg 1996, S. 212f.

20| Heute nehmen u.a. Aktivisten der JN Berlin an diesen Treffen teil.

21| Zwar spielt die BDVG in der Außenwirkung nur eine geringe Rolle, jedoch betreibt auch sie Elitenbildung. Dies verdeutlichen die Herausgabe von Schulungsbriefen und auch die Autorenschaft von Gerd Zikeli und dem DKG-Chefideologen Herbert Schweiger im Vereinsblatt »Volk in Bewegung".

## Eine typische Biografie

Seit einiger Zeit benennt der Freundeskreis Ulrich von Hutten[1] Eric Kaden als Verantwortlichen für die Finanzabwicklungen. Der Dresdner steht exemplarisch für die Anbindung von Jungnazis an Altnazi-Kreise. Als bewährter Aktivist der Wiking-Jugend bekam er 1995 einen Jugendfreiplatz[2] bei der 19. Gästewoche der Deutschen Kulturgemeinschaft.
Später betrieb er mit dem letzten sächsischen WJ-Gauführer, Sebastian Räbiger[3], ein Versandantiquariat. Der Versand handelte nahezu ausschließlich mit NS-Literatur und NS-Devotionalien. Über die Adresse des Versandes war eine limitierte Broschüre zum Gedenken an den SS- Panzerkommandanten Kurt Eggers erhältlich. In einem ergänzenden Text feierte Kaden den Nazi-Literaten und schreibt, dass Eggers »stürmischen Gedanken (...) selbstlose Taten« folgen ließ.[4] Für die 25. Gästewoche der DKG 2001 war Kaden dann selbst als Referent angekündigt.

Von den Aktivitäten des Politikstudenten Kaden, der im Oktober 2002 als Referent bei der extrem rechten Burschenschaft Arminia-Zuerich aus Heidelberg angekündigt war[5], ist in Dresden wenig zu spüren. Dort taucht der langjährige Kampfsportler hingegen als 2. Vorsitzender des Karate-Vereins Wadokai Dresden e.V. auf.

1| Der Freundeskreis ist personell nahezu mit der DKG identisch.
2| Jugendfreiplatz: ältere Teilnehmer der Treffen übernehmen die anfallenden Kosten für Jungnazis.
3| Räbiger hatte 1995 ebenfalls einen Jugendfreiplatz bei der DKG-Gästewoche und war in den organisatorischen Ablauf involviert. Er beteiligte sich später an den internen Strategiedebatten der JN.
4| Kurt-Eggers-Kreis/Freundeskreis für Geschichte und Literatur (Hg.): Kurt Eggers. Ein Gedenken, Dresden 2000, S.31.
5| Aktivist in deren Vorläufer, der Europaburschenschaft Arminia-Zürich, war Gerd Zikeli.

Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP) in Offenhausen.[22] Auch die AFP widmet sich der »ideologisch-kulturelle[n] Arbeit« und vereint Jung-und Altnazis.

### Einschätzung

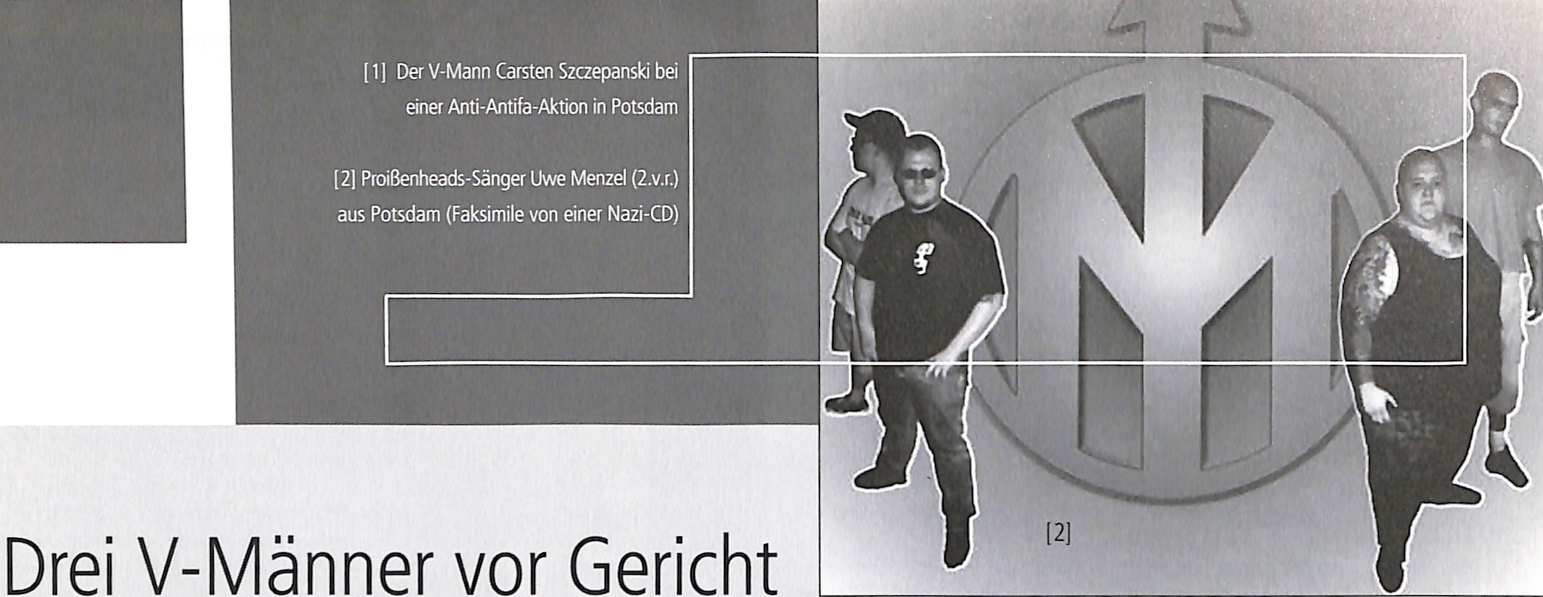
Alle genannten Organisationen beton(t)en den besonderen Wert der kulturellen Bildung ihrer Mitglieder. Im Gegensatz zum Massenansatz der NPD oder zu den Kameradschaftsstrukturen, deren politische Bildungsarbeit oft bei der Organisation von Konzerten endet, legen sie grossen Wert auf das abgeschottete gemeinsame Erlebnis am Lagerfeuer, beim Volkstanz oder heidnisch geprägten Feiern. Sie pflegen eine mythische und von Legenden durchzogene, imaginäre »Volkskultur«, die sich angeblich über »Jahrtausende entwickelt« haben soll und deshalb hier heimisch sei.

Treffender ausgedrückt setzen diese Gruppen eine völkische Blut-und-Boden-Kultur in die Tat um und begreifen ihre politischen Aktivitäten als kulturelle Fundamentalopposition von Rechtsaußen zum derzeitigen politischen System. Das Gemeinschaftserlebnis innerhalb einer überschaubaren Gruppe Gleichgesinnter schafft nicht nur eine starke emotionale Bindung, sondern vermittelt dem Einzelnen das Gefühl, Teil einer Elite zu sein.

In der Praxis findet hier eine Arbeitsteilung statt. Während Gruppen wie die HDJ bereits Kleinstkinder in ihre abgeschotteten Unternehmungen einbeziehen, präsentiert sich die JLO eher als offener Jugendverband mit einem studentischen Hintergrund und öffentlichen Aktionen. Gemeinsam streben sie die konsequente Heranbildung von zukünftigen Nazikadern an, die in die Fußstapfen der aussterbenden Erlebnisgeneration des Nationalsozialismus treten sollen. Sie bilden die braune Elite von morgen aus. ■

22| Gemeinsam mit ihm referierte dort Richard Miosga, führender Kopf des Berliner Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerkes. Miosga sprach auch am 13. Februar 2002 bei der JLO-Demonstration in Dresden.



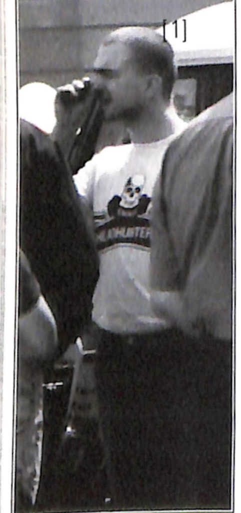


[1] Der V-Mann Carsten Szczepanski bei einer Anti-Antifa-Aktion in Potsdam

[2] Proißenheads-Sänger Uwe Menzel (2.v.r.) aus Potsdam (Faksimile von einer Nazi-CD)

# Drei V-Männer vor Gericht

» Carsten Szczepanski, der ehemalige V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes, wurde am 9. Dezember 2002 wegen eines Verstoßes gegen das Waffengesetz zu einer Geldstrafe von 1.800 Euro verurteilt. Der einstige NPD-Funktionär und Aktivist von Blood & Honour hatte Anfang 2000 ein Repetiergewehr in seinem Ladenlokal versteckt und damit »Verfügungsgewalt über eine Waffe« gehabt.[1] Auch zwei weitere »Kameraden« des 31jährigen Nazi- Aktivisten verurteilte das Amtsgericht Potsdam wegen Waffenbesitzes zu Geldstrafen. Der Potsdamer Sänger der Naziband Proissenheads, Uwe Menzel, hatte sich eine Pistole und ein Repetiergewehr besorgt und zwischenzeitlich bei Szczepanski deponiert. Der 29jährige Tino Wiesner aus Potsdam hatte sich eine nicht schussfertige, ältere portugiesische Maschinenpistole für seinerzeit 300 D-Mark besorgt. Ebenfalls in das Verfahren involviert waren die 21jährige Kerstin Briesnick (Königs-Wusterhausen) und der 26jährige Ronny Müller (Klausdorf/ Zossen), da sie die Waffen zeitweilig übernommen hatten. Auch das Mitglied der Naziband Landser Christian Wenndorf (Potsdam) ist in diesem Verfahren mit angeklagt, ein Urteil wurde bisher jedoch nicht bekannt.



Szczepanski alias »Piato« war 1995 wegen versuchten Mordes zu acht Jahren Haft verurteilt worden, weil er mit anderen Neonazis versucht hatte, einen Nigerianer in einem See zu ertränken. Im Juli 2000 flog er als V-Mann auf.[2] Er wurde in ein Zeugenschutzprogramm aufgenommen.

### V-Mann-Produkt: »Noten des Hasses«

Der im vergangenen Jahr enttarnte V-Mann des brandenburger Verfassungsschutzes, Toni Stadler, wurde am 11. November 2002 wegen Volksverhetzung, Gewaltdarstellung und Verwendung von NS-Symbolen vom Berliner Landgericht zu einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren verurteilt. Der 28-jährige Cottbuser hatte die CD »Noten des Hasses« der White Aryan Rebels maßgeblich vertrieben und unter den Augen der Brandenburger Verfassungsschutzes ein Lager mit »unzähligen« Nazi-CDs und Propagandamaterial eingerichtet. Das Gericht verhängte die höchstmögliche Bewährungsstrafe. Stadlers umfassendes Geständnis und dessen Bestärkung durch die Verfassungsschützer war als strafmildernd erachtet worden. Stadlers V-Mann-Führer hatte von den Straftaten seines V-Mannes gewusst, ihm Hinweise über bevorstehende Polizeiaktionen zugespielt und zur Tarnung einen »sauberen« Computer gegeben. Eine endgültige Aufarbeitung des Falls könne nur »im Rahmen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses in Brandenburg stattfinden«, konstatierte der Richter. Stadler wurde in das Schutzprogramm des Brandenburger Landeskriminalamtes aufgenommen und mit einer neuen Identität ausgestattet. Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) reagierte auf das Urteil mit Richterschelte und warf dem Gericht und der Staatsanwaltschaft vor, sie hätten eine »Art politischen Prozess« geführt. Sein Sprecher Heiko Homburg sprach von einem »Schauprozess gegen den brandenburgischen Verfassungsschutz«. Das Produzententrio der »Noten des Hasses« bestand aus Toni Stadler, dem weiteren V-Mann Mirko Hesse aus Sachsen und dem Berliner Nazikader Lars Burmeister.

Der 27jährige Hesse hatte weniger Glück als seine V-Mann-Kollegen. Er wurde am 21. November 2002 von der Staatsschutzkammer des Landgerichts Dresden zu vier Jahren Haft verurteilt – unter anderem wegen Volksverhetzung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Gewaltverherrlichung. Der V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz hatte von 1997 bis zu seiner Verhaftung im Jahr 2001 insgesamt 21.500 CDs mit rassistischen Texten produziert und teilweise vertrieben. In das Urteil floss eine zweijährige Vorstrafe ein. Das Urteil war durch eine Absprache zwischen Verteidigung, Staatsanwaltschaft und Gericht möglich geworden, wonach sich Hesse in allen Anklagepunkten schuldig bekannte. ■

1| http://www.berlinonline.de/wissen/berliner-zeitung/.bin/dump.fcgi/2002/1210/lokales/0059/index.html

2| Vgl. AIB Nr. 51, S. 17






# Mord in Potzlow

Im November des letzten Jahres wurde die Leiche des vermissten 17jährigen Marinus Schöberl gefunden. Die bestialische Tat geschah bereits vier Monate zuvor, in denen die Täter schwiegen und niemand Fragen stellte.

Am Tag der Tat besuchte Marinus das örtliche Dorffest und stieß im Anschluss auf seine Mörder, die beiden 17jährigen Sebastian Fink und Marcel Schönfeld sowie seinen 6 Jahre älteren Bruder Marco Schönfeld. Über mehrere Stunden wurde Marinus in einer Wohnung mit Werkzeugen geschlagen und grausam gequält. Fünf bis sechs Personen sollen laut Staatsanwaltschaft zumindest den Beginn der Misshandlungen mitbekommen haben.

Anschließend zwangen die Neonazis ihr Opfer mit ihnen zu einer stillgelegten LPG zu fahren. Dort prügelten und traten sie weiter auf ihn ein. Zuletzt warfen sie immer wieder einen schweren Stein auf den leblosen Körper ihres Opfers, speziell auf den Kopf und verscharrten anschließend die Leiche in einer Jauchegrube. Den genauen Tathergang will die Staatsanwaltschaft aus Pietätgründen nicht veröffentlichen, so grausam sind die Täter vorgegangen. Als Motiv für ihre Tat gaben die Neonazis die Hip-Hop-Hosen und die blond gefärbten Haare ihres Opfer an, woraufhin sie Marinus als »Juden« klassifizierten. Monatelang blieb die Tat unentdeckt Marinus galt lediglich als vermisst. Erst die Wette eines der Täter dass er wisse wo die Leiche liege führte dazu dass, das Opfer gefunden wurde.

Zumindest der älteste der Täter wird von der Polizei zum harten Kern der aktiven Naziszene der Uckermark gezählt. Erst kurz vor dem Mord hatte er eine Gefängnisstrafe wegen Körperverletzung, Autodiebstahl und Verwenden von Nazi-Symbolen abgesessen. Auch nach Entdeckung des Mordes musste er nicht erst festgenommen werden da er bereits wieder in Haft war. Etwa einen Monat nach dem Mord an Marinus hatte er in Prenzlau einen Mann aus Sierra Leone mit einem Schlagring und einem Knüppel zusammengeschlagen.[1]

Das Erschreckende an diesem Mord ist seine Beliebigkeit. Marinus wurde umgebracht, weil er da war, als die Täter jemanden suchten, den sie fertig machen können. Sein Tod hatte keinen tieferen Zweck. »Man hat eher den Eindruck, dass Nazis hier einfach all jene sind, die schlagen, quälen und die Macht haben. Keine Nazis sind alle, die geschlagen werden.«[2], bringt es eine Tageszeitung auf den Punkt. Die öffentliche Debatte wird von Ritualen, Platitüden und Schuldzuweisungen bestimmt. Den Erklärungsversuchen ist vor allem eines gemein: ihre Hilflosigkeit.

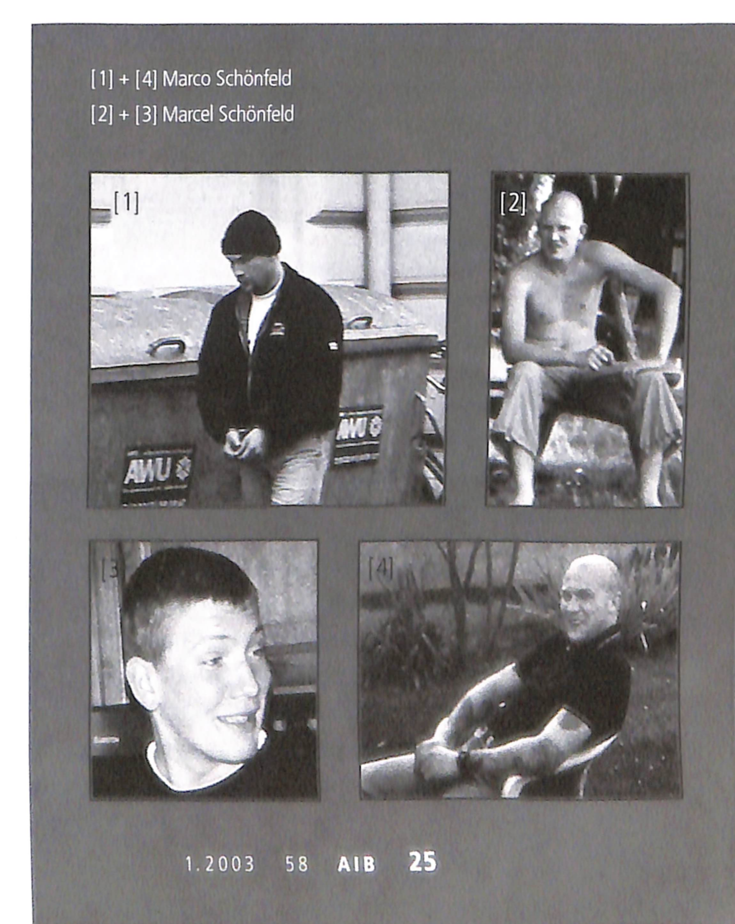
### Bekannte Reaktionen

Die Reaktionen auf das Geschehen waren altbekannt: Das Dorf fühlt sich stigmatisiert und beteuert, kein Problem mit Rechten zu haben. Die Empörung gilt vor allem denjenigen, die Fragen stellen: den Medien, der Polizei, der Antifa. Brandenburgs Innenminister und CDU-Rechtsaußen Jörg Schönbohm beklagt »als Erbe der DDR eine entbürgerlichte und entchristlichte Gesellschaft«.[3] Er setzt auf mehr Polizei und Sport als Therapie für »verirrte Jugendliche«. Die tief betroffene Sozialarbeiterin des örtlichen Jugendclubs gibt der hohen Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit vor Ort die Schuld und erhofft sich eine Diskussion innerhalb der Landesregierung, damit »Marinus Tod nicht ganz umsonst war«.[4]

Auch in der Lokalpresse herrscht Fassungslosigkeit vor. Die Dorfbevölkerung sucht die Schuld bei der Polizei und wirft ihr Untätigkeit vor, da sie trotz Vermisstenmeldung und etlichen Hinweisen keinen Anlass für Ermittlungen sah. Die eigene Verantwortung wird, wie zu erwarten, nicht hinterfragt. Antifaschistische Initiativen sehen die Schuld in der fehlenden oder verfehlten Jugendpolitik und fordern mehr Geld für alternative Jugendarbeit.

Alles in allem nichts neues aus Brandenburg. ■

1| Am 16. August 2002 hatte der 23jährige Marco Schönfeld zusammen mit den 20jährigen Daniel Modler (Angermünde) und Daniel Schulz (Prenzlau) und seiner 16jährigen Freundin Nicole Brandt (Zichow) den Mann attackiert. Brandt sitzt derweil ebenfalls in Untersuchungshaft, da sie einen der Zeugen, die Marinus Leiche fanden, mit Reizgas attackierte und ihm drohte es könne ihm wie Marinus ergehen.
2| Tagesspiegel, 21.11.2002
3| Tagesspiegel, 3.12.2002
4| Tagesspiegel, 4.12.2002


[1] + [4] Marco Schönfeld
[2] + [3] Marcel Schönfeld

# Erneute Spaltung oder »heiße Luft«?

## Streit bei den »Freien Kameradschaften«

Mehrfach wurde in letzter Zeit in verschiedenen Medien über einen Streit zwischen dem Hamburger Neonazi Christian Worch und weiteren Nazis und Organisationen berichtet. Mancherorts wurde wieder einmal über eine erneute Spaltung der Szene spekuliert. An dieser Stelle wollen wir kurz versuchen, die Fakten über diesen Streit zusammenzutragen und damit aufzeigen, dass es für derartige Spekulationen wenige Anhaltspunkte gibt. Momentan ist eine seriöse Einschätzung der Folgen kaum möglich, da die Dimension dieses Streits noch nicht absehbar ist.



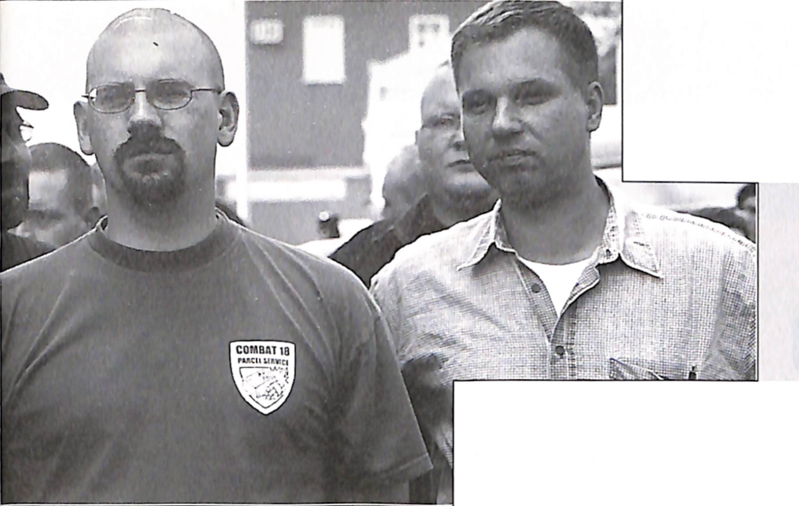
Gab er Informationen an den Staatsschutz weiter? Harald Wostupatsch – über ihn erregen sich die Gemüter.

» Den Stein ins Rollen gebracht hat im September 2002 das NPD-Kreisvorstandsmitglied aus Würzburg, Uwe Meenen[1]. Er wirft in einem offenem Brief dem ehemaligen ANS-Kader Hartmut Wostupatsch aus Höchberg vor, bei einem Gespräch mit einem Staatsschutzkommissar vertrauliche Informationen ausgeplaudert zu haben. Daraufhin weist Christian Worch in einem ebenfalls offenem Brief die Vorwürfe zurück. In diesem Brief wirft er Meenen vor, dass er sich für eine Hetzkampagne der NPD gegen Wostupatsch einspannen lasse. Mehrere Briefwechsel folgen, und der Ton verschärfte sich merklich. Schließlich geht Wostupatsch juristisch wegen Verleumdung gegen Meenen vor.

### Streit um Anonymität

Sah dieser Streit bis zu diesem Punkt eher wie einer der zwischen NPD und Freien Nationalisten nicht unüblichen »Kleinkriege« aus, so wendete sich das Blatt Anfang Januar 2003, als Worch unter dem Titel »Wider die anonymen Hetzer!« den zumindest in der Öffentlichkeit beendeten Streit erneut aufgriff. Zum Anlass nahm er eine Erklärung der Fränkischen Aktionsfront (FAF) und anderen Gruppen zu eben diesem Thema vom September 2002. Er wirft der FAF und dem Internetprojekt die-kommenden.net[2] vor, die wahren Urheber dieser Erklärung zu decken. Daraufhin meldet sich das Aktionsbüro Norddeutschland zu Wort und gibt ein Statement über die Notwendigkeit von Anonymität ab. Angespielt wird hier auf die Offenlegung von Namen und Strukturen durch Worch. Davon unbeeindruckt veröffentlicht Worch den Namen des Verantwortlichen für das Aktionsbüro Nord, nämlich Tobias Thiessen aus Norderstedt, und spricht ihm gleichzeitig das Recht ab, sich zu diesem Thema zu äußern. Es folgen weitere Beiträge, die sich nur noch mit dem Thema Anonymität befassen und schließlich eine Erklärung für das anonyme Verhalten im Internet, veröffentlicht vom Aktionsbüro. Diese Erklärung wurde daraufhin von verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen unterzeichnet. Unter ihnen sind beispielsweise die FAF, das Nationale Infotelefon Rheinland, Jürgen Schwab, Bernd Stehmann, Norman Kempken und Bernd Christian Malcoci. In mehreren Schriftwechseln setzten sich Thiessen und Worch über diese Erklärung auseinander. Dabei ging es jedoch selten um Inhalte, sondern eher um gegenseitiges Vorwerfen charakterlicher Unzulänglichkeiten.[3]

Neben dem dargestellten Streit um offenes oder anonymes Auftreten entbrannte zur gleichen Zeit eine zum Teil heftige Diskussion zwischen Worch und dem Aktionsbüro über die künftige Demonstrationskultur. Während das Aktionsbüro ein Umdenken fordert und nur noch wenige Aufmärsche, aber dafür mit besserer Vor- und Nachbereitung für richtig hält, möchte Worch an seiner bisherigen




Möchtegern-Führer Worch (rechts) mit Anti-Antifa-Fotograf und Combat 18-Fan Jörn Schmidtke (links), Bad Segeberg; (s. AIB Nr. 57, S. 33).

Linie festhalten und weiterhin möglichst viele Aufmärsche verstreut über ganz Deutschland durchführen. Gleichzeitig wirft Worch dem Aktionsbüro vor, nie etwas für Vor- bzw. Nachbereitung getan zu haben und weist den Vorwurf für sich selbst zurück.

### Handfester Streit?

So sehr diese Fakten nach außen hin wie ein heftiger Richtungsstreit im Neonazilager aussehen, an dessen Ende eine Spaltung stehen könnte, so fallen bei näherer Betrachtung aber auch einige Punkte auf, die den ganzen Streit eher als »heiße Luft« erscheinen lassen. Das sicherlich augenscheinlichste Indiz für eine doch geringere Bedeutung dieses Streites ist die Art, wie er geführt wird. So wurde der gesamte Schriftwechsel im Internet veröffentlicht und zwar, bis auf wenige Ausnahmen, nur auf einer einzigen Seite.[4] Keine andere Internetseite oder gar ein Printmedium hat bisher diesen Streit aufgegriffen oder gar kommentiert, obwohl er von der inhaltlichen Relevanz und von der Bekanntheit seiner Akteure dazu geeignet wäre, szeneübergreifend zu Grabenkämpfen zu führen. Nicht einmal die NPD, die sich ins Fäustchen lachen könnte, kommentierte bisher diese Auseinandersetzung.

Gerade bei den Meinungsverschiedenheiten zwischen Worch und dem Aktionsbüro fällt auf, dass Worch zwar Thiessen beim Namen nennt und heftig angreift, aber seinen alten Weggefährten Thomas Wulff nicht mit einem Wort erwähnt, obwohl dieser ebensoviel Einfluss wie Thiessen auf das Aktionsbüro haben dürfte. Die Erklärung über das zukünftige Demonstrationsverhalten trägt zudem Wulffs Handschrift und ist keine neue Forderung aus diesem Lager. Worch hingegen richtet seine gesamte Kritik an Thiessen und versucht das Aktionsbüro als Einmannunternehmen von eben diesem darzustellen.

### Wer gegen wen?

Auch ein Erklärungsversuch über das Verhältnis von Freien Nationalisten und NPD will nicht eindeutig gelingen. So mischte sich Worch in dem Streit um Wostupatsch zwar gerade wegen Meenens Äußerungen als NPD-Mann überhaupt erst ins Geschehen ein und auch gegen die FAF feuerte er mit der Behauptung, diese wäre personell eng mit der NPD verflochten. Verwunderlich ist dann aber, dass ausgerechnet Gerd Ittner von der Nürnberger BI-Ausländerstopp, die eine Vorfeldorganisation der NPD ist, der FAF in den Rücken fällt und Worch verteidigt. Auf der anderen Seite ist es Worch, der über die Mitgliedschaft seines alten Anti-Antifa und HNG-Mitstreiters Norman Kempken bei der FAF spekuliert und ihn als Anti-Antifa Nürnberg outete. Im Gegenzug unterzeichnete Kempken die Erklärung namentlich.

Sucht man die Gräben zwischen diesen Fraktionen auf der ideologisch/strategischen Seite, so wird man hier zwar fündig. Aber diese Gräben bestehen schon lange und haben auch in der Vergangenheit immer wieder zu Differenzen geführt. Sie treffen aber nicht auf alle Konfliktparteien zu. So war es schon immer Worch, der sein Hauptaugenmerk auf den »Kampf um die Straße« legte und mit möglichst vielen Leuten zu möglichst vielen Themen präsent sein wollte. Auf der anderen Seite war es dem Flügel um Thomas Wulff vorbehalten, sich um die Ausbildung einer eher »elitären« Kleingruppe von geschulten Kadern zu kümmern. Diese verschiedenen Ansätze führten zwar des öfteren zu Reibereien innerhalb der Szene, aber ergänzten sich in der Praxis eher, als dass sie sich behinderten und treffen zudem nur auf den Streit zwischen Worch und dem Aktionsbüro zu. So verfolgt zumindest die FAF einen ähnlichen Politikansatz wie Worch und sieht ihr Aufgabenfeld auch eher im »Kampf um die Straße«.

### Ein Privatkrieg?

Bei dem oben Beschriebenen gibt es also einiges, was nicht für einen Richtungsstreit im gesamten Nazi-Lager spricht, sondern eher für die persönliche Abrechnung einiger ihrer Protagonisten untereinander. Gerade Christian Worch ist für sein arrogantes Verhalten schon länger in der Szene umstritten, und einige jüngere Kameraden scheinen sich nicht mit seiner bedingungslosen Führerrolle abfinden zu wollen. Größere Auswirkungen dieses Streites bleiben fraglich, da die verschiedenen Gruppen und Ansätze eher nebeneinander statt miteinander existieren. Worch kann so weiterhin Demonstrationen in großer Zahl anmelden und durch ganz Deutschland reisen, während Wulff und Co. sich um die Organisierung kümmern. Für den »einfachen« Neo-Nazi wird sich wohl kaum etwas ändern. Lediglich die fehlende Mobilisierungskraft des Aktionsbüros könnte Worch kurzfristig zu schaffen machen. ■

1| Weiterhin ist Meenen neben Reinhold Oberlercher und Horst Mahler eine der führenden Personen der »NPD-Ideenschmiede« »Deutsches Kolleg«.

2| Worch benennt den Anti-Antifa Aktivisten Casjen Bayen namentlich als Verantwortlichen für die-kommenden.net.

3| So seien durch Thiessen die Namen von Mehrfachbestellern des »Zentralorgan« in die Hände der Polizei gelangt, worauf Hausdurchsuchungen folgten. In einem anderen Fall habe er Kameraden durch Aussagen im Polizeigewahrsam belastete.

4| www.stoertebeker.net

# Kein kurzer Prozess

## Die Skinheads Sächsische Schweiz bleiben aktiv

*Ein Beitrag von Jürgen Stuttgart*

» Am 6. Februar sollte die erste Prozeß-Staffel beendet sein hieß es Anfang August 2002. Nach der Flut, die einen Neustart des ersten Prozesses gegen die SSS notwendig machte, war von März 2003 die Rede. Kurz vor Jahreswechsel meinte die Staatsschutzkammer, es würde wohl Anfang September werden. Danach sollen drei weitere Staffeln folgen, die auf der Entscheidung beruhen, ob die SSS eine kriminelle Vereinigung nach § 129 waren. Herrschte an den ersten Prozesstagen noch Gedränge um Sitzplätze und große Medienpräsenz, ist seit Monaten kaum mehr ein Lokalblatt an einer eigenständigen Berichterstattung interessiert. Nur noch wenn es um etwas vermeintlich Spektakuläres geht, wie die dpa-Falschmeldung Mitte Januar 2003, wonach der Richter keine Beweise für eine kriminelle Vereinigung sehe, lassen sich JournalistInnen zu einigen Zeilen hinreißen.

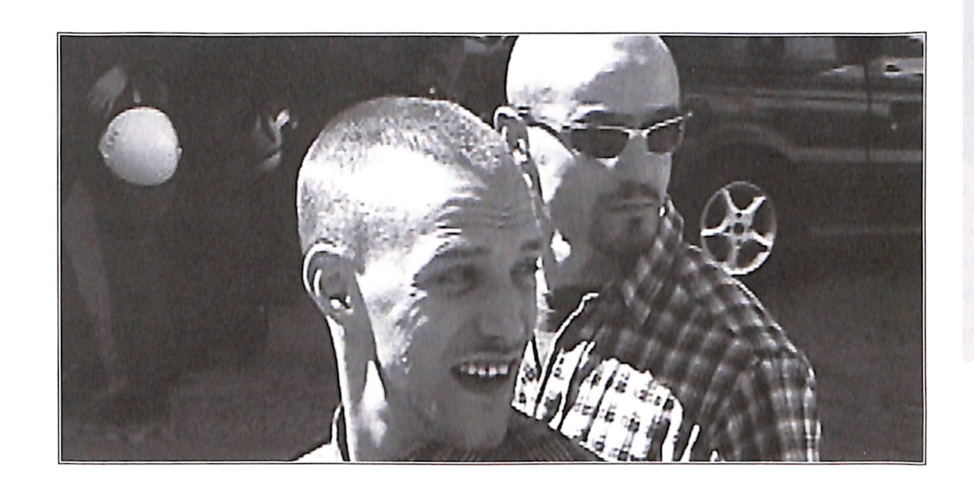
Dabei haben es insbesondere die eingebrachten Sachbeweise, die aus den Hausdurchsuchungen im Jahr 2000 stammen, in sich. In den Aufzeichnungen spiegeln sich vom Gotcha über Konzerte, den obligaten Treffen der einzelnen Gruppen, der Rechtsschulung und der »Rassenkunde« bis hin zur Schnitzeljagd, die vielfältigen Aktivitäten der SSS und ihres Umfeldes wieder. Neben Märschen und Wanderungen fand sich unter dem Namen »Sport frei« eine insbesondere von Thomas Rackow voran getriebene Wehrsportgruppe (WSG): möglichst sollte jeder seinen Waffenberechtigungsschein machen und an Schießübungen teilnehmen. Das schloss neben dem Geländelauf in voller Montur das Observieren und Angreifen von Personen und das Schwimmen in voller Ausrüstung ein. Dabei sollte es gegen »linksextremistische Elemente«, aber auch gegen Hools gehen. Auch was die Ausstattung anbelangte, hatte Rackow detaillierte Vorstellungen: Tropen- und Winterausrüstung, Kampfmesser, Zwei-Mann-Zelte und Bundeswehr-Klappspaten. Die Truppe »unter dem Namen Wanderjugend« sollte auf ihren Koppeln das Symbol einer Wanderjugend aus dem »Dritten Reich« tragen.

»Antifa-Aktionen«, heißt es in den Unterlagen seien »im Keim zu erstikken«, wobei für eine WSG zu beachten sei: Die »Übergriffe müssen sorgfältig geplant sein«, um Ermittlungen zu entgehen. Rackows Anwalt Carsten Schrank dürfte einer der wenigen sein, die sich durch diese und andere Sachbeweise zu dem folgenden Satz verleiten lassen: »Ich halte vieles in hohem Maß für entlastend.« Entlastend gemeint waren auch die bislang gemachten Einlassungen von drei der Beschuldigten, zumindest waren sie so gedacht.

Nachdem sich zu Beginn des Prozesses lediglich der Angeklagte Martin Dinse sehr ausführlich, aber unergiebig geäußert hatte, meldeten sich Ende Dezember in schriftlich vorbereiteter Form Rico Drechsler und Andreas Wiesner zu Wort. Außer Dinse und Drechsler sind alle Beschuldigten in dieser Staffel (ehemaliger) »Member SSS«. Bereits zuvor hatte sich Wiesner mitangeklagter Cousin André Vierig, der Kassenwart der SSS, eingelassen. Und hatte, so der Vorsitzende Richter, doch nur zugegeben, was ihm bereits nachgewiesen sei. Die Ende Dezember 2002 vorgetragenen Erklärungen waren dann der Gipfel der Verharmlosung. Es habe sich danach bei der SSS um einen Jugendverein gehandelt, in dem sich Leute gegenseitig beim Ausfüllen von Formularen halfen, sich zum Arbeitsamt brachten und einen Jugendclub ausbauten. Zugegeben, es sei reichlich getrunken worden, aber sonst war da gar nichts. Sollte es doch mal zu irgendeiner Auseinandersetzung gekommen sein, so war das eine alkoholbedingte Reiberei zwischen Einzelnen. Diese Aussagen seien eine Provokation der Kammer, so der Vorsitzende Richter, und fallen weit hinter die bereits bei der Polizei gemachten Aussagen zurück. Wer so rede, habe weder die Ermittlungen noch die Sachbeweise zur Kenntnis genommen. Auf einem Nebenschauplatz vor dem Verwaltungsgericht Dresden – es ging um die Nennung von möglichen V-Leuten bei den SSS – erklärte ein Mitarbeiter des sächsischen Verfassungsschutzes, was schon bekannt war: Die Situation in der Sächsischen Schweiz machten weitere Ermittlungen seiner Behörde erforderlich, da man dort »ein erhebliches Aufklärungsinteresse« sehe. Immerhin handele es sich um eine »große und im Bereich Sächsische Schweiz flächendeckend aktive Organisation.« Durch die SSS bestand und bestehe eine Gefährdungslage. Dagegen erklärte der damalige sächsische Innenminister Klaus Hardraht (CDU) im Juni 2001: »Mit dem Verbot der ... Skinheads Sächsische Schweiz ... hat die Sächsische Staatsregierung erneut ein deutliches Signal gesetzt, dass rechtsextremistische Rattenfänger im Freistaat keine Entfaltungsmöglichkeiten haben.« Die Realität zeigte in den vergangenen Monaten, dass Angriffe auf nichtrechte Jugendliche wie am 1. Februar 2003, als ca. 20 Nazis eine Geburtstagsfeier überfielen, weiterhin das Klima in der Region bestimmen. ■

# Unrühmliches »Heldengedenken«

Die auf unzähligen Plakaten und Veranstaltungen bundesweit propagierte Aufforderung »Kein Nazi Aufmarsch in Halbe«, war erfolgreich. Das »Heldengedenken« am so genannten Volkstrauertag 2002 fiel für die deutsche Naziszene wenig ruhmreich aus. Für das Örtchen Halbe wurde am 17. November 2002 ein polizeiliches Veranstaltungsverbot verhängt. Bundesweit hatten Neonazis mobilisiert, um hier ihren »Wallfahrtsort«, den Waldfriedhof mit seinen rund 20.000 beerdigten Soldaten, neu zu etablieren. Ein Rückblick:



Links: Lars Jacobs, Anmelder des misslungenen Halbe-Gedenkens; rechts: Peter Borchert

Das Bundesverfassungsgericht bestätigte in letzter Instanz das Verbot. Etwa 100 Neonazis, die trotz allem angereist waren, um auf das Friedhofsgelände zu gelangen, wurden des Platzes verwiesen. Eine Gedenkkundgebung von rund 500 Antifaschisten konnte erfolgreich durchgesetzt werden.

Anfang der 90er Jahre fanden die Aufrufe der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen (BKP) zu Aufmärschen auf dem Waldfriedhof breiten Widerhall bei Nazis im In- und Ausland. Sie versammelten sich 1990 und 1991 zu pompösen Zeremonien mit Fackelschein und Trommelwirbel, um der letzten Kesselschlacht des 2. Weltkrieges zu gedenken. Seit 1992 scheiterten jedoch alle Versuche, mit Aufmärschen und Kranzniederlegungen die früheren strömungsübergreifenden Mobilisierungserfolge zu wiederholen. Die Aufmärsche dienten der Inszenierung eines Totenkultes um die in der Region Halbe gestorbenen deutschen Soldaten, zur Verklärung und Heroisierung des sinnlosen Selbstopfers der letzten faschistischen Wehrmachts- und SS-Verbände, die sich bereitwillig für eine verlorene Sache im »Endkampf« für Nazideutschland verheizen ließen (vgl. AIB Nr. 20a, 21 und 56).

### Erster Revival – Versuch: Gescheitert

Die Hoffnung des Hamburger Neonazi-»Führers« Christian Worch und seines Strohmannes und Anmelders Lars Jacobs aus Ratzeburg, die Tradition der Nazi-Aufmärsche in Halbe wieder aufleben zu lassen, hat sich, zumindest im ersten Anlauf, zerschlagen.

Der geborene Rostocker Jacobs war in der mittlerweile verbotenen FAP Schulungsleiter. Heute engagiert er sich für die Freien Nationalisten beim Freien Infotelefon Norddeutschland (»FIT Lars«). Erfolglos hatte er schon im August 2000 versucht, einen Rudolf-Hess-Marsch in Rostock anzumelden.

Die Befürchtung von AntifaschistInnen, dass sich Nazis in Brandenburg mit dem Waldfriedhof in Halbe einen symbolisch wichtigen Ort (wie das Grab des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß in Wunsiedel) aneignen und dort jährlich zu Tausenden aufmarschieren, ist dennoch nicht aus der Welt.

Die offene Verherrlichung von SS und der faschistischen Wehrmacht ermöglicht eine organisationsübergreifende und europaweite Mobilisierung. Kaum ein anderes Thema ermöglichte einen solchen Brückenschlag zwischen Alt-Nazis und jungen Neonazis.

Der juristische Hürdenlauf im Winter 2002 hatte sich hauptsächlich auf das Feiertagsgesetz des Landes Brandenburg gestützt. Das Verbot galt für Versammlungen, die mit dem »Charakter des Volkstrauertages als Tag des stillen Gedenkens an die Opfer der beiden Weltkriege und des Nationalsozialismus« nicht vereinbar seien. Wäre es nach den Nazis gegangen, wären sie vom Bahnhof zum Friedhof marschiert und hätten dort mit Kränzen ihren Vorbildern aus der SS gehuldigt, während auf dem Friedhofsvorplatz eine volksfestähnliche Veranstaltung mit Musik und Ausschank stattgefunden hätte. Die Pro- →




→ gnose des Brandenburger Verfassungsschutzes, »'Heldengedenkfeiern' in Halbe dürften mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ein für alle Mal der Vergangenheit angehören«, ist jedoch bei weitem zu voreilig.

Ohne eine so erfolgreiche und strömungsübergreifende Antifa-Mobilisierung im bundesweiten Rahmen, wie sie im November 2002 mit starker Unterstützung antifaschistischer Gruppen aus Brandenburg stattfand, wird sich ein Nazigedenken in diesem Jahr nicht ohne weiteres verhindern lassen. Ein neuer Aufmarsch unter dem Motto »Ruhm und Ehre dem deutschen Frontsoldaten!« ist vorsorglich für den 15. und 16. November 2003 – also nicht am Feiertag – durch den selbst ernannten Freundeskreis »Heldengedenken in Halbe« angemeldet worden.

### Antifa-Mobilisierung und Gedenken

Die Berliner und Brandenburger Antifagruppen, die gemeinsam nach Halbe mobilisierten und in über zehn Städten Veranstaltungen abhielten, wollten mit ihrer Kampagne zu Halbe nicht nur den Neonazi-Aufmarsch verhindern, sondern legten in ihren Gegenaktivitäten einen Schwerpunkt auf das Gedenken an die ebenfalls auf dem Waldfriedhof in Halbe bestatteten 57 Wehrmachtsdeserteure und 37 sowjetischen ZwangsarbeiterInnen. Zu ihrem Gedenken war eine Kundgebung vor dem Waldfriedhof, zusätzlich zu der antifaschistischen Gegendemonstration, im 1.500-Einwohnerort Halbe angemeldet worden. Während sämtliche Demonstrationen verboten wurden, fand die antifaschistische Kundgebung statt. Auch ohne Naziaufmarsch versammelten sich noch ca. 500 AntifaschistInnen in Halbe. Zu ihnen sprach der Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V., und erinnerte an die wenigen Deserteure, die nicht weiter in einem mörderischen Krieg kämpfen wollten. Neben ihm sprach auch Karl Stenzel als stellvertretender Vorsitzender des Sachsenhausen-Komitees und Lothar Eberhardt von der Interessengemeinschaft ehemaliger ZwangsarbeiterInnen. Im Anschluss setzten sich einige TeilnehmerInnen doch noch als Demonstrationszug in Bewegung.

### Ausweichveranstaltungen bundesweit

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes kam für die Nazis überraschend und war eine herbe Enttäuschung. Die meisten blieben zu Hause, kleinere Kranzabwürfe und Gedenkveranstaltungen fanden dann über die Republik verstreut und auf einem deutschen Soldatenfriedhof in Belgien statt.

Auf dem Berliner Garnisonsfriedhof versammelten sich neben dem Ring Deutscher Soldatenverbände, verschiedenen Burschenschaftlern und dem Orden der Ritterkreuzträger auch etwa zehn Vertreter von REP, DVU und NPD, die mit der ausdrücklichen Billigung des veranstaltenden Bundeswehrverbandes und unter den Augen der offiziellen VertreterInnen der Senatsparteien ihre Kränze ablegten. Einige Neonazis wichen in an Brandenburg angrenzende Bundesländer aus, Mitglieder des Märkischen Heimatschutzes charterten gemeinsam mit Berliner Neonazis einen Bus nach Usedom, um an einem Gedenkstein vor Ort ein Gebinde abzulegen. Neonazis aus dem Raum Cottbus wiederum gesellten sich zu dem kleinen Fackelmarsch in Hoyerswerda und hinterließen am dortigen Kriegsgräberdenkmal ein Kranzgesteck. Die Landtagsfraktion der Brandenburger Deutschen Volksunion (DVU) und ca. 50 Anhänger legten bereits am Samstagvormittag einen Kranz auf dem Waldfriedhof in Halbe nieder. Ebenfalls rund 50 Nazis bekränzten einen Soldatenfriedhof in Wittstock. Angemeldet hatte die Veranstaltung der Brandenburger Landesvorsitzende der NPD, Mario Schulz. Auf einem Friedhof im brandenburgischen Rathenow ließen ganze sechs Mitglieder der örtlichen Kameradschaft Hauptvolk ein Blumengebinde zurück.

Rund 200 Neonazis, vor allem aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen, versammelten sich auf dem Gertrauden-Friedhof in Halle. Nunmehr zum fünften Mal präsentierten sich die örtlichen Nazis zusammen mit den »Kameraden«, die schon Busse für Halbe gemietet hatten und sich stattdessen den Hallensern anschlossen. Grund zur Freude lieferte die offizielle städtische Kranzniederlegung, angeführt durch die hallensische Oberbürgermeisterin. Als sie an der aufgestellten Naziformation vorbeiging, schlossen diese sich der Oberbürgermeisterin an, um quasi gemeinsam ihre Kränze niederzulegen.

Letztendlich blieben die Nazis, wie in den Jahren zuvor, unter sich und verstreut. Worch und den norddeutschen »Freien Kameradschaften« war der Erfolg eines gemeinsamen heroischen Gedenkens nicht vergönnt. Ganz so kampflos wollte sich Worch nicht geschlagen geben und führte zwei Folgedemonstrationen mit einer Beteiligung von 38 bis ca. 50 Nazis durch – in der brandenburgischen Kleinstgemeinde Teupitz gegen den Amtsdirektor, und in einem Potsdamer Außenbezirk gegen Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm. Klirrende Kälte, gähnendes Desinteresse in Teupitz und dann hunderte GegendemonstrantInnen in Potsdam dürften kaum für Begeisterung bei den »Kameraden« gesorgt haben. ■

# Kriegsgräberpflege in Halbe




Der Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge (VdK) versteht sich als gemeinnütziger Verein mit humanitärem Auftrag. Kurz nach dem ersten Weltkrieg von hochrangigen Militärs, Kirchenvertretern und Wirtschaftsbossen gegründet, »erfasst, erhält und pflegt [er] die Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft im Ausland«.

### Deutsche Opfer

Der VdK ist eine Organisation, in deren Schatten sich immer extrem rechte Kreise verstecken und ihren revisionistischen Bestrebungen nachgehen konnten. Die Ursache hierfür ist die politische Ausrichtung des VdK, der sich schwerpunktmässig um das Ausgraben deutscher Soldaten und deren »würdige« Beisetzung kümmert. Durch seine Gleichsetzung aller Kriegsopfer wirkt der VdK entpolitisierend. Er teilt auf seiner Homepage mit, dass er über 724 Friedhöfe pflegt. »Deutsche Kriegsgräber gibt es in 100 Ländern der Erde«.[1] Niemand fragt an dieser Stelle, was Deutsche, meist als Soldaten, überhaupt in 100 Ländern zu suchen hatten.

Die Kritik am Engagement des VdK ist in Deutschland nicht hörbar, schließlich arbeitet der VdK im Auftrag der Bundesregierung. So wird wohl auch der Protest im tschechischen Karlovy Vary verhallen. Der dortige deutsche Soldatenfriedhof wurde mit Millionenaufwand inklusive weiträumiger Zufahrtsstraßen hergerichtet. Auf dem daneben liegenden tschechischen Friedhof erinnert dagegen nur ein ärmlicher Gedenkstein an die Opfer der deutschen Aggression.[2]

### Alle dürfen mal

Die Entpolitisierung eröffnet die Möglichkeit für extrem rechte Kreise, mit dem VdK zusammenzuarbeiten. Hierzu zählt der Förderkreis Gedenkstätte Halbe e.V. (FH), der im Mai 1992 gegründet wurde. Die Existenz des Vereins ist von dem Zwiespalt geprägt, einerseits den eigenen Wurzeln treu zu bleiben und andererseits als offizieller Interessenvertreter für den Friedhof Halbe anerkannt zu werden. Der FH wurzelt in den Strukturen des Bundesverbandes der Soldaten der ehemaligen Waffen SS e.V. (HIAG). So trat beispielsweise der frühere FH-Geschäftsführer Horst Wilke mit seiner Verharmlosung der Neonaziaufmärsche in Halbe und seinen antikommunistischen Äußerungen in Erscheinung.[3] Eberhard Baumgart[4], ehemaliger Angehöriger der Leibstandarte Adolf Hitler, publizierte u.a. über die Aktivitäten des Vereins in Altnaziblättchen.

Die beiden oben genannten FH-Mitglieder gehörten zu den »Kameraden« aus dem HIAG-Spektrum, die schon im Juni 1990 den Friedhof Halbe besuchten und in deren Kreis – laut FH-Selbstdarstellung – die Idee für den Verein entstand.[5] Demgegenüber nennt eine VdK-Broschüre hierfür erst das Jahr 1992.[6]

Beide Texte stammen aus der Feder des 1. FH-Vorsitzenden Edwin Rapp und machen den Zwiespalt deutlich. In der Öffentlichkeit muss das Bild gewahrt bleiben, dass man sich für alle Opfer ohne revisionistische Positionen einsetzt. Nach innen aber werden die Mitglieder und Sympathisanten bei Stange gehalten, und sei es nur dadurch, dass sich der Verein laut Satzung für »eine Gedenkstätte für alle deutschen Toten«, u.a. in Form eines Glockenturms, einsetzt.




Edwin Rapp (Faksimile) aus einer Halbe-Broschüre.

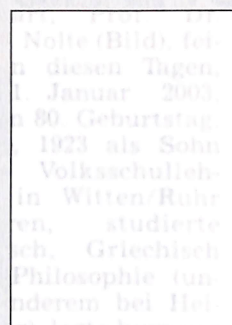
Heute ist Rapp ein gerngesehener Zeitzeuge, so im November vergangenen Jahres in der BZ am Sonntag. Sein Verein kooperiert sehr eng mit dem VdK, womit eine »Rechtslastigkeit« formal ausgeschlossen ist.

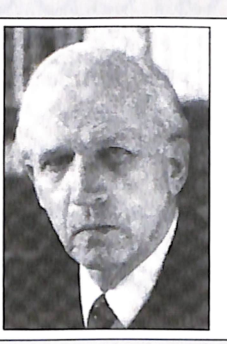
Diese Abgrenzung von den Wurzeln stößt einigen alten Kameraden sauer auf. Im Rundbrief vom Oktober 2002 teilte Horst Wilke mit, dass seine Militär-Historische Arbeitsgemeinschaft (MIHAG)[7] nichts mit dem Förderkreis zu tun hätte. »Wir sind keine Schauspieler!«

Jedoch ist die Loslösung des FH von Ewiggestrigen teilweise nur formal, zu ähnlich liegen die Interessen. Nicht nur, dass sich auf der Spenderliste für den Glockenturm von Halbe Personen wie Horst Mahler (NPD) oder Vertreter der HIAG Karlsruhe finden.

Zu den aktiven Unterstützern des Förderkreises gehört ebenfalls Michael Jacobi. Im Sommer 2000 führte die Polizei bei einer Razzia auf seinem Anwesen bei Pirna eine Durchsuchung durch. Gegen seine Söhne wurde ermittelt – wegen Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung Skinheads Sächsische Schweiz (SSS). ■

1| http://www.volksbund.de/kurzprofil, Oktober 2002.
2| Weiter gehende Infos dazu auf der Internetplattform http://www.german-foreign-policy.com.
3| Berliner Zeitung, 27.4.1995.
4| Ein gleichnamiger Referent sprach im Jahr 2000 bei der Gästewoche der neonazistischen Deutschen Kulturgemeinschaft.
5| Selbstdarstellung »Vorwort. 10 Jahre Förderkreis Gedenkstätte Halbe e.V.«, August 2002.
6| VdK (Hg.): Waldfriedhof Halbe, 2002.
7| Zu HIAG und MIHAG vgl.: AIB Nr. 53, 2002, S.16-17.


rt. Prof. Dr.
Nolte (Bild), fei-
n diesen Tagen,
1. Januar 2003,
n 80. Geburtstag.
1923 als Sohn
Volksschulleh-
in Witten/Ruhr
en, studierte
ch, Griechisch
Philosophie (un-
nderem bei Hei-



# Der »kausale Nexus« des Ernst Nolte

## Keine Laudatio zum 80. Geburtstag des rechten Stichwortgebers

*Ein Gastbeitrag von Gerd Wiegel, Politikwissenschaftler und Buchautor aus Marburg.*

» Der Zufall wollte es, dass zwei wichtige konservative Zeithistoriker am zweiten Wochenende des Jahres einen runden Geburtstag feierten und die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) somit die Gelegenheit wahrnahm, beiden einen herzlichen Geburtstagsgruß zukommen zu lassen: Ernst Nolte wurde 80 Jahre alt, Horst Möller erreichte die 60. Möller war es auch gewesen, der entscheidend zur letzten größeren öffentlichen Aufmerksamkeit für Nolte beigetragen hatte: Anlässlich der Verleihung des Adenauer-Preises durch die konservative Deutschland-Stiftung im Jahr 2000 an Ernst Nolte, hatte Möller die Laudatio gehalten. Vor allem dieser Tatbestand führte zu einigem Unmut unter Zeithistorikern, ist Möller doch als Leiter des Instituts für Zeitgeschichte in München ein herausgehobener Vertreter des Fachs. Die Radikalisierung Noltes in den neunziger Jahren – im Gefolge und als Reaktion auf den Historikerstreit – und die Aufnahme antisemitischer Stereotypen in seiner Darstellung führte vorübergehend sogar zum Bruch mit seinem größten öffentlichen Mentor, der FAZ. Trotz dieser, inzwischen offensichtlich überwundenen, Differenzen ist Nolte bis heute ein entscheidender Stichwortgeber sowohl konservativer als auch neurechter Historiker geblieben. Spätestens seit dem Historikerstreit von 1986 stellt er das zentrale Bindeglied zwischen konservativen Sichtweisen auf den Faschismus und einer vor allem in den neunziger Jahren virulenten Geschichtspolitik der »Neuen Rechten« dar.

### Vom »Antimarxismus« zum »kausalen Nexus« – Faschismusinterpretationen bei Nolte

Mit dem Buch »Der Faschismus in seiner Epoche« katapultierte sich Nolte im Jahr 1963 ins Zentrum der Faschismusdiskussion. Damals war es vor allem die Linke, die Noltes Thesen aufgriff. Zum einen, weil er mit dem Faschismusbegriff scheinbar die bis dahin vorherrschende Totalitarismusthese überwand und zum anderen, weil Nolte den Antimarxismus, die Feindschaft gegen die Linke, zum bestimmenden Punkt des Faschismus erklärte. Beide Sichtweisen auf Noltes Arbeit trafen zu und waren doch ein Irrtum: Aus der identifizierenden Totalitarismusthese wurde bei Nolte eine »genetische«, die die »totalitären Ideologien« Kommunismus und Faschismus in ein historisches Verhältnis von Reiz und Reaktion brachte; der Antimarxismus wurde zur berechtigten Reaktion auf eine vermeintlich reale Bedrohung durch den Kommunismus, genauer dann den Bolschewismus.

Ausformuliert und zugespitzt wurde diese Sichtweise von Nolte im Historikerstreit, der maßgeblich von seinen Thesen ausgelöst wurde. Der Nationalsozialismus erscheint hier als ein abgeleitetes, nicht originäres Phänomen, hervorgerufen durch die »berechtigte« Angst der Bourgeoisie vor den Schrecken des Bolschewismus. Sämtliche Verbrechen der Nationalsozialisten fänden ihr Vorbild in den Verbrechen der Bolschewisten und seien als eine aus Angst geborene Reaktion hierauf zu verstehen.

Bei Nolte heißt es: »Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine 'asiatische' Tat nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer 'asiatischen' Tat betrachteten? War nicht der 'Archipel GULag' ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der 'Klassenmord' der Bolschewiki das logische und faktische Prius des 'Rassenmords' der Nationalsozialisten?«[1] Aus dem unterstellten »kausalen Nexus«[2] zwischen Kommunismus und Faschismus folgt, dass der Holocaust von einer originären zu einer abgeleiteten Tat wird. Die von den Nationalsozialisten vorgenommene Gleichsetzung von Kommunismus und Juden wird von Nolte gleich mit übernommen. Die Wurzeln der NS-Verbrechen liegen somit nicht länger in der deutschen Geschichte, sondern im Kampf der feindlichen Ideologiestaaten begründet.

### Die Bedeutung des Holocaust für Noltes Faschismusinterpretation

Für Nolte stellen Ideologien das primäre Movens der Geschichte dar, sie liegen realen Konflikten zugrunde und sind das geschichtsbewegende Motiv. Insofern sind Noltes Arbeiten in vielem Ausdruck seiner Zeit, des Kalten Krieges, der scheinbar auch von diesem Gegensatz der Ideologien bestimmt wurde. Im Laufe der achtziger Jahre und insbesondere nach 1989 verliert dieser Zugriff auf den Faschismus an Bedeutung, an seine Stelle tritt die Auseinandersetzung mit dem Völkermord an den europäischen Juden als zentrales Signum des Nationalsozialismus.

Auch Nolte muss den Holocaust in seine Interpretation integrieren. Um dem Schema des Kampfes der Ideologien gerecht zu werden, muss bei ihm nun auch das Judentum zu einer Ideologie werden, die von den Nazis als Bedrohung aufgefasst werden kann. Wie erwähnt gelingt ihm das einerseits durch die umstandslose Identifizierung von Juden und Bolschewisten, zudem werden »die Juden« von ihm zur Kriegspartei erklärt, die Hitler und den Nazis den Krieg erklärt hätten und somit zurecht als Feinde betrachtet worden wären.[3]

In den Büchern »Der europäische Bürgerkrieg, 1917 – 1945«, »Streitpunkte« und »Historische Existenz. Zwischen Anfang und Ende der Geschichte?« wird diese Sichtweise bis zur offenen Apologie des Antisemitismus fortgeführt. Einerseits geht es Nolte hier um die Relativierung des Holocaust, indem er die Propaganda der radikalen Holocaustleugner zu ernstzunehmenden wissenschaftlichen Beiträgen erklärt. Im Spiegel-Interview von 1994 billigt er sogar dem »Leuchter-Report«[4] eine wichtige Rolle zu.

Daneben geht es ihm jetzt um die Übertragung des Reiz-Reaktionsschemas auf den Holocaust. So wie der Faschismus eine »verständliche« Reaktion auf den Angriff durch den Kommunismus gewesen sei, so sei auch der Antisemitismus – und damit alles, was aus ihm folgt – eine Reaktion auf die Rolle der Juden in der Weltgeschichte. Diese werden mit einer »messianischen« und »ewigen Linken« identifiziert, deren Utopismus zu notwendigen Gegenreaktionen geführt habe. Die verbreitete Feindschaft gegenüber den Juden sei eine »unumgängliche Konsequenz« aus der Geschichte und ihre »Stigmatisierung« als »Antisemitismus« nur ein Kampfmittel.[5]

### Der Stichwortgeber

Diese zentralen Inhalte des Nolteschen Werkes blieben bei den diversen Würdigungen unerwähnt, und dennoch sind sie die logische Konsequenz von Noltes Sicht auf Faschismus und Nationalsozialismus. Im Zuge der Debatte um das »Schwarzbuch des Kommunismus« erlebte Nolte eine partielle Renaissance, seine Bücher wurden in Frankreich und Italien neu diskutiert. Hier ist es die Ableitung des Faschismus aus dem Kommunismus und das »faktische Prius« des Kommunismus bei allen Verbrechen des 20. Jahrhunderts, das auf ein breiteres Interesse stößt.

In Deutschland bedient Nolte vor allem das Bedürfnis, die deutsche Geschichte und damit die historische Verankerung der Nation aus ihrer Verbindung mit dem Nationalsozialismus zu lösen. Darüber hinaus bietet die »Erklärung« des Holocaust, die in letzter Instanz auf eine vermeintlich »eigene Schuld« der Juden zurückgeführt wird, vielfältige Anknüpfungspunkte auch für aktuelle Diskurse. Noltes Rolle im Rahmen konservativer Geschichtspolitik ist somit enorm, ist er doch Stichwortgeber sowohl für den etablierten Konservatismus als auch wichtiger Mentor und Bezugspunkt für neurechte Geschichtspolitiker wie Zitelmann, Weißmann oder Hornung. In diesem Sinne bildet Nolte bis heute den Nexus zwischen diesen Ausrichtung. ■

1| Ernst Nolte, Vergangenheit, die nicht vergehen will, hier zitiert nach: Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 45.

2| Ausführlich habe ich die Faschismusdarstellung Ernst Noltes in meinem Buch »Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie«, Köln 2001, behandelt. Ausführliche Literaturangaben vgl. ebd.

3| Nolte greift hier ein Argument des späteren Holocaustleugners David Irving auf, der in der Aussage Chaim Weizmanns von 1939, die Juden würden an der Seite Englands kämpfen, eine Kriegserklärung der Juden an Deutschland sieht. Vgl. hierzu Wiegel, S. 80 ff.

4| Fred Leuchter sollte für die Revisionisten Faurisson und Zündel von technischer Seite her »beweisen«, dass keine Menschen in Gaskammern umgebracht worden seien. Aus seinen Aussagen entstand das Machwerk »Leuchter-Report - Das Ende eines Myhtos«

5| Vgl. Ernst Nolte: Streitpunkte. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus, Frankfurt a.M./Berlin 1993, S. 396.

**Bustour durch Nordhessen und Thüringen an die Haustür von Nazis und Kriegsverbrechern**

# Kaffeefahrt gegen Rechts

Ausgangspunkt der Idee einer »Kaffeefahrt gegen Rechts« im Oktober 2002 waren Berichte in der Kasseler Lokalpresse über einen Kriegsverbrecher, der seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs unbehelligt im Kasseler Umland lebt.

» Inspiriert von Antifa-Aktionen in Wuppertal, Dortmund und Mittenwald organisierten wir eine Bustour übers Land in Dörfer, in denen mehr oder weniger prominente Vertreter der rechten Szene oder eben auch ehemalige NS-Kriegsverbrecher leben.

Neben der Aufklärung der ReiseteilnehmerInnen ging es bei diesem Sonntagsausflug darum, einmal direkt vor den Haustüren der Rechten zu protestieren. Wir wollen diesen Leuten zeigen, dass wir wissen, wo sie wohnen und was sie machen – und was wir davon halten. Wir wollen wegkommen vom Reagieren auf Nazis, hin zu selbstbestimmten, ungewöhnlichen und überraschenden Aktionsformen. Auch zu Hause sollen sich die Alt- und Neonazis nicht länger ungestört fühlen können, und die Menschen vor Ort sollen Mut schöpfen, gegen ihre unerfreulichen Nachbarn aktiv zu werden.

Die Premierenfahrt am 6. Oktober 2002 führte unter anderem nach Neuenbrunslar (Schwalm-Eder-Kreis), wo Oliver Podjaski, der Sänger und Gitarrist der Skinhead-Band Hauptkampflinie (HKL) lebt – mit Liedern wie «Kanaken raus» eine der bekanntesten rechtsextremen Musikgruppen in Europa. Weitere Stationen waren das thüringische Fretterode (Kreis Eichsfeld/Thüringen), wo der Neo-Nazi-Kader Thorsten Heise ein von seiner Frau erworbenes Anwesen mitten im Dorf zu einem Schulungszentrum umbauen will, und das nahe bei Kassel gelegene Nieste. Hier besuchten wir den verurteilten Nazi-Terroristen und Betreiber mehrerer rechter Bekleidungsgeschäfte, Werner Kahl.

*Der Artikel wurde uns vom »AK Gegen das Vergessen« aus Kassel zur Verfügung gestellt.*

### Gegen NS-Kriegsverbrecher

Außerdem ging die Tour nach Ringgau-Datterode (Werra-Meißner-Kreis). In dem 1.100-Einwohner-Örtchen tauchte nach dem Krieg der niederländische SS-Offizier Dirk Hoogendam unter und lebt dort seitdem unbehelligt unter dem Namen Dieter Hohendamm. Weil er versteckte Juden gejagt und ans Messer geliefert hat, war der unter dem Spitznamen «Der Boxer» gefürchtete Mann in den Niederlanden zum Tode verurteilt worden. Das später in lebenslange Haft umgewandelte Urteil konnte jedoch nie vollstreckt werden, weil sich Hoogendam bereits 1946 nach Nordhessen abgesetzt hatte. Erst vor anderthalb Jahren spürten ihn Journalisten auf, und das Urteil wurde ihm nach mehr als 50 Jahren zugestellt.

Mit lauter Musik, Transparenten (»Wehret den Zuständen! Keine Ruhe für Nazis!«) und Redebeiträgen machten wir in den Dörfern auf uns aufmerksam. Flugblätter wurden verteilt und im Wohnort Hoogendams eine Gedenktafel aufgestellt.

Die Reaktionen hätten unterschiedlicher nicht sein können: Während der Protest gegen das drohende rechte Schulungszentrum in Fretterode auf offenkundige Sympathie traf, sahen wir uns in Datterode unverhohlener Feindseligkeit gegenüber. «Pfui!», schimpfte eine ältere Frau, die das Treiben am Wohnzimmerfenster verfolgte und: »Geht doch nach Afghanistan!«. Ein jüngerer Dorfbewohner nannte Hoogendam einen »Super Mann«, ein anderer griff gar TeilnehmerInnen unserer Aktion mit den Fäusten an, um gegen diese Störung der sonntäglichen Ruhe und des Friedens in seinem »schönen Dorf« einzuschreiten. Wir hatten offensichtlich das richtige Ziel gewählt und werden wohl nicht zum letzten Mal in Datterode gewesen sein.

Die gesamte Tour war ein großer Erfolg, waren die Nazis doch alle zu Hause und über unser Kommen sehr überrascht, wie auch die Polizei, die uns an diesem Tag nicht sonderlich behinderte. Kaffee und Kuchen mit genug Zeit zum Reden gab es unterwegs auch. Und so soll die nächste antifaschistische Kaffeefahrt Anfang 2003 starten, da es in der Region ja genügend Rechte gibt, die es zu besuchen lohnt. ■

ANTIFASCHISTSICHE BUNDESWEITE ORGANISATION

AKTION

## Die AA/BO im Rückblick

# Zwischen Idee & Realität

Der Autor dieser Zeilen hat natürlich den Vorteil, den BAT-Artikel aus dem AIB Nr. 57 zu kennen. Von den dort getroffenen Einschätzungen nicht unberührt, lassen sich Bezugnahmen auf einige Thesen nicht vermeiden. Es ging keinesfalls um »Restprobleme«, die durch die Organisierungsdebatte und den Organisationsansatz AA/BO – oder auch durch das BAT – gelöst werden sollten.

»Restprobleme« sind Probleme, die übriggeblieben sind, nachdem die meisten Probleme bereits gelöst wurden. Davon konnte in der Situation Anfang der neunziger Jahre kaum die Rede sein. Im Gegenteil. Zu den ohnehin evidenten Schwierigkeiten – die allgemeine Schwäche der Linken, der Niedergang des autonomen Bewegungsmodells und die rasanten Auflösungserscheinungen der Antiimps – um nur drei von vielen Problemfeldern zu nennen –, kamen noch zwei entscheidende dazu: Das neue Selbstbewusstsein der BRD nach dem Scheitern des Realsozialismus mit dem Ende der DDR und das schnelle Erstarken der (militanten) Neonazistrukturen mit den bekannten Folgen. Beide Faktoren, die neue aggressive Großmachtpolitik Deutschlands und die rassistische Mobilisierung durch Neonazis und Staat, verbanden sich und bedingten einander. Daraus folgte eine Situation, mit der auch eine deutlich stärkere Linke große Probleme gehabt hätte. Dies galt erst recht für eine desolate Linke, deren Abwärtstrend noch nicht zu Ende schien.

### Ein neues Projekt

Mit dem Organisationsansatz AA/BO sollte versucht werden, die »Reste« zu sammeln und die Probleme zu lösen. Es ging in der Tat darum, die »autonome Restszene (aber auch neue Antifagruppen) in einem gemeinsamen Projekt auf antiimperialistischer Basis zu organisieren.« Auf antiimperialistischer (einige BO-Gruppen bevorzugten »antikapitalistisch«) Basis deshalb, weil es nicht nur darum ging, in einem Abwehrkampf gegen Neonazistrukturen vorzugehen, sondern auch offensiv die gesellschaftlichen Verhältnisse anzugreifen, die faschistisches, rassistisches und antisemitisches Gedankengut immer wieder reproduzieren. Perspektivisch zielte der Ansatz auf die Überwindung des kapitalistischen Systems. Abwehrkampf und Offensivposition wurden nicht als Gegensatz, sondern als dialektisches Verhältnis begriffen, wobei der antifaschistische Kampf aufgrund der gesellschaftlichen Situation zunächst als Hauptaufgabe angesehen wurde.

### Antifa als wahrnehmbarer Faktor

Antifaschistische Organisierung war das Ziel, Organisation der Rahmen. Hier lag ein deutlicher, struktureller Unterschied zum BAT-Ansatz. Vernetzung war dem AA/BO-Spektrum zu wenig, da perspektivisch zu unsicher. Im allgemeinen reaktionären Einheitstaumel, der die Republik ergriffen hatte, sollte eine antifaschistische linke Kraft als wahrnehmbarer Faktor aufgebaut werden. Denn nur als relevanter Faktor schien eine Interventionsmöglichkeit in die gesellschaftliche Situation möglich. Ein eher loser Zusammenhang auf Vernetzungsebene war nicht dazu geeignet, die an den Rand gedrängte und in sich zersplitterte Linke wieder nach vorne zu bringen.

Die zu schaffende »Antifaschistische Einheit« in Form der Organisation sollte der Motor sein, die den Prozess hin zu einer wiedererstarkten, nicht teilbereichsbezogenen Linken →

Antifaschistische Akt

sansatz AKTION

➔ antreibt. »Einheit« bedeutete nicht, wie häufig unterstellt, mangelnde Offenheit – wie die zum Teil recht engagierte Bündnisarbeit vieler AA/BO-Gruppen bewies, mit der durchaus auf andere gesellschaftliche Gruppen zugegangen wurde. Der Anspruch, auf antifaschistischer Basis mit anderen, zum Teil auch systemkonformen Organisationen wie den Gewerkschaften oder auch den Grünen (vor deren Kriegskurs) zusammenzuarbeiten, wurde von der AA/BO zumindest regional eher eingelöst als vom BAT-Spektrum. Auch für das Innenverhältnis der AA/BO-Mitgliedsgruppen war die angestrebte »Einheit« zunächst nicht das Problem. Im Gegenteil, der Anspruch als Organisation aufzutreten, führte zum Funktionieren des Delegiertensystems auf den Bundestreffen, zum kontinuierlichen Rückfluss der Arbeitsergebnisse und Diskussionsstände in die lokalen Strukturen, zur Unterstützung von mitgliedsschwachen Gruppen, zu einer guten überregionalen Öffentlichkeitsarbeit und nicht zuletzt zu einigen erfolgreich durchgeführten Kampagnen. Dies mag man als Sekundärtugenden abtun, ist aber für eine kontinuierliche, bundesweit angelegte Arbeit unerlässlich.

### Idee und Realität

Das Problem der »Einheit« und damit auch des Organisationsanspruches lag auf einer anderen Ebene. Es zeigte sich genau an den Punkten, an denen die AA/BO mit ihrer Politik über antifaschistische Themen hinausgehen wollte. Sobald der gemeinsame Rahmen, der antifaschistische Konsens, thematisch verlassen wurde, brachen die unterschiedlichen politischen Analysen und weitergehenden Vorstellungen auf. Dies war erst mal nicht weiter verwunderlich, hatte die AA/BO bei ihrer Gründung doch auf ein Programm verzichtet, was für eine Organisation untypisch ist. Die Ziele orientierten sich daran, was als realistisch angesehen wurde. Das Machbare sollte allerdings nicht das Endgültige sein. Deshalb untergliederte die AA/BO ihre Ziele in kurz, – mittel – und langfristige Ziele. Kurzfristige Ziele waren der Ausbau der gemeinsamen politischen Praxis im klassischen Antifabereich und der Aufbau personeller wie technischer Strukturen. Die Entwicklung einheitlicher programmatischer Standpunkte, wie Faschismus- und Imperialismustheorie, Patriarchatsanalyse wie Gesellschaftsanalyse überhaupt sollten zwar unmittelbar angegangen werden, zählten jedoch zu den mittelfristigen Zielen und wurden als Prozess begriffen. Langfristige Ziele waren die Entwicklung einer konkreten Utopie sowie die Entwicklung einer Strategie zur Überwindung des imperialistischen Systems.

### Gründe des Scheiterns

Gescheitert ist die AA/BO an der Umsetzung dieses Stufenmodells, wahrscheinlich lange bevor sie es gemerkt hat. Uneinigkeit bestand nicht nur an konkreten inhaltlichen Punkten, sondern bereits in der Frage, wann der richtige Zeitpunkt für die nächste Stufe gekommen sei. Während die einen sich über analytisch-inhaltliche Diskussionen den mittelfristigen Zielen nähern wollten, meinten andere, dies ginge gerade jetzt auf Kosten der Aktionsfähigkeit im Antifabereich. Während die einen meinten, der Verzicht auf genauere Inhalte führe zur Stagnation, hatten andere Angst, dass die AA/BO zu einem Debattierclub verkommt. Zweimal wurde über die Einrichtung einer Programmkommission versucht, stärkeres inhaltliches Profil zu erlangen. Beide Versuche scheiterten.

Zum einen nahmen nicht alle Gruppen an den Programm-AGs teil, zum anderen war auch die AA/BO nicht vor dem typisch linken Phänomen »10 Linke – 12 Meinungen« gefeit. Es gab noch ein anderes, grundsätzliches Problem: Der unterschiedliche Stand und die unterschiedliche Größe der Gruppen. Viele Gruppen hatten einfach nicht die Kraft, neben der Alltagsrödelei in ihren Städten und den bundesweiten Aktivitäten konzentrierte Programmdebatten zu führen. Dazu kam, dass der Aufgabenbereich stetig wuchs. Gab es in den achziger Jahren noch etliche Gruppen, die die unterschiedlichsten Themenbereiche abdeckten, so war in den neunziger Jahren einiges zusammengebrochen. Vieles, wo man sich früher anschließen konnte, musste man nun selbst machen, vor

allem da sich die BO als linke Organisation mit gesamtpolitischen Anspruch verstand. Oftmals scheiterte die AA/BO an einer realistischen Einschätzung ihrer Kapazitäten. Die Folge war, dass einzelne Aktionen nur von wenigen, größeren Gruppen angegangen wurden. Die anderen blieben außen vor, was negative Folgen für die Mobilisierungsfähigkeit hatte. Für genauere inhaltliche Diskussionen fehlte die Zeit oder auch die Einsicht in die Notwendigkeit. Der Zwang, als »Einheit« zur Aktionsfähigkeit zu kommen, führte zu vielen inhaltlichen Kompromissen. Minimalkonsense hatten zur Folge, dass das, was die AA/BO zu sagen hatte, oftmals nichts wirklich Neues oder Vorwärtsweisendes beinhaltete.

Hier gab es Parallelen zum BAT. Die dauerhafte Einforderung inhaltlicher Diskussionen war ab einem bestimmten Zeitpunkt auch charakteristisch für die AA/BO. Ebenso entstand das Phänomen, dass die AA/BO mehr und mehr in voneinander losgelöste Arbeitsgruppen zerfiel. Dem bundesweiten Anspruch folgten Tendenzen zum Regionalismus. Die »Einheit« war nur noch eine Hülle. Die Mitgliedsgruppen drifteten auseinander, die Bereitschaft zur Auseinandersetzung schwand. Auch wenn der Organisationsanspruch nach außen aufrechterhalten wurde, gab es ein Verantwortungsgefühl der AA/BO-Gruppen untereinander nur noch marginal. Dies zu spät realisiert und sich eingestanden zu haben, war der Fehler der AA/BO – nicht der Versuch, den Problemen organisiert zu begegnen.

### Ähnliche Probleme

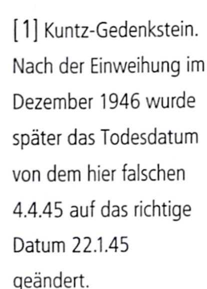
Die Unfähigkeit der AA/BO im Umgang mit dem Thema »Sexismus« bzw. im Umgang mit dem Vorwurf gegen eine ihrer Mitgliedsgruppen war nicht, wie mancherorts vermutet, die Ursache für ihren Niedergang. Sie war Ausdruck der lange schwelenden Krise. Nicht dass es in AA/BO-Mitgliedsgruppen oder bei Einzelpersonen zu diesem Thema keine klugen Gedanken, Analysen oder Vorschläge gegeben hätte. Die gab es sehr wohl. Aber als Gesamtorganisation konnte es nicht mehr gelingen, diese Auseinandersetzung produktiv zu führen. Eine weitere, traurige Parallele zum BAT.

Auch dem Resumee des BAT-Artikels ist weitestgehend zuzustimmen – auch wenn dies für einige Leserinnen und Leser, die anderes erwartet haben, langweilig erscheint. Vielleicht mit einem Unterschied: Eine neue Organisierungsdebatte muss sich aus einer gesamtgesellschaftlichen Orientierung herausbilden, d.h. sie muss alle existierenden Widersprüche zum Bestandteil ihrer Politik machen. Diesen Anspruch hatte zwar auch der »revolutionäre Antifaschismus«, dem sich die AA/BO verschrieben hatte. Aber eine Organisierung unter antifaschistischen Vorzeichen läuft immer Gefahr, die existierenden Widersprüche aus dem Faschismus heraus zu erklären, indem man den Faschismus als Ausgangspunkt der Analyse nimmt. »Hinter dem Faschismus steht das Kapital«. Diese zwar richtige, wenn auch zu eindimensionale Parole verdeutlicht den falschen Ansatz. Der Ansatz, der die Komplexität der warenproduzierenden Gesellschaft und all ihre immanenten Widersprüche zum Ausgangspunkt nimmt, berücksichtigt, dass der Faschismus eine der möglichen Optionen des Kapitalismus zur Krisenbewältigung und zur Kanalisierung von Unzufriedenheit in rassistische oder antisemitische Ressentiments ist. Zumal, wie heute immer stärker zu sehen ist, Rassismus und Antisemitismus nicht des Faschismus bedürfen, sondern sich im stinknormalen Kapitalismus Bahn brechen. So notwendig es auch ist, in Teilbereichen spezialisiert zu arbeiten – und Antifa ist »nur« ein Teilbereich – um perspektivisch/inhaltlich/analytisch weiterzukommen, muss der Blick auf und für das Ganze geschärft werden. Dem Vorwurf, die Linke habe oft nur »Durchsetzungsgeschichte« geschrieben, darf sich nicht verschlossen werden. Die Gefahr, dass dies sich wiederholt, besteht immer. Der beste Schutz dagegen ist die Radikalität. Nicht nur in Form der Militanz, sondern vor allem im Inhalt. Dies zu schaffen – organisiert und praxisorientiert – ist schwer; sozusagen ein Problem und leider kein Restproblem. ■

Der Autor ist Mitglied in der Antifa Bonn/Rhein-Sieg und war am Aufbau der AA/BO beteiligt



# Gedenkpolitik in Nordhausen



[1] Kuntz-Gedenkstein. Nach der Einweihung im Dezember 1946 wurde später das Todesdatum von dem hier falschen 4.4.45 auf das richtige Datum 22.1.45 geändert.

**Im thüringischen Nordhausen stand bis vor wenigen Jahren ein Gedenkstein auf dem Bahnhofsvorplatz, der an Albert Kuntz, einen kommunistischen Häftling des nahe gelegenen ehemaligen KZ Mittelbau-Dora erinnerte. Der Platz ist jetzt neu gestaltet, der Stein restauriert worden. Doch zu sehen bekam ihn die Öffentlichkeit nicht wieder. Er soll auf Wunsch der Stadt in die Gedenkstätte verfrachtet oder dem Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig übereignet werden.**

» Eine Provinzposse? Ist die Entfernung des Gedenksteines ein weiteres Beispiel für die vielerorts anzutreffende Entsorgung der NS-Vergangenheit in festgelegte, am besten zentral gelegene Erinnerungsorte? Der Stein hat eine widersprüchliche Vergangenheit, aber seine Bedeutungsmacht kann er nur im originären Kontext und am ursprünglichen Standort entfalten.

Albert Kuntz war KPD-Funktionär und vor 1933 Abgeordneter des preussischen Landtags gewesen. Er starb im Januar 1945 im Lagergefängnis des KZ Mittelbau-Dora.[1] Schon im Dezember 1946 wurde auf dem Bahnhofsvorplatz in Nordhausen ein Gedenkstein errichtet, der an ihn erinnert. Das Gedenken erfolgte hier in der für die spätere DDR üblichen Verengung auf den kommunistischen Widerstandskampf.

Der Gedenkstein, auf dem im roten Winkel für politische KZ-Häftlinge Namen, Geburts- und Sterbedatum des Antifaschisten eingraviert sind, hob mit Kuntz aus der Menge der rund 20.000 Todesopfer des Konzentrationslagers einen kommunistischen Häftling hervor. Dennoch ist es kein schlichtes Heldengedenken, sondern das erste Mahnmal, das in der Region Nordhausen überhaupt in Erinnerung an die NS-Verbrechen aufgestellt wurde.

Bis weit in die fünfziger Jahre hinein fanden die Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Konzentrationslagers auf dem Bahnhofsvorplatz und nicht auf dem KZ-Gelände statt. Auch nach Einrichtung der Mahn- und Gedenkstätte Dora-Mittelbau blieb der Kuntz-Stein ein wichtiger Erinnerungsort.

Als der Nordhäuser Bahnhofsvorplatz im Jahr 2000 einer grundlegenden Neugestaltung unterzogen wurde, ließ die Stadtverwaltung den Stein stillschweigend »verschwinden«. Zunächst wurde er zwischengelagert, nach einiger Zeit dann in den Park des Meyerburg-Museums in Nordhausen überführt.[2] Dort lag der Stein noch im Sommer 2001. Erst nach vermehrten Protesten, unter anderem vom Thüringer VVN/BdA, verkündete die Stadtverwaltung im Herbst 2001, dass der Stein zum 55. Jahrestag seiner Errichtung, im Dezember 2001, wieder am Ursprungsstandort aufgestellt würde.[3] Ergänzend soll eine Informationstafel angebracht werden, die Lebensdaten von Albert Kuntz sowie die Geschichte des Steines in der DDR-Gedenkpolitik enthält.

## Steinige Geschichte(n)

Da der Standort des Steines auf dem neu gestalteten Bahnhofsvorplatz gewesen wäre, sollte er zumindest gut restauriert werden. Dabei kam zu der offenbar ohnehin schon unangenehmen DDR-Gedenkkultur, die dem Stein anhaftete, noch eine ältere, um einiges unangenehmere Gedenktradition hinzu: Der 1946 errichtete Gedenkstein hatte bereits vor 1945 dem Gedenken gedient. Wie sich herausstellte, stammte der Stein aus einem Monument, das die Nordhäuser Nationalsozialisten 1933 – unter Verwendung mehrerer Steine aus einem geschliffenen Ebert-Denkmal – zum Gedenken an die NS-»Märtyrer« Horst Wessel und Leo Schlageter aufgestellt hatten. Im Mai 1945 war er auf Befehl der amerikanischen Alliierten geschliffen worden - um nur anderthalb Jahre später dem antifaschistischen Gedenken zu dienen. Ein weiterer Teil des früheren Denkmals ist der heutige Friedensstein in Salza. Bislang ist nicht geklärt, ob es sich hier um eine bewusste Umwidmung eines Denkmals zu Ehren eines Kommunisten handelte, oder ob die Materialarmut ausschlaggebend für die Wahl war.

In jedem Fall handelt es sich bei dem Gedenkstein nicht um das Relikt einer 50jährigen, sondern einer wesentlich älteren, epochenübergreifenden Gedenktradition voller Brüche, aus der nicht zuletzt hervorgeht, wie Geschichte immer wieder politisch instrumentalisiert wurde.

Genau die Sorge vor »Instrumentalisierung« ist es nun, die die Stadt Nordhausen wiederum als Argument gegen die Wiederaufstellung des Steines vorbringt: Wegen seiner Vergangenheit als NS-Heldendenkmal könne der KZ-Gedenkstein auf dem Bahnhofsvorplatz zum Wallfahrtsort für Rechtsextremisten werden. ■

1| Vgl. zu Kuntz: Jens-Christian Wagner, Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora, Göttingen 2001, S. 304 ff. u. 447 f.
2| Vgl. zum Abbau des Gedenksteines die Internet-Ausgabe der »antifa«, September 2001, unter: http://www.vvdn-bda.de/antifa/0109/06.htm, Zugriff: 31.12.2002.
3| Vgl. Online-Ausgabe des Stadtmagazins Nordhausen, Meldung vom 23.6.2001 unter »Lokals«, siehe http://www.stadtmagazin-nordhausen.de/aktuell_06_2001.html, Zugriff: 31.12.2002.

# § 129a-Verfahren in Sachsen - Anhalt




Seit dem 27. November 2002 sitzen Daniel und Marco aus Magdeburg in Untersuchungshaft. Vorgeworfen wird ihnen die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Die regionale Presse spricht von einem erfolgreichen Schlag gegen »militante Linksextremisten«, die dem Staat den Krieg erklärt hätten und feiert den Erfolg der Bundesanwaltschaft. Inzwischen hat sich eine Solidaritätsgruppe gegründet, die sich um die Gefangenen kümmert. Diese zeichnet ein etwas anderes Bild der Ereignisse.

Anfang 2002 werden in einer Nacht in Magdeburg zwei Brandanschläge verübt. Der eine Anschlag – ein geworfener Molotow Cocktail – trifft ein Fenster im Gebäude des Landeskriminalamtes Sachsen-Anhalt. Der zweite richtet sich gegen einen Kleinbus des BGS – dieser Brandsatz zündet jedoch nicht. Insgesamt entsteht ein verhältnismäßig geringer Sachschaden. Was folgt sind intensive Observationen der politischen Linken in Magdeburg, Telefonüberwachungen, Bewegungsprofile und Videoaufzeichnungen von verschiedenen Personen. Laut Bundesanwaltschaft soll auf einem Postpaket, in dem sich der Brandsatz unter dem BGS-Bus befand, ein einzelner Fingerabdruck von Daniel gefunden worden sein. Wie ein Mitglied der Soli-Gruppe vermutet, musste der Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§129a) schnell dafür herhalten, weitere Ermittlungen zu ermöglichen. Schließlich ermächtigt der Paragraf zu weitreichenden Ermittlungsmethoden. Nur aufgrund der Konstruktion einer terroristischen Vereinigung sitzt auch Marco in Haft. Allein der Kontakt zu Daniel und seine politische Überzeugung scheinen für die Bundesanwaltschaft (BAW) ausreichend zu sein. Da eine Vereinigung nach zur Zeit gültiger Rechtsauffassung aus mindestens drei Personen besteht, ist dieser Vorwurf im Grunde ebenso absurd. Doch schnell hat die BAW die Namen von weiteren Personen vorgelegt, die Mitglieder der Gruppe sein sollen. Offenbar muss die Beweislage hier noch geringer sein, schließlich erhielt niemand dieser Beschuldigten bisher auch nur eine Vorladung. Der §129a in seiner Funktion als Ermittlungs- und Gesinnungsparagraf hat sich im Sinne der BAW hier einmal mehr bewährt. Die umfassenden Beobachtungen der Magdeburger Linken und die öffentliche Diskreditierung und auch Einschüchterung politisch aktiver Leute in Magdeburg, wäre anders nicht zu machen gewesen. Schon mehrfach in der Vergangenheit wurde mit diesem Paragraf erfolgreich gegen Linke vorgegangen. 1976 im Zusammenhang mit der Fahndung nach der RAF eingeführt, wurde er immer wieder den jeweiligen politischen Interessen angepasst. Und dass dieses politische Instrument im Zuge einer allgemeinen Terrorismushysterie umso schneller angewendet wird, verwundert wenig.

Die Unterstützungsgruppe stellt die aktuellen Ereignisse in Magdeburg in diesen Zusammenhang. Die Verschärfung von Sicherheitsgesetzen ist ein sicherlich noch lange nicht abgeschlossener Prozess. Vermeintliche Sicherheit wird erkauft mit dem Einschränken und Aushebeln von Grundrechten und individuellen Freiheiten. Autoritäre Staatsmodelle schlagen sich hier insbesondere nieder; die sogenannten Schily-Pakete haben das eindrucksvoll bewiesen. Gerade rechte und konservative Politiker betrieben schon länger einen Wandel zum Präventionsstaat, in dem die Polizei quasi vorbeugend handeln solle. Sie freuten sich über den angeblichen Paradigmenwechsel zum »wehrhaften Staat«. Das propagierte »Recht auf Sicherheit« wurde somit zum Universalinstrument zur Einschränkung von Grundrechten. Privatheit wird vom Datenschutz zum Täterschutz umdefiniert. Das Modell des Präventionsstaates bedeutet konkret: Polizeirechte wie Überwachung existieren schon im Vorfeld strafbarer Handlungen und ohne konkreten äußeren Anlass. Das heißt die Verdatung und Überwachung von Personen, die zwar noch nicht getan haben, denen die Polizei dies aber zutraut und damit eine Strafbarkeit von Absichten. Die Folge sind Ermittlungsmethoden, die sich allein an ihrer Effektivität der Strafverfolgung und nicht an der Unschuldsvermutung orientieren. ■

Spenden für die Verfahrenskosten:
Rote Hilfe Magdeburg,
Stadtsparkasse Magdeburg
Konto-Nr.: 371 519 49
BLZ: 810 532 72
Verwendungszweck: Soligruppe

## › CDU gegen Ausstellung zu Neofaschismus

Ab Mitte Januar sollte in Pforzheim die Ausstellung »Neofaschismus in der BRD« der VVN/BdA im »Kulturhaus Osterfeld« gezeigt werden. Wenige Tage vor der Eröffnung schrieb die örtliche CDU an das Kulturhaus. Die Veranstalter seien »linksextrem und verfassungsfeindlich«, bei manchen Exponaten seien auch CDU-Politiker zu finden. Und so forderte die CDU, »die Ausstellung nicht statt finden zu lassen«. Als das Kulturhaus diesem Wunsch nicht nachkam, drohte der CDU-Kreisvorsitzende und Landes-Staatssekretär Stefan Mappus mit der Streichung von Fördergeldern. Daraufhin wurde die Ausstellung mit dem Hinweis, man sei als staatlich anerkannte und geförderte Institution erpressbar, abgesagt. Beim Neujahrsempfang der Pforzheimer CDU sprach sich auch die als Rednerin geladene baden-württembergische Kultusministerin Dr. Annette Schavan (CDU) gegen die Ausstellung aus. Wohl kaum zufällig untersagte das ihr unterstellte Oberschulamt einem Schuldirektor, die Ausstellung in seinem Gymnasium zu zeigen. Wahrscheinlich wird diese nun in der evangelischen Stadtkirche Unterschlupf finden. Die CDU will auch dagegen »alles, was legal und legitim ist« unternehmen und hat, nachdem der Pforzheimer Dekan sich ihrem Druck nicht beugte, Kontakt zum Landesbischof aufgenommen. ■




[1] Willkommensgruß am Flughafen Berlin-Tegel für Björn nach seiner Freilassung aus schwedischer Haft

## › Phase 2 beschlagnahmt

Am 6. Dezember 2002 beschlagnahmte der Zoll die gesamte Auflage der in der Tschechischen Republik gedruckten sechsten Ausgabe der Phase 2. Das Amtsgericht Wunsiedel entschied, die Zeitung wegen des Verdachts auf »verfassungswidrige Inhalte« und Steuervergehen einzubehalten. Sie wurde zur Überprüfung an das Zollfahndungsamt Nürnberg übergeben. Die Art der Beschlagnahme aufgrund eines unspezifischen Verdachts, unabhängig vom konkreten Zeitungsinhalt, zeigt, dass die Einfuhr generell unterbunden werden sollte. Die Redaktion erklärte dazu: »Mit der Beschlagnahmung der Phase 2 setzt sich die Generalprävention staatlicher Stellen gegen linksradikale Publikationen und Aktivitäten fort. (...) Wir halten an der Gründung der Phase 2 als Medium der Verständigung linksradikaler Gruppen in der Bundesrepublik fest. Unser Ziel bleibt die Verständigung dieser Gruppen über gemeinsame Analysen und Ansätze.« ■

Mehr Infos: www.phase-zwei.org.
Spenden: Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur, Sparkasse Göttingen, Kto. 117770, BLZ: 26050001, Stichwort: »Gebt das Heft frei!«

## › Erneute Festnahme

Einen langen Atem müssen die Soligruppen für die gefangenen GlobalisierungskritikerInnen nach den »Gipfelprotesten« in Göteborg beweisen. Gerade konnten die FreundInnen und GenossInnen im Oktober 2002 den Berliner Antifa Björn am Flughafen empfangen, nachdem er seit Juni 2001 in Schweden inhaftiert gewesen war. Doch schon am 8. Januar 2003 wurde ein 24jähriger in Berlin von der deutschen Polizei im Zusammenhang mit den Protesten gegen den EU-Gipfel 2001 in Schweden festgenommen. Zuvor durchsuchten die Beamten, wie auch in anderen Fällen, die Wohnung nach Belastungsmaterial, beispielsweise Fotos und Kleidungsstücke. Seitdem sitzt er aufgrund angeblicher Videoaufnahmen, Fotos bzw. Aussagen von schwedischen Belastungszeugen in Untersuchungshaft. ■

## › Vom Sprüher zum Terroristen?

Am 15. Dezember 2002 wurden drei Jugendliche verhaftet, da sie in der Friedrichstraße in Berlin-Mitte den Schriftzug »Lebt den Kaufrausch!« an einen Hauseingang gesprüht haben sollen. Bei der anschließenden Hausdurchsuchung sollen nach Polizeiangaben im Keller eines der Beteiligten »drei selbstgebastelte Spreng- bzw. Brandvorrichtungen« sowie ein Kilogramm Rauchpulver gefunden worden sein. Tatsächlich handelte es sich um harmloses Theaternebelpulver. Ergebnis: U-Haft außer Vollzug. Auf der Suche nach Indizien für eine politische Zugehörigkeit brachten einige Plakate und Aufkleber der Autonomen Antifa Nordost [AANO] Berlin die Beamten auf die Idee, eine Zugehörigkeit zur AANO zu konstruieren. Bereits am nächsten Tag zitierte die Presse eine entsprechende Polizeimitteilung: »Sprengstoff im Keller (...) soll der Antifa Nordost angehören.« Diese Mitteilung ist falsch. Die AANO erklärt dazu, dass sie die »konstruierte Zugehörigkeit« als einen »direkten staatlichen Angriff« auf eine legale antifaschistische Gruppe betrachtet und bittet um praktische Solidarität. ■

Mehr Infos: www.nordost.antifa.de




Das Einwanderungsgesetz ist erst einmal auf Eis gelegt. Doch einzelne Elemente des Gesetzentwurfes, die gegen Flüchtlinge gerichtet sind, sind schon jetzt vielfach Praxis. Dazu gehört die von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommene Errichtung von sogenannten »Ausreisezentren« für Flüchtlinge.

## Letzter Ausweg:

# Flucht in die Illegalität

Hinter dem Begriff »Ausreisezentrum« verbergen sich keineswegs freundliche Hotelzimmer mit Blick auf den Schwarzwald oder andere touristische Sehenswürdigkeiten. Es sind vielmehr Sammellager für Flüchtlinge, in denen Trostlosigkeit, Verzweiflung und Perspektivlosigkeit bewußt kalkulierte Bausteine des staatlichen Abschreckungsprogramms darstellen. »Ausreisezentren« existieren derzeit u.a. in Ingelheim in Rheinland-Pfalz, in Braunschweig und Bramsche in Niedersachsen, im bayerischen Fürth und in Halberstadt in Sachsen-Anhalt. Die Betroffenen sollen durch sozialen und psychischen Druck zur Mithilfe an ihrer eigenen Abschiebung oder zur sogenannten »freiwilligen Ausreise« gezwungen werden.

### Soziale Isolation

Die Lage der Ausreisezentren ist von vornherein durch ein Maximum an sozialer Isolation gekennzeichnet: Außerhalb der Städte, in Wäldern gelegen, existiert meistens kaum eine Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, dessen Fahrkarten sich die Betroffenen ohnehin nicht leisten können. Lange Fußmärsche in die nächstgelegene Stadt gehören so zum Lageralltag. Die Residenzpflicht, die für alle Asylsuchenden gilt, ist für BewohnerInnen der Ausreisezentren weiter verschärft worden. Teilweise müssen sie sich täglich melden; in Halberstadt dürfen sie das Stadtgebiet nicht verlassen. Auch die minimalen Leistungsansprüche nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind für die Betroffenen außer Kraft gesetzt. Sie erhalten nicht einmal mehr das minimale Taschengeld von 40 Euro monatlich, sondern werden »vollverpflegt«. Das heißt, dass sie drei Mal am Tag Fertignahrung aus einer zentralen Lagerküche erhalten, die sie mangels eigenem Geld nicht durch Einkäufe ergänzen können. Der Geldmangel hat noch eine weitere gravierende Folge: Die Flüchtlinge können ihre RechtsanwältInnen nicht mehr bezahlen. Sie sind damit entweder von jeglicher rechtlichen Vertretung gegenüber den deutschen Behörden ausgeschlossen oder auf kostenlose Rechtsberatung angewiesen. Die Aufnahme einer Arbeit und der Besuch von Deutschkursen ist verboten. In Niedersachsen berichteten Flüchtlinge, dass ihre letzten Habseligkeiten wie Handys oder Bargeld beschlagnahmt wurden.

### Betroffen sind alle Flüchtlinge

Der Kreis derjenigen, die von den kommunalen Ausländerbehörden in die Ausreisezentren eingewiesen werden, erweitert sich ständig. Eine große Gruppe stellen Flüchtlinge aus afrikanischen Bürgerkriegsstaaten wie Sierra Leone oder Liberia, in die wegen der Kriege niemand abgeschoben werden kann.

Den Betroffenen unterstellen die Behörden, sie würden ihre wahre Identität verschleiern und die Herkunftsländer Sierra Leone oder Liberia nur deshalb angeben, weil sie wüssten, dass Abschiebungen dorthin ausgesetzt seien. Wer im Ausreisezentrum Halberstadt landet, muss deshalb immer wieder Zwangsvorführungen und Sprachtests über sich ergehen lassen: Botschaftsangehörige verschiedener afrikanischer Staaten reisen nach Halberstadt und sollen dann erklären, ob die Flüchtlinge aus ihren Staaten kommen. Sogenannte »Experten« beim Bundesamt für Ausländische Flüchtlinge prüfen derweil die Muttersprache der Flüchtlinge. Bleibt das ergebnislos, sollen scheinbar neutrale Personen wie SozialarbeiterInnen oder ÜbersetzerInnen sich das Vertrauen der Flüchtlinge erschleichen und sie über ihre »wahre« Herkunft ausfragen. Zimmerdurchsuchungen oder das Lesen persönlicher Briefe – alles unter dem Vorwand, die »Identitätsverschleierung« aufzuklären – sorgen für knastähnliche Zustände.

→




Das ist auch ausdrücklich erwünscht: So erklärte der Leiter der »Clearingstelle Rheinland-Pfalz für Flugabschiebungen und Passbeschaffung« ganz offen, dass »Ausreisepflichtige damit in eine gewisse Stimmung der Hoffnungs- und Orientierungslosigkeit versetzt werden sollen«.

Ausländerbehörden in Sachsen-Anhalt nutzen die Einweisung ins »Ausreisezentrum« Halberstadt – eine Etage mit 100 Plätzen innerhalb des umzäunten Kasernenkomplexes, der als »Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber« (ZAST) des Landes dient – auch, um politisch aktive und daher missliebige Störer aus den kleineren Heimen loszuwerden.

In Niedersachsen werden auch Familien und Frauen mit Kleinkindern sowie kranke Flüchtlinge ins Abschiebelager geschickt. Hier begründen die Behörden dabei die Einweisung in einem Standardbrief mit den Sätzen: »... dass Sie Ihren Lebensunterhalt aus öffentlichen Mitteln bestreiten und dadurch über Ihren unrechtmäßigen Aufenthalt hinaus eine besondere Belastung für das Land darstellen.«[1]

1| Taz vom 30.9.2002, »Letzter Stopp vor der Ausreise«

Die Behörden nutzen dabei den Umstand aus, dass zur Einweisung ins Ausreisezentrum keinerlei gerichtliche Entscheidung notwendig ist. Denn die Ausreiselager sind keine Abschiebeknäste. Der vollständige Entzug der Bewegungsfreiheit durch Abschiebehaft darf nur durch einen Richter angeordnet werden, und die Behörden müssen nachweisen, dass sich die Betroffenen einer Ausreise entziehen wollen. Ausdrücklich nicht verhängt werden darf Abschiebehaft als »Beugehaft« – also, um die Betroffenen zur Preisgabe ihrer Identität oder zur Mitwirkung bei der Passbeschaffung zu zwingen. Auch wenn das in der Praxis häufig genug geschieht und die Einzelrichter, die Abschiebehaft verhängen, Haftbefehle am Fließband ausstellen.

Doch während Abschiebehaft auch durch Richter wieder aufgehoben werden kann, ist der Aufenthalt im Ausreisezentrum nicht zeitlich begrenzt. Auch das ist Methode: Die Flüchtlinge wissen, dass sich ihre Lebenssituation nicht mehr verbessern wird und am Ende ihres Aufenthalts in diesen Lagern eben die erzwungene »Ausreise« steht. Selbst wenn sie ausreisen »wollen«, weil sie die Situation nicht länger ertragen, sind sie mit Botschaften von Staaten wie Indien oder Vietnam konfrontiert, die sich zur Ausstellung von sogenannten Passersatzpapieren oder Pässen häufig länger als ein Jahr Zeit lassen.

### Letzer Ausweg: Flucht in die Illegalität

In der Öffentlichkeit erklären Politiker gerne, mithilfe der Ausreisezentren solle die Rückkehrbereitschaft, Ausreise oder Abschiebung »gefördert« werden. Die Zahlen sprechen allerdings eine andere Sprache. In Sachsen-Anhalt, wo das »erfolgreiche Modellprojekt« seit Anfang 2002 eingeführt und zum Jahreswechsel 2002/2003 um ein weiteres Jahr verlängert wurde, wurden gerade einmal drei von derzeit 58 Insassen des »Ausreisezentrums« zur unfreiwilligen Ausreise bewegt. In Ingelheim sind von den insgesamt 174 Menschen, die in die dortige »Landesunterkunft für Ausreisepflichtige« verlegt wurden, fünf Menschen »freiwillig« ausgereist, fünf weitere wurden abgeschoben, darunter ein schwer kranker Mann aus Indien, der wenige Wochen nach der Abschiebung in Indien starb.

Pro Asyl schätzt, dass bundesweit – je nach Lager – zwischen fünf und 17 Prozent der Betroffenen »freiwillig« ausreist oder abgeschoben wurde. Rund die Hälfte der Betroffenen entzieht sich den menschenunwürdigen Lebensbedingungen durch die Flucht in die komplette Illegalität. Ein von den Behörden durchaus gewünschter Effekt. Denn in die Illegalität getriebene Flüchtlinge »beantragen zumindest keine Leistungen beim Sozialamt«, so das niedersächsische Innenministerium im September 2001.

Sollte das Zuwanderungsgesetz irgendwann im Laufe dieses Jahres doch noch verabschiedet werden, droht die Einrichtung weiterer »Ausreisezentren« für tausende von Menschen. Ein Aspekt, der nicht mehr länger ignoriert werden darf. ■

# Anschläge gegen Flüchtlinge

Die Welle rassistischer und neonazistischer Brandanschläge gegen Flüchtlingsheime sowie Geschäfte, Wohnhäuser, kulturelle und religiöse Zentren von MigrantInnen in Ost- und Westdeutschland hat mit der Ablehnung des Zuwanderungsgesetzes des Einwanderungsgesetzes zugenommen. Die Öffentlichkeit nimmt kaum Notiz davon

Akut zugespitzt ist die Situation im mecklenburgischen Anklam, wo eine von Neonazis und rassistischen Bürgern und Gewerbetreibenden gleichermaßen angeheizte Kampagne gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft zu einer Sammlung von 1.000 Unterschriften gegen die Flüchtlinge geführt hat. Hier ist zu befürchten, dass es nicht bei verbalen Drohungen bleiben wird.

Zu Brandflaschen griffen zwei Neonazis aus Greiz in Thüringen. Am 30. Januar 2003 warfen die 18- und 19jährigen Molotow-Cocktails in das Flüchtlingsheim Greiz-Irchwitz mit 69 BewohnerInnen. Ein Wachmann wurde dabei verletzt. Die Neonazis wurden zwei Tage später festgenommen und sitzen nun in der JVA Gera in U-Haft.[1] Mit Brandanschlägen auf leerstehende Hotels, die als Flüchtlingsunterkünfte vorgesehen waren, verhinderten bislang Unbekannte den Einzug von Flüchtlingen in dem als »Feinschmekkermekka« bekannten Schwarzwaldort Baiersbronn. In der 16.500 Einwohnergemeinde im Kreis Freudenstadt sollen 80 Flüchtlinge untergebracht werden. Zunächst brannte das ehemalige Hotel »Bären«, das als Unterkunft vorgesehen war, am 31. Juli 2002 vollständig nieder. Nach halbherzigen Ermittlungen erklärte die Polizei jedoch, man hätte keine Beweise für eine Brandstiftung gefunden. Das zweite Mal brannte es am 14. November 2002 im ehemaligen Hotel »Sonne«, in das die Flüchtlinge zum 1. Dezember 2002 einziehen sollten. Hier fanden die Ermittler Brandbeschleuniger. Sie sprechen nun davon, dass offensichtlich ein Zusammenhang zwischen den Bränden und der geplanten Nutzung der beiden leerstehenden Hotels als Flüchtlingsheime bestehe.[2] Am 10. Jahrestag des rassistischen Brandanschlags von Mölln – dem 24. November 2002 – warfen sieben Neonazis Brandflaschen auf eine Moschee in Wolfenbüttel. Zwei 16- und 19jährige Männer aus Salzgitter-Thiele und fünf 17- bis 22jährige aus Wolfenbüttel hatten die Molotow-Cocktails gegen das Haus, in dem die vierköpfige Familie des Imam schlief, drei Mal hintereinander geworfen, da die Flaschen nicht zündeten.

Die Täter sind u.a. wegen Tragens neonazistischer Kennzeichen polizeibekannt; gegen eine 20jährige Frau aus Wolfenbüttel wird zudem wegen Beihilfe ermittelt. Einer der Täter hatte schon am 4. November 2002 versucht, einen Brandanschlag auf die Moschee zu verüben. In Kleinaspach im baden-württembergischen Rems-Murr-Kreis verübten Unbekannte am 29. Oktober 2002 einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim, in dem sich zum Tatzeitpunkt ein 45jähriger Flüchtling aus ex-Jugoslawien aufhielt. Kurz vor dem Brand waren zwei junge Frauen und ein Mann in der Nähe des Heims aufgefallen, weil sie den Hitlergruß zeigten. Die Täter schlugen ein Fenster ein und zündeten eine Mülltonne vor der Tür an. »Eine politische Motivation der Tatverdächtigen erscheint wahrscheinlich,« so die Polizei.[3] Am 4. November 2002 versuchten zwei 18jährige polizeibekannte Rechte in Wismar einen Brandanschlag auf einen Asia-Imbiss in Wismar zu verüben. Ein Zeuge beobachtete, wie die beiden jungen Männer die Scheibe der Haustür eines Wohn- und Geschäftshauses einschlugen, in dem sich der Imbiss befindet, und in das Gebäude einstiegen. Im Hausflur kippten sie fünf Liter aus einem Benzinkanister aus. Nur das rechtzeitige Eintreffen der Polizei verhinderte den Brand. Die beiden Täter hatten nach Ansicht der Staatsanwaltschaft Schwerin einen bekannten Helfershelfer: Den 36jährigen Lehrer Guido Stoffels, der am Gymnasium in Neukloster Musik unterrichtete. Stoffels kam im Jahr 2001 aus Krefeld nach Wismar. In Krefeld soll er Berichten der Regionalpresse zufolge als DVU-Aktivist aufgefallen sein. Bei einer Wohnungsdurchsuchung wurden bei ihm ein Hitlerpotrait, eine Hakenkreuzfahne und rechtsextremes Propagandamaterial gefunden. Nach Aussagen der 18jährigen hatten sie Stoffels bei einem NPD-Treffen kennengelernt; Stoffels habe sie zur Tankstelle gefahren und ihnen einen Kanister für den Anschlag zur Verfügung gestellt. Anfang Januar 2003 erhob die Staatsanwaltschaft Schwerin Anklage gegen Stoffels, der derzeit in der JVA Bützow in Untersuchungshaft sitzt, wegen Beihilfe zu versuchtem Mord und versuchter Brandstiftung. Die 18jährigen sind wegen versuchten Mordes und versuchter Brandstiftung angeklagt.

In der Nacht zum 8. Dezember 2002 warfen Unbekannte Molotow-Cocktails in eine von 180 jüdischen EmigrantInnen aus den GUS-Staaten, AussiedlerInnen und Flüchtlingen bewohnte Unterkunft in Chemnitz. Man ermittele »in alle Richtungen«, heißt es bei der Polizei.[4] ■

1| Thüringische Landeszeitung, 31.1.2003
2| Badische Zeitung, 16.11.2002
3| Stuttgarter Zeitung vom 2.11.2002
4| Freie Presse, 10.12.2002

# Terrorismus als Lebensform

## Die Ordnungspolizei im Nationalsozialismus



Spätestens die Wehrmachtsausstellung zerstörte den Mythos von der »sauberen Wehrmacht«. Doch welche Rolle spielten andere Institutionen im Vernichtungskrieg und bei der Durchführung der Shoah? Die Bücher der amerikanischen Historiker Christopher Browning (»Ganz normale Männer«) und Daniel J. Goldhagen (»Hitlers willige Vollstrecker«) machten bereits vor einigen Jahren auf eine Tätergruppe aufmerksam, die zuvor nur wenig Beachtung erfahren hatte: Die Ordnungspolizei. Grund genug noch einmal einen Blick auf diese Behörde zu werfen, die bis in die Gegenwart ähnlich wie die Wehrmacht als »saubere« Organisation galt.

### » Die Ordnungspolizei und der Holocaust

Am 13. Juli 1946 gab Adolf von Bomhard, Generalleutnant der Polizei a.D. und während des Nationalsozialismus als Chef des Kommandoamtes im Hauptamt Ordnungspolizei tätig, eine eides-stattliche Erklärung vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal ab. Bomhard sollte zu Vorwürfen Stellung nehmen, die Ordnungspolizei habe sich an Ghettoräumungen, Massenerschießungen und Deportationen beteiligt. Die Aussagen des ehemaligen hochrangigen Polizeiführers waren ebenso eindeutig wie falsch. So betonte er kategorisch: »Von Ausrottungsaktionen war dem Hauptamt Ordnungspolizei nie etwas bekannt.« Und: »Judenaktionen [...] waren reine Angelegenheiten der Sicherheitspolizei.«[1]

Diese Behauptungen bildeten den Grundstock einer langlebigen Legende, die über Jahrzehnte hinweg kaum hinterfragt wurde. Demnach waren in erster Linie die im Reichsicherheitshauptamt (RSHA) zusammengefassten Organisationen wie die Geheime Staatspolizei (Gestapo) oder der Sicherheitsdienst (SD) der SS die Verantwortlichen. Die »normale« Polizei habe dagegen – genauso wie die Wehrmacht – mit den Mordaktionen

in Ost- und Südosteuropa nichts zu tun gehabt, ja sie sei sogar zu einem »arme(n) Opfer Heydrichscher und Himmlerscher Ostpolitik« geworden.[2] Die Dreistigkeit, mit der zahlreiche Polizeiführer ihre Interpretation der Geschichte vortrugen und die Bereitschaft in großen Teilen der Gesellschaft, dieses Gemisch aus Halbwahrheiten, Verzerrungen und Lügen zu glauben, waren beachtlich.

### Polizei im Dienste der »Volksgemeinschaft«

Die Organisation der deutschen Polizei im Nationalsozialismus war durch starken Zentralismus gekennzeichnet. Das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934 beseitigte den Föderalismus, indem es u.a. die Landespolizeibehörden dem Reichsinnenminister unterstellte. Die geschlossenen Einheiten der Schutzpolizei wurden als eine Art »Polizeiarmee« mit einer Gesamtstärke von 56.000 Mann neu organisiert und erhielten eine zunehmend militärische Ausbildung. Im Juli 1935 gingen diese Verbände schließlich in der Wehrmacht auf.

Heinrich Himmler trieb den Umbau der Polizei weiter. Kurz nach seiner Ernennung zum »Chef der Deutschen Polizei« im Juni 1936 gliederte er seine Behörde in das Hauptamt Sicherheitspolizei (ab 1939 RSHA), das Kriminalpolizei, Gestapo und SD vereinigte und das Hauptamt Ordnungspolizei, dem die verschiedenen Abteilungen der uniformierten Polizei, der Verwaltungspolizei sowie die Zuständigkeit für die Feuerwehr, den Luft- und Katastrophenschutz zugeteilt wurden.[3] Ziel der Neustrukturierung war es, die Polizei stärker mit dem SS-System zu verzahnen um somit die völkische Staats- und Gesellschaftsauffassung des Nationalsozialismus effektiver abzusichern.

### Die Polizeibataillone

Darüber hinaus wurde die Ordnungspolizei in die Kriegsvorbereitungen des »Dritten Reichs« miteinbezogen. Um die dünne Personaldecke aufzufüllen begann man mit der Aufstellung besonderer Polizeiverbände, die sich zunächst aus ca. 26.000 Männern rekrutierten, die nicht zur Wehrmacht eingezogen wurden. Ab 1940 bildeten diese Einheiten insgesamt 31 quasi militärische Polizeibataillone. Außerdem wurden seit 1937 91.500 ältere Polizeireservisten in Reserve-Polizeibataillonen zusammengefasst. Die Zahl der Ordnungspolizisten stieg damit bis 1940 von 62.000 Beamten (1938) auf 244.500 in insgesamt 101 Polizei- bzw. Reservepolizeibataillonen.[4] Über deren Aufgabe bestand kein Zweifel: Bereits im März 1938 beim Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich waren Einheiten der Ordnungspolizei im Einsatz gewesen, ebenso während des Einmarsches in das Sudetenland und in die »Rest-Tschechei« 1938/39. Im Rahmen der deutschen Eroberungsfeldzüge quer durch Europa verfestigte sich diese Praxis: Die Wehrmacht rückte vor, die Ordnungspolizei folgte.

### Massenmord in Osteuropa

Als unmittelbar nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 die Massaker an den Juden begannen, waren daran verschiedene Polizeibataillone beteiligt. So rekrutierten sich z.B. die Mannschaften der berüchtigten vier Einsatzgruppen des RSHA nicht nur aus Mitgliedern des SD, der Gestapo oder der Kriminalpolizei, vielmehr stammten von den insgesamt 3000 Personen rund 500 aus den Reihen der Ordnungspolizei.[5] Zusammen mit der Waffen-SS, die ebenfalls Personal für die Einsatzgruppen abstellte, fungierten die Polizisten als »Männer fürs Grobe«. Das unfassbare Ausmaß, das die Vernichtungsaktionen dieser Einheiten annahm, kann hier nur angedeutet werden. So ermordete die Einsatzgruppe C am 29. und 30. September 1941 in Babij Jar bei Kiew 33.771 Juden – mit tatkräftiger Unterstützung einiger Polizeibataillone.[6]

Die Ordnungspolizei verübte aber auch Massaker in eigener Verantwortung. Direkt nach dem Überfall auf die Sowjetunion rückte das Polizeibataillon 309 am 26. Juni 1941 in die Stadt Bialystok ein und führte dort Razzien in den jüdischen Vierteln durch. Bereits dabei kam es zu brutalen Übergriffen auf die Bewohner. Schließlich wurden mindestens 800 Juden zusammengetrieben und in die nahegelegene Synagoge gesperrt. Die Ordnungspolizisten setzten das Gebäude in Brand. Menschen, die zu fliehen versuchten, →

1| Zit. nach Klaus-Michael Mallmann, Vom Fußvolk der »Endlösung«. Ordnungspolizei, Ostkrieg und Judenmord, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXVI/1997, S. 355-391, hier: S. 356.

2| Ebd., S. 357.

3| Vgl. Friedrich Wilhelm, Die Polizei im NS-Staat. Die Geschichte ihrer Organisation im Überblick, 2. Aufl., Paderborn 1999.

4| Angaben nach: Christopher R. Browning, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die »Endlösung« in Polen, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 24-26.

5| Ebd., S. 29.

6| Vgl. Dieter Pohl, Die Einsatzgruppe C, in: Peter Klein (Hg.), Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Berlin 1997, S. 71-87.




wurden erschossen.[7] Anfang Juli trafen die Polizeibataillone 316 und 322 in Bialystok ein. Am 8. Juli wurde das Judenviertel erneut durchsucht und ca. 1000 Personen festgenommen, die allesamt außerhalb der Stadt erschossen wurden. Am folgenden Tag erklärte der angereiste Chef des Hauptamtes Ordnungspolizei in einer Rede, die Polizeieinheiten könnten stolz darauf sein, »an der Niederringung des [...] Bolschewismus mit beteiligt zu sein.«[8]

## Das Fußvolk der »Endlösung«

Der Vernichtungsfeldzug gegen den »jüdischen Bolschewismus« vollzog sich in zwei Wellen. Die Massaker in der ersten Phase zwischen Juni und Dezember 1941 verliefen meist willkürlich. Die Durchkämmungsaktionen von Ordnungspolizei und Einsatzgruppen waren nicht »flächendeckend« und orientierten sich am Vormarschtempo der Wehrmacht. Vielfach wurden Juden nicht sofort ermordet, sondern in Ghettos gepfercht oder zum »Arbeitseinsatz« gezwungen.

In der zweiten Phase, die im Dezember 1941 begann und im Jahr 1943 ihren Abschluss fand, kam es zu einer Systematisierung der Vernichtungsaktionen, bei denen auch die Ordnungspolizei weiterhin eine zentrale Rolle einnahm. In den besetzten Gebieten der Sowjetunion sowie im Generalgouvernement wurden die Ghettos aufgelöst und deren Bewohner in die Vernichtungslager deportiert. An den verschiedenen Etappen des Massenmordes waren Polizeibeamte, gewissermaßen als »Fußvolk der ‚Endlösung'« (Klaus-Michael Mallmann) beteiligt: Die Ordnungspolizei bewachte die Ghettos, trieb deren Bewohner zusammen, zwang die Menschen in die Deportationszüge und erschoss diejenigen, die nicht mehr gehen konnten. Gerieten die Deportationen ins Stocken, führten Polizeieinheiten Massenerschießungen direkt vor Ort durch. Nicht zuletzt diese Aktionen, die oftmals unter dem Deckmantel vermeintlicher »Bandenbekämpfung« abliefen, korrigieren die gängige Metapher von den »Todesfabriken«, in denen sich der Holocaust scheinbar subjektlos vollzog. Um die Vernichtungsmaschinerie am Laufen zu halten, bedurfte es nämlich sowohl in den Lagern als auch bei den Massenexekutionen zahlreicher Eigeninitiativen der Täter.[9]

Gerade der Blick auf die Praktiken der Ordnungspolizei zeigt, wie groß die Bereitschaft der Beamten war, »mitzumachen« und sich freiwillig am Mordprogramm des Nationalsozialismus zu beteiligen. Der Hinweis auf einen vermeintlichen Befehlsnotstand, mit dem zahlreiche Polizisten in späteren Jahren versuchten, sich zu rechtfertigen, entpuppt sich in diesem Zusammenhang als eine jener Legenden, die dazu beitragen sollten, die Verbrechen zu relativieren und

7| Vgl. Michael Okroy, »Man will unserem Batl. was tun...« Der Wuppertaler Bialystok-Prozess 1967/68 und die Ermittlungen gegen Angehörige des Polizeibataillons 309, in: Alfons Kenkmann/ Christoph Spieker (Hg.), Im Auftrag. Polizei, Verwaltung und Verantwortung. Begleitband zur gleichnamigen Dauerausstellung – Geschichtsort Villa ten Hompel, Essen 2001, S. 301-317.

8| Zit. nach Winfried Nachtwei, »Ganz normale Männer«. Die Verwicklung von Polizeibataillonen aus dem Rheinland und Westfalen in den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg, in: Alfons Kenkmann (Hg.), Villa ten Hompel. Sitz der Ordnungspolizei im Dritten Reich. Vom »Tatort Schreibtisch« zur Erinnerungsstätte?, Munster 1996, S. 54-77, hier S. 66.

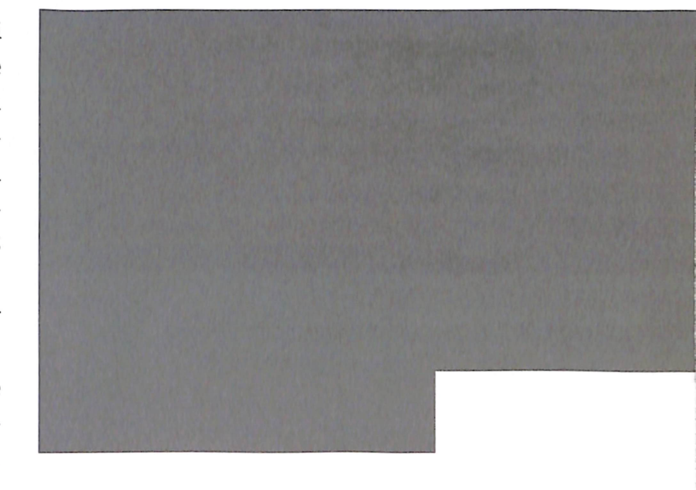
9| Vgl. Alf Ludtke, Der Bann der Wörter: »Todesfabriken«. Vom Reden uber den NS-Völkermord – das auch ein Verschweigen ist, in: Werkstatt Geschichte 5 (1996), S. 5-18.

letztlich aus Tätern Opfer zu machen. Fest steht: Den Angehörigen der Erschießungskommandos boten sich meist mehrere Möglichkeiten, sich zu entziehen oder sogar »offiziell« entsprechende Befehle zurückzuweisen. Kein einziger Polizist oder Wehrmachtssoldat wurde für die Weigerung an einer Massenerschießung mitzuwirken vor ein Kriegsgericht gestellt, in ein Konzentrationslager eingewiesen oder hingerichtet. Dennoch: Die Zahl derjenigen, die diese Handlungsspielräume nutzten, blieb verschwindend gering.

### Ganz normale Männer

Dabei entsprach die Mehrheit der Ordnungspolizisten nicht von vornherein der Vorstellung vom nationalsozialistischen Überzeugungstäter, wie er etwa beim SD zu finden war. Der Anteil an NSDAP-Mitgliedern etwa im Hamburger Reserve-Polizeibataillon 101 lag bei 25 Prozent, was nur knapp über dem Reichsdurchschnitt (20 Prozent) lag.[10] Die Polizeibeamten wurden zwar fortwährend weltanschaulich geschult, im Rahmen des Dienstalltags spielte dieser Unterricht aber eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Den Polizeibataillonen gehörten darüber hinaus zahlreiche Personen an, die sich zur Polizei gemeldet hatten, um auf diesem Wege der Einberufung zur Wehrmacht zu entgehen. Die mörderischen Handlungsmuster dieser vermeintlich »ganz normalen Männer« waren jedoch kaum von den Praktiken der SS zu unterscheiden.

Die Motive, die den Taten der Ordnungspolizisten zugrunde lagen, waren unterschiedlich. Eine zentrale Rolle spielten zweifellos antisemitische und rassistische Einstellungen, die nicht unbedingt deckungsgleich sein mussten mit den Inhalten nationalsozialistischer Propaganda.[11] Von Bedeutung waren zudem weit verbreitete Vorstellungen von »deutscher Qualitätsarbeit«, die sich in dem Drang ausdrückten, den Auftrag so perfekt wie möglich auszuführen.[12] Nicht zu unterschätzen für die sich zunehmend radikalisierenden Handlungsmuster war auch die Binnenstruktur der Polizeibataillone. Hier bildeten und verstärkten sich Selbstbilder von Männlichkeit und Härte. Die emotionale und soziale Bindung an die Gruppe, das Bedürfnis nach Kameradschaft, die Schutz gegenüber den vermeintlichen Bedrohungen einer feindlich wahrgenommenen Umwelt versprach, förderte eine Entwicklung, die zu einer Verrohung der Polizisten und somit zu kaum fassbaren Dimensionen von Brutalität und Gewalt führte.



Davon freilich wollte kaum jemand nach 1945 etwas gewusst haben oder etwas wissen. Dabei waren die Hinweise auf die Beteiligung der Ordnungspolizei am Holocaust und am »Vernichtungskrieg« von Anfang an unübersehbar. In zahlreichen Erfahrungs- und Einsatzberichten über Massenexekutionen wurden die jeweils schießenden oder dabeistehenden Polizeiverbände eindeutig benannt. Die 1958 eingerichtete Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg ermittelte in etlichen Fällen, und seit Beginn der sechziger Jahre mussten sich wiederholt ehemalige Angehörige der Ordnungspolizei vor Gericht verantworten. Die Zahl der rechtskräftigen Verurteilungen blieb freilich äußerst niedrig, was zum einen an oftmals desinteressierten Justizbehörden lag, zum anderen an einer gut organisierten »Kameradenhilfe«, die die Angeklagten mit Verhaltens- und Rechtshilfetipps versorgte.[13] Dennoch: Die Feststellung, dass die Ordnungspolizei in die Vernichtungsaktionen mit eingebunden war, mehr noch: dass das Ausmaß der Vernichtung ohne die Betei-ligung der Polizeiverbände kaum derartige Dimensionen erreicht hätte, ist kaum zu leugnen. ■



10| Vgl. Browning, Ganz normale Männer, S. 69.
11| Zu den antisemitischen Motiven der Ordnungspolizisten vgl. Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996, S. 313-331.
12| Vgl. Alf Lüdtke, Die Praxis von Herrschaft: zur Analyse von Hinnehmen und Mitmachen im deutschen Faschismus, in: Brigitte Berlekamp/Werner Röhr (Hg.), Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte des deutschen Faschismus, Münster 1995, S. 226-245.
13| Vgl. Martin Hölzl, Grüner Rock und weiße Weste: Adolf von Bomhard und die Legende von der sauberen Ordnungspolizei, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 50 (2002), S. 22-43.

## Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen

# Versteckspiel




Das Versteckspiel - Lifestyle, Musik und Codes von neofaschistischen und rechtsextremen Gruppen
Hrsg: ASP - Agentur für soziale Perspektiven
Lausitzer Str. 10, 10999 Berlin
mail@aspberlin.de

Eine der wesentlichen und dramatischsten Entwicklungen in den vergangenen Jahren ist, dass sich Nazis einen kulturellen, vorpolitischen Raum erobern konnten. Neofaschistische Einflüsse zeigen sich in der Musik, der Kleidungs-Ordnung, in Codes und Symbolen. Für diejenigen, die täglich mit Jugendlichen arbeiten, ist es oft schwer, diese zu erkennen und zuzuordnen.

Die Broschüre »Das Versteckspiel – Lifestyle, Musik und Codes von neofaschistischen und rechtsextremen Gruppen« der Agentur für soziale Perspektiven - ASP e.V. bietet Hintergrundinformationen zu neofaschistischen Jugendkulturen und deren Lifestyle. Dabei unterscheidet sich die Broschüre angenehm von anderen Publikationen zum Thema, wie sie beispielsweise der Verfassungsschutz anbietet. Den HerausgeberInnen ist es gelungen, die Lebenswelt, Funktionsweise und Dynamik rechtsextremer Orientierung verständlich zu machen. Erfreulicherweise orientieren sie sich in der Darstellung auch nicht daran, was verboten oder nicht verboten ist, was den Praxiswert beträchtlich steigert.

Die umfangreiche Bebilderung zeigt Symbole mit nationalsozialistischem Bezug, Embleme und Logos rechtsextremer Organisationen und solche mit germanisch-heidnischem Bezug vor allem in der Form, in der sie von Jugendlichen genutzt werden. Anstelle einer einfachen Abbildung der Symbole, wie sie in Lexika üblich ist, finden sich Fotos rechter Demonstranten oder CD-Cover. Auf jugendkulturelle Codes, also Begriffe und Abkürzungen wie »White Power« oder »14 Words«, wird ebenso ausführlich eingegangen wie auf Zahlenkombinationen, mit denen strafrechtlich relevante Begriffe, Grußformeln oder Organisationszeichen verschlüsselt werden. Neben Dresscodes und Bekleidungsmarken, die in der Jugendszene sehr beliebt sind, werden auch die wichtigsten Musikrichtungen und Publikationen aufgeführt. Der Schwerpunkt der Broschüre liegt auf der Region Berlin/Brandenburg.

Ein ansprechendes Layout leitet die NutzerInnen durch das Heft, die farbige Kennzeichnung der Kapitel ermöglicht ein schnelles Auffinden der gesuchten Symbole. Eine Literaturliste sowie Service-Adressen runden die Broschüre ab: Ein Nachschlagewerk, das gelungen ist. ■

Zu beziehen über:
rat – reihe antifaschistischer texte,
c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.
Einzelbestellungen: 3 Euro plus 1 Euro Versandkosten. 10 Exemplare: 25 Euro inkl. Versandkosten gegen Vorkasse. Mehrfachbestellungen auf Anfrage.

# Handbuch Rechtsradikalismus

Gute Gesamtdarstellungen der bundesdeutschen extremen Rechten gibt es nur wenige. Viele Bücher scheitern an dem Anspruch und dem Umfang des Themas. Hierin reiht sich leider das »Handbuch Rechtsradikalismus« ein, das im vergangenen Herbst im Verlag Leske & Budrich erschienen ist. Die Herausgeber Bernd Wagner und Thomas Grumke, beide Mitarbeiter des Berliner Zentrum für demokratische Kultur, wollten einen »umfassenden Überblick über den gegenwärtigen deutschen Rechtsradikalismus in all seinen ideologischen und organisatorischen Facetten und Ausformungen« vermitteln. Ein gewaltiger Ansatz, der leider nicht umgesetzt wurde.

Der Band vereinigt fünfzehn Fachartikel und rund 250 Seiten Profile von Organisationen und Aktivisten der extrem rechten Szene. Ein Großteil der Fachartikel scheint schon bei der Drucklegung veraltet gewesen zu sein. Eine Bebilderung fehlt durchgängig, worunter vor allem der Beitrag zu Symbolen leidet. Bei einigen Autoren fällt unangenehm auf, dass sie sich zwar in der Sekundärliteratur über die rechte Szene auskennen, eine eigene Recherche oder neue Erkenntnisse jedoch nicht ersichtlich sind. Der Beitrag von Sven Pötsch zu rechtsextremer Musik fällt in diesem Sinne besonders negativ auf. Positiv hervorzuheben sind dagegen die Beiträge von Renate Bitzan oder Michael Minkenberg.

Insbesondere fällt hier auf, wie unterschiedlich die Herangehensweisen und Begrifflichkeiten der AutorInnen sind. Die Mitte der Gesellschaft, die die Herausgeber ausdrücklich beleuchten wollten, taucht kaum auf. Die Begriffe Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus werden, entgegen der Definition im Vorwort, beliebig und unscharf verwendet.

Diese Mängel treten im Lexikon besonders deutlich zu Tage. Wer oder was in den Profilen Platz bekam, scheint an der Menge des verfügbaren Materials aus Internet oder Sekundärquellen gelegen zu haben. Ein Abbild des bundesdeutschen Rechtsradikalismus ist das nicht. Etliches ist veraltet, anderes fehlt. Es fehlt die national-konservative Rechte – also das klassische Brückenspektrum –, es gibt keine Einschätzung zu extrem rechten Burschenschaften – immerhin einer der aktivsten Bereiche der organisierten extremen Rechten –, und Gruppen der völkischen Jugendarbeit gibt es für die Herausgaber des Buches seit der Wiking-Jugend offenbar auch nicht. Vertriebenenverbände? Fehlanzeige. Wer annimmt, die Profile des »Handbuch Rechtsradikalismus« beleuchten die wesentlichen »Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft«, der wird also einige Überraschungen erleben - und einen falschen Eindruck bekommen. Viele Profile können sich nicht zu eindeutigen Aussagen darüber durchringen, ob eine Organisation »rechtsradikal« oder neofaschistisch ist. Die Einschätzungen sind im Gegenteil von Vermutungen durchzogen. Das zeigt, dass auch hier der Quellenstand nicht sehr aussagekräftig gewesen sein kann.

Fazit: Wer einen guten Überblick über die bundesdeutsche extreme Rechte sucht, muss sich weiter gedulden. Oder die guten Bücher lesen, die zu einigen Spektren vorliegen. ■




Thomas Grumke, Bernd Wagner (Hrsg.)
Handbuch Rechtsradikalismus
ISBN 3-8100-3399-5
Leske + Budrich
Opladen 2002

# Jugendbücher zum Neofaschismus

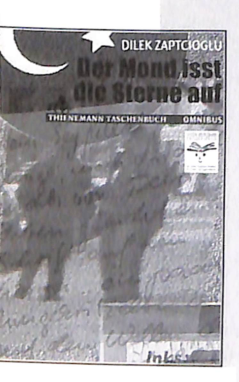
## Zwischen Fiktion und Wirklichkeit










Viel Kinder- und Jugendliteratur ist seit den 60er Jahren zum Nationalsozialismus erschienen. Zunächst ging es meist um den historischen Nationalsozialismus; ab den 80er Jahren entstanden in der BRD erstmals Romane, in denen aktuelle rechte Tendenzen problematisiert wurden (in der DDR gab es solche Romane nicht). Weniger bekannt sind die Romane, die nach der Eskalation rechter Gewalt Anfang der 90er Jahre erschienen. Besonders nach Pogromen wie in Rostock sind etliche Bücher über Neofaschismus geschrieben worden. Durch die große Medienpräsenz kamen verstärkt auch journalistische Ansätze vor. So werden Recherchen, die für Fernsehfilme gemacht wurden, zum Jugendbuch verarbeitet. Einige dieser Romane sind empfehlenswert, andere basieren auf Klischees und Vorurteilen oder sind moralisierend.

### Grobe Unterteilungen

Generell festzustellen sind verschiedene Vorgehensweisen. Da ist zum einen die Erzählung aus der Sicht von Betroffenen, die also außerhalb der Naziszene stehen. Sie beobachten oder versuchen einzugreifen – zumeist auf sehr individuelle Weise. In diesem Kontext wird häufig die Lebensrealität von MigrantInnen beschrieben. Bereits in den 80er Jahren findet sich z.B. unter dem Stichwort »Ausländerfeindlichkeit« ein wichtiges Thema. So wird auch in aktuellen Büchern Rassismus und Migration zum Beispiel aus der Perspektive ausländischer Jugendlicher thematisiert. Ein anderer Versuch ist, Geschichten von Mitgliedern rechter Cliquen oder Nazigruppen zu erzählen. Die »Helden« sind oft psychologisiert dargestellt, es geht um die Frage nach den Ursachen ihrer Mitgliedschaft, und das jugendkulturelle Milieu ist zentral. Meist geht es um den Ausstieg aus der Neonazi-Szene. Die Protagonisten sind meist männlich. Wenn in seltenen Fällen Mädchen/junge Frauen in den Blick geraten, dann meist in der Rolle der stillen Begleiterin mit positivem Einfluss oder aber als Fanatikerinnen rechter Skinkultur. Mädchen, die einen eigenständigen realistischen Entwicklungsprozess durchmachen, existieren so gut wie nicht.

### Gute Absichten: Information und Aufklärung

Gemeinsam ist den skizzierten Büchern der Wunsch, aufzuklären und aufzurütteln. Einige der AutorInnen verfehlen diesen Anspruch aber. Manche Bücher sind durch die Informationsflut über Naziideologie dröge, andere kommen zu pädagogisch daher. Zu groß ist das Bemühen, eine Gesamtanalyse jugendlich rüber zu bringen. Manchmal wird gar rassistischen Argumentationen auf den Leim gegangen, wenn z.B. der Grund für Rassismus bei »den Ausländern« gesucht wird. Andere Erzählungen reduzieren die Neonaziszene ausschließlich auf Jugendbanden, die völlig unpolitisch seien. Das passiert besonders dann, wenn es um Jugendgewalt geht.

### Selbsthilfe minus Antifa?

AntifaschistInnen tauchen als AkteurInnem nirgendwo auf. Als Opposition werden höchstens antifaschistische Zeitzeugen aus der Großelterngeneration beschrieben. Deshalb soll auf das herausragende »Friß und stirb trotzdem«[1] von Raul Zelik hingewiesen werden, das sich durch die Darstellung von Alltag und Denken von AntifaschistInnen auszeichnet: Erzählt wird vom authentischen Kaindl-Fall. Bei einer Aktion gegen ein Nazitreffen wird ein Nazi-Funktionär getötet, die AktivistInnen werden verhaftet oder tauchen unter. Neben Zeliks Roman wollen wir noch vier positiv auffallende Bücher nennen. Lutz van Dijk beschreibt in seinem Roman »Von Skinheads keine Spur«[2] die Geschichte zweier Jugendlicher, deren Weg sich bei einem rassistischen Überfall in einer ostdeutschen Kleinstadt kurz nach 1989 kreuzt. Der eine ist Kumpel der Angreifer – Sören aus der (ehemaligen) DDR, der andere wird zum Opfer – Jim aus Namibia, der als Vertragsarbeiter in die DDR gekommen war. Ausgezeichnet ist die parallele Beschreibung der beiden völlig verschiedenen Lebenswelten. Gute Neuerscheinungen kommen vor allem aus Skandinavien. Da ist zum Beispiel Band 1 der Detektivgeschichten von »Peter und dem Prof«[3] des Autors Ingvar Ambjörnsen. In einer Osloer Schule taucht Neonazipropaganda auf, woraufhin zwei Jungen die Urheber suchen und eine Verbindung zwischen einer »legalen« faschistischen Organisation und einer Gruppe terroristischer Neonazis entdecken. Das Buch setzt auf eine selbstverständliche Ablehnung von Neonazismus, betont den eigenen Handlungsspielraum und spart nicht mit Kritik an der weitgehend untätigen Erwachsenenwelt. In Mats Wahls Krimi-Roman »Der Unsichtbare«[4] geht es um Gewalt von Neonazis in einer schwedischen Kleinstadt, in der ein Jugend-

1| Raul Zelik, Friß und stirb trotzdem, Hamburg 1997
2| Lutz van Dijk: Von Skinheads keine Spur, C. Bertelsmann Taschenbuch, 2002
3| Ingvar Ambjörnsen, Die Riesen fallen, Zürich 1997
4| Mats Wahl: Der Unsichtbare, Hanser, 2001
5| Dilek Zaptcioglu: Der Mond isst die Sterne auf, Omnibus, 2001

licher verschwindet. Zwei Kommissare stoßen bei ihrer Suche auf eine Neonaziclique, die MigrantInnen und antifaschistische Jugendliche terrorisiert. Der verschwundene Hilmer begleitet als Unsichtbarer die Polizisten und alle Menschen, die an ihn denken, bei der Suche. Dies macht das Buch besonders lesenswert. Ebenfalls gelungen ist dem Autor die Skizze der Kleinstadtstimmung, wo zu viele BürgerInnen lieber ihren Ruf retten wollen, als die Existenz von Neonazis zuzugeben. Neonaziorganisierung ist auch Thema des Romans »Der Mond isst die Sterne auf«[5] von Dilek Zaptcioglu. Vordergründig geht es um den Alltag des jungen Berliner Türken Ömer. Als eines Abends sein Vater halb ertrunken aus der Spree gerettet wird, beginnt für Ömer und seine Freunde die Suche nach den möglichen Tätern. Das Leben zwischen Integration und Ausgrenzung ist u.a. ein Thema, das die Autorin in realitätsnaher Sprache vermittelt. ■

### The final Insult

»The final Insult – Das Diktat gegen die Überlebenden« ist Titel und Thema des Buchs der gruppe offene rechnungen, das im März im Unrast-Verlag erscheint. Die HerausgeberInnen zeigen, wie mittels des Almosenfonds des deutschen Staates,der Unternehmen und der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« Nationalsozialismus und Volksgemeinschaft erneut beerbt werden und wie dies in aggressiver Abwehr gegen die wenigen Überlebenden der Sklaven- und Zwangsarbeit geschieht. Im Zentrum des Buches stehen Erinnerungen und Erfahrungen von Rudy Kennedy (London), Ludwik Krasucki (Warschau) und Felix Kolmer (Prag). Sie berichten über ihre Zeit als Sklavenarbeiter und den Umgang der deutschen Delegation mit den Vertretern der Opfer bei den sogenannten Entschädigungsverhandlungen. Interviews mit diesen Kämpfern für eine Entschädigung bieten einzigartige Einblicke in die Geschichte der Nicht-Entschädigung und verdeutlichen die Notwendigkeit, ausgehend von den Erfahrungen der überlebenden KritikerInnen, mit den deutschen Zuständen zu brechen. Die historischen und aktuellen Beiträge von Tobias Ebbrecht, Johanna Mueller, Jörg und Lars Rensmann, Rolf Surmann, Dorothee Wein und Timo Reinfrank u.a. über die Geschichte der Entschädigungsverweigerung, die zunehmende Artikulation des Antisemitismus über die »Verhandlungen« bis heute, die Derealisierung der deutschen Linken und den Umgang mit den Ansprüche der griechischen Opfer u.a. von Distomo machen diese Herausforderung deutlich. ■

gruppe offene rechnungen (Hg.): The final insult – Das Diktat gegen die Überlebenden. Deutsche Erinnerungsabwehr und Nichtentschädigung der NS-Sklavenarbeit, Unrast-Verlag: Münster, ca. 300 S., 14 EUR, ISBN 3-89771-417-5, erscheint im März.

# Stalingrad und kein Zurück:

## Wahn und Wirklichkeit

Die apologetische Literatur über Stalingrad im Zweiten Weltkrieg ist Legion. Sie reicht von Offizierserinnerungen bis zu Landserheften. Die Stalingradschlacht jährt sich in diesem Jahr zum sechzigsten Mal. Entsprechend breit war die publizistische Aufmerksamkeit schon vor dem eigentlichen Jahrestag. Dabei ist in Radiosendungen und Fernsehdokumentationen der Versuch einer Entpolitisierung des Geschehens erkennbar. Im Mittelpunkt der Deutungen steht das Schicksal des einfachen deutschen Soldaten im Kessel von Stalingrad. Damalige politisch-ideologische Hintergründe der Schlacht und heutige geschichtspolitische Dimensionen bleiben sowohl in einer Sendereihe des Deutschlandfunks als auch in einer ARD-Dokumentation weitgehend ausgespart.

Das neue Buch des Berliner Historikers Kurt Pätzold rückt die sekundären medialen Reproduktionen des Stalingradmythos zurecht. Anschaulich erläutert Pätzold noch einmal die zentrale Bedeutung der Eroberung Stalingrads für die deutsche Wehrmachtsführung. Dieser ging es Ende 1942 darum, mit der Eroberung der Wolgastadt Stalingrad der Roten Armee die Nachschubwege abzuschneiden und das Tor für die Ausbeutung der Ölfelder von Baku zu öffnen. Pätzold skizziert aber nicht nur schlüssig die deutsche Kriegszielpolitik der Wehrmachtsführung. Ausführlicher als diese bespricht der Autor die Mechanismen und Wirkungen der spezifischen Opfergang- und Erlösungspropaganda, die recht bald nach der Einkesselung der 6. Armee sowohl in Deutschland als auch an der Front einsetzte.

Bis zuletzt trug die Generalität die militärische Vorgabe Hitlers, Stalingrad zu halten, propagandistisch und faktisch mit. Schließlich wendet sich Pätzold der Analyse der ideologischen Indienstnahmen der Schlacht um Stalingrad nach dem Krieg zu.

Das Buch ist als Ergänzung zu übergreifenderen Standartwerken, etwa von Wette oder Messerschmidt, gut lesbar. ■

Pätzold, Kurt
Stalingrad und kein Zurück: Wahn und Wirklichkeit
Militzke Verlag Leipzig; 206 S. 17,90 Euro

# RechtsRock

## Musik als Schlüssel zum gesellschaftlichen Mainstream




Christian Dornbusch, Jan Raabe (Hg.): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster: rat/ Unrast 2002. 544 Seiten, 24 Euro ISBN 3-89771-808-1

Schon mit dem ersten Blick auf Umfang und Preis des Buches wird klar, hier wurde an einem neuen Standardwerk zum Thema Rechtsextremismus gearbeitet. Unter dem Titel »RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien« geht es nicht um den verengenden Blick auf eine bestimmten Musikrichtung, sondern um Zusammenhänge zwischen Kulturbereichen und organisiertem Rechtsextremismus. Dabei ist RechtsRock nicht mehr Frage eines musikalisches Stiles, sondern ein strategisches Unternehmen zur Verbreiterung und Stärkung einer rechten Bewegung.

Im ersten Abschnitt »Bestandsaufnahme« versammeln sich alle relevanten Facetten des RechtsRock-Netzwerkes, von den Anfängen der Skinheadsubkultur und bis hin zur kadergeführten Strategiediskussion mittels ideologisch aufgeladener Musik einen vorpolitischen Raum zu erschließen. Die umfassende Darstellung verdanken die LeserInnen in diesem Teil nicht nur der Konzeption der beiden Herausgeber Christian Dornbusch und Jan Raabe, die den Sammelband nicht ganz unbescheiden als ein Resümee »ihrer« fast zehnjährigen Arbeit am Thema vorstellen, sondern auch einer Vielzahl von Autorinnen und Autoren aus antifaschistischen Initiativen, Archiven, Bildungsvereinen oder mit universitärer Anbindung. Neben dem hochkonzentrierten Einleitungsartikel der Herausgeber, in dem sie die Erfolgsgeschichte rechter Musik chronologisieren, ist besonders der Artikel »Deutschland im September« von Michael Weiss hervorzuheben. Der stilistische Kunstgriff, sich das Zeitfenster eines Monats in Deutschland zu wählen, ermöglicht den LeserInnen den Einblick in einen »Riesenmorast aus Verhetzung, Verrohung und Geschichtslügen« (S.72). Der sich trotz wiederholter soziologischer Widerlegung hartnäckig haltende Mythos des durch Arbeitslosigkeit zum Nazi gewordenen jungen Ostdeutschen wird im Beitrag der Journalistin Heike Kleffner weiter demontiert. In »RechtsRock vor Ort« untersucht sie die Genese von Konzerten und rechter Organisierung am Beispiel von Klein Bünzow und Lüneburg und die Vergleichbarkeit regionaler Bedingungen in Ost- und Westdeutschland. Die Erlebniswelt klandestiner Massenkonzerte und die soziale Bindungskraft freier Kameradschaften liefern Erklärungsmuster für die Virulenz der rechten Szene.

Spätestens hier hätte eine analytische Trennung der Beiträge über Erscheinungsformen und über Bedingungen gut getan. Zumindest hätte man den Beitrag von Alexander Häusler, der sich ohne erkennbare Reihenfolge in die weiteren Beiträge u.a. zur Dark-Wave- und Black-Metal-Szene, Fanzine-Analyse, zur Bedeutung von Frauen in der Szene und internationalen Beziehungen einreiht, an den Schluß des ersten Buchteils setzen können. In »Szene, Stil, Subkultur oder Bewegung?« verweist Häusler auf die politische Instrumentalisierung wissenschaftlicher Theoriebildung, wenn Links und Rechts als extremistische Ränder einer ansonsten nicht kritisch reflektierten gesellschaftlichen Ordnung verhandelt werden. Entgegen der Totalitarismusfalle bewegt sich auch seine Einschätzung rechtsextremer Aktivitäten als beginnende »Völkische Bewegung«. Nur indem man die analytische Gleichsetzung als »Protest-Bewegung« im Sinne der Friedens- und Umweltbewegung zurückweist, wird man faschistischer Ideologie gerecht. In ihr geht es nicht um die Ablehnung, »sondern (um die) reaktionäre Zuspitzung hegemonialer sozioökonomischer und ideologischer Wertmuster« (S.270).

Die Auswahl der im zweiten Teil »Gegenstrategien« versammelten Beiträge reicht von staatlichen Konzepten gegen Rechts, über das Projekt Brothers und Sisters Keepers bis hin zum Antifaschistischen Infoblatt. Irritierend ist in diesem schmalsten Abschnitt des Buches der redundante Ruf nach der Zivilgesellschaft, in einem Land, in dem Rechtsextremismus ohne die Mitte der Gesellschaft nicht denkbar ist. Hier scheint das Buch fast im Nachhall des sogenannten Antifasommers des Jahres 2000 zu stehen, den auch antifaschistische Initiativen mit einer Mischung aus Skepsis, Hoffnung und Pragmatismus verfolgten.

Den Schwerpunkt institutioneller Bildungsarbeit bei der Auswahl der Beiträge begründen die Herausgeber allerdings hinlänglich. RechtsRock allein macht Jugendliche nicht zu Nazis, »ob Jugendliche ... die Musik hören wollen, geht von ihnen selbst aus« (S. 313). Erst mit dem Andocken an gelernte Stereotype verfestigt sich ein rechtsextremes Weltbild.

Im dritten Teil »Verzeichnisse und Register« hat das Wühlen im braunen »Riesenmorast« umfassende Verzeichnisse zu Symbolik, Bands, Labels und Fanzines ermöglicht.

Neben der obligatorischen Bibliographie fehlt ein Adressenverzeichnis von Initiativen gegen Rassismus und Rechtsextremismus ebenso wenig wie ein Personen- und Sachregister. In Zusammenhang mit der Relevanz der Recherche im Teil »Bestandsaufnahme« stärkt der dritte Teil von »RechtsRock« die Anlage des Buches zum einschlägigen Handbuch.■

# Apartheidskrieger gestoppt

Erstmals seit 1994 ist in Südafrika wieder ein schlagkräftiges Netz von rechtsradikalen Buren in Erscheinung getreten. Mitte Dezember 2002 gelang es der Polizei, eine für die Weihnachtswochen angekündigte Terrorwelle der Untergrundgruppe »Boeremag« (Burenmacht) gerade noch rechtzeitig zu stoppen.

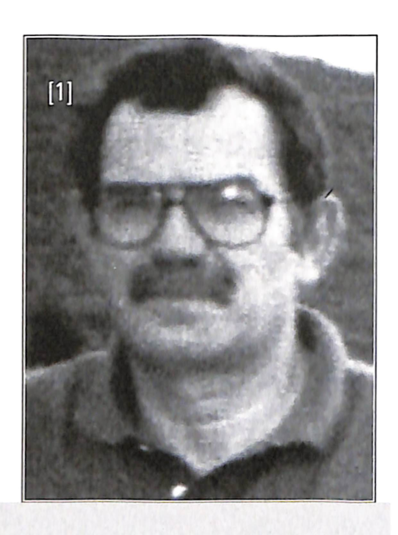
Am 11. Dezember 2002 war der Polizei der vorerst letzte Schlag gegen die Untergrundtruppe gelungen. Ein Pick-up, gesteuert von Herman van Rooyen, geriet der Polizei mitsamt brisanter Fracht in die Fänge.

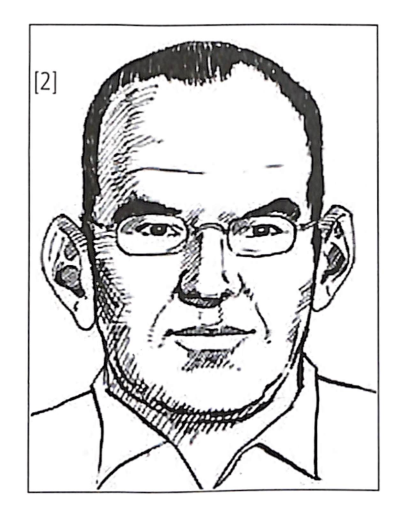
Van Rooyen war einer der steckbrieflich Gesuchten nach den Bombenanschlägen in Soweto von Ende Oktober 2002. Auf der Ladefläche hatte er 384kg Sprengstoff sowie Schrauben und Muttern, die als Schrapnelle die tödliche Wirkung verstärken sollten. Das war eine Sprengstoffmenge, mit der Boeremag einen Anschlag im Stile der Bombe von Oklahoma City (USA) hätte bewerkstelligen können. 1995 mussten in den USA 167 Menschen ihr Leben lassen und über zweihundert wurden schwer verletzt

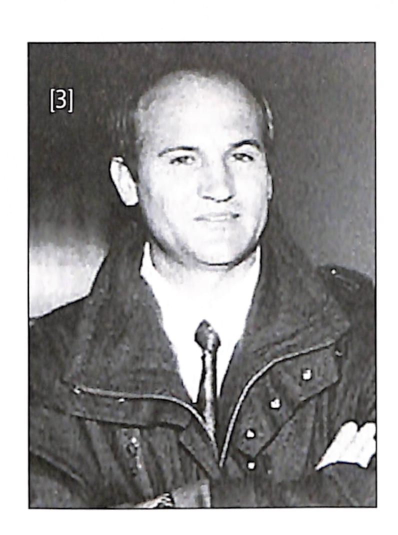
Bei van Rooyen fand die Polizei Hinweise auf den Aufenthaltsort zwei weiterer gesuchter Boeremag-Leute. Auf der Farm, auf der sie untergeschlüpft waren, stießen die Fahnder auf weitere 500kg Sprengstoff. Es gab insgesamt acht Verhaftungen, darunter sechs Personen, die nach den Bombenanschlägen in Soweto Ende Oktober gesucht wurden.

Damit hatte die südafrikanische Polizei die für Weihnachten angekündigte Terrorwelle ausgebremst. Seit April 2002 hatte es immer wieder Waffenfunde und Verhaftungen gegeben. Im Herbst saßen bereits über 20 mutmaßliche Boeremag-Mitglieder ein, denen im Jahr 2003 der Prozess gemacht werden soll. Von einer breiten Verankerung der Organisation in der weißen Bevölkerung war nicht →






[1] Tom Vorster
[2] Gerichtszeichnung von Tom Vorster
[3] Johann Niemoller

→ auszugehen, doch die gefundenen enormen Waffen- und Sprengstoffmengen sprachen für ein echtes Bedrohungspotential.

### Rechte Putschkonzepte

Das politische Konzept, so weit es beschlagnahmten Unterlagen zu entnehmen war, beinhaltete platte faschistische Putschpolitik: Mit allen Mitteln eine Bürgerkriegssituation schaffen, die die Machtübernahme und die Vertreibung der schwarzen Bevölkerung ermöglicht. Südafrikas Präsident Tabo Mbeki und frühere Apartheidpolitiker, die den Weg zur schwarzen Mehrheitsregierung geebnet hatten, sollten ermordet werden. Auf dem Forderungskatalog stand die Freilassung von Gefangenen: Eugene de Kock, Leiter staatlicher Todesschwadronen zu Apartheidzeiten (er hat sich inzwischen von Boeremag distanziert), Willem Ratte, deutschstämmiger Führer des Pretoria–Burenkommandos, die beiden Mörder des KP-Führers Chris Hani, Janusz Walus und Clive Derby-Lewis, und alle Inhaftierten, die wegen Boeremag-Mitgliedschaft einsaßen.

Umsetzen konnte Boeremag von ihrem Bürgerkriegsszenario nicht viel. Der Verfolgungsdruck war für die Burentruppe zu groß. Seit April 2002 hatte die Polizei mehrere Waffendepots gefunden, im September war sie auf einen verlassenen LKW gestoßen. Es handelte sich um eine mobile Klinik mit Röntgen- und Operationsmöglichkeiten. Zugleich war das Gefährt vollgestopft mit allerlei Bürgerkriegsbedarf: Automatische Waffen, Einzelteile zum Bombenbau, Soldatenhelme, Embleme mit Odalrunen. Mit diesem Fund war klar, dass die Gruppe sich im Vorfeld von Aktionen befand. Mehrere Personen schrieb die Polizei zur Fahndung aus, darunter Tom Vorster, der als der Kopf des Untergrundflügels der Boeremag gehandelt wurde. Er hatte während des Apartheidregimes beim militärischen Geheimdienst gearbeitet und war dort für die extreme Rechte zuständig gewesen. Da er sich öfters in den USA aufgehalten hatte, gab es gleich Gerüchte über Querverbindungen zu Neonazis in den USA.

### Die Anschläge

Den Einstieg für die Boeremag-Terrorkampagne sollten zahlreiche Bomben im September 2002 beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg bilden. Doch die Polizei hatte schon einen Monat zuvor Wind von den Plänen bekommen und 16 zu Bomben präparierte Gasbehälter in der Stadt entdeckt. Als sie eine Demonstration von GlobalisierungsgegnerInnen und südafrikanischen sozialen Bewegungen während des Weltgipfels verbot, gab es viel Empörung. Erst Wochen später erklärte Südafrikas oberster Polizeikommissar, Jackie Selebi, dass die Polizei damals weiterhin von einer Anschlagsgefahr ausgehen musste. Am 30. Oktober 2002 explodierten in Soweto, Südafrikas größter schwarzer Stadt und Anti-Apartheidssymbol, neun Bomben. Sie zerstörten vor allem Zugverbindungen in die städtische Metropole von Johannesburg. Eine Frau wurde von einem herausgesprengten Gleisstück erschlagen.

Eine zehnte Explosion gab es in einem Hindu-Tempel bei Pretoria. Zur Tat bekannten sich Krieger des Burenvolkes, die die Anschläge als den »Anfang vom Ende der ANC-Regierung« bezeichneten. Ihre Forderung: Freilassung von 35 Gefangenen, darunter alle Boeremag-Inhaftierten. Andernfalls habe die ANC-Regierung »Konsequenzen« vor und während der »falschen und weltlichen« Weihnachtswochen zu verantworten. Der Bezug zu Boeremag war offensichtlich, zudem hatte die Polizei Spuren an einem nicht explodierten Sprengsatz gefunden. Sechs Personen schrieb die Polizei namentlich zur Fahndung aus. Die meisten von ihnen, darunter van Rooyen, wurden schon zuvor gesucht. Einige Tage nach den Soweto-Bomben gelang der Polizei mit Tom Vorster ein großer Fang. Zu seiner Verhaftung führte sein Visumsantrag für die USA. Er wurde Anfang November in der Nähe

eines US-Konsulats verhaftet. Mit der Verhaftung Vorsters und der Ausschreibung weiterer Boeremag-Leute zur Fahndung war die Untergrundgruppe angeschlagen. Doch in den nächsten Wochen folgten weitere Anschläge, auf ein Polizeigebäude in Kapstadt, ein Flughafengebäude und eine Brücke in KwaZulu-Natal. Auf die Sprengung der Brücke konterte die Polizei mit einer landesweiten Razzia in 94 Farmen und Wohnhäusern. Damit wurde den Boeremag-Gesuchten signalisiert, dass auch das Untertauchen auf Farmen sein Risiko hatte.

Noch am selben Tag bekräftigten »Krieger des Burenvolkes« in einem Schreiben, während der Weihnachtswochen Rache zu üben. Die Erklärung war gespickt mit Bibelzitaten und der Androhung von »heiliger Rache« für das »auserwählte Volk«. Die erste Phase sei eine Kraftdemonstration gewesen. Jetzt wären Staatsgebäude das Ziel, alle Privatfirmen sollten sich aus ihnen zurück ziehen.

Die Weihnachtswochen sind die Hauptferienzeit in Südafrika. Es drängte sich auf, dass spätestens mitdem 16. Dezember mit den ersten Anschlägen zu rechnen war. Es ist der Hauptfeiertag im Burennationalismus, zu Apartheidzeiten wurde jedes Jahr der siegreichen Schlacht am Blood River gegen die Zulus gedacht. Inzwischen hatte die schwarze Mehrheitsregierung ihn zum »Tag der Versöhnung« erklärt.

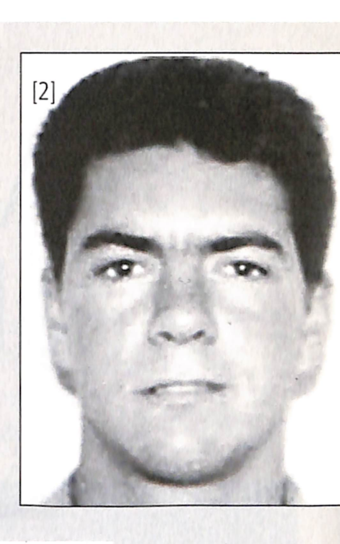
Es kündigte sich ein Wettlauf mit der Zeit an. Anfang Dezember zeigte sich Südafrikas Polizeichef, Jackie Selebi, zuversichtlich. Es gebe keinen Grund zur Panik, »da die großen Fische bereits hinter Gittern sitzen, wir haben es jetzt mit dem Fußvolk zu tun«. Die Festnahmen van Rooyens und weiterer Boeremag-Krieger schienen seine Einschätzung zu bestätigen. Über Weihnachten blieb es dann ruhig, es gab offensichtlich keine weiteren aktionsfähigen Boeremag-Zellen in Wartehaltung.

## Wer steckt hinter Boeremag?

Die Sicherheitsbehörden sind dem rechten Netz seit über zwei Jahren auf der Spur. In Alarm hatte sie ein dreister Raubüberfall auf ein Waffendepot der Streitkräfte im Jahr 1998 versetzt. Damals hatten Angehörige von der Organisation »Die Volk« große Mengen Waffen erbeutet, zwei Soldaten gekidnappt und später kaltblütig ermordet. Das Konzept von »Die Volk« war dem von Boeremag sehr ähnlich.

In dem Prozess bezichtigte einer der Hauptangeklagten um den Waffenraub, Johan Niemoller, Führungsperson von Die Volk zu sein. Die Aussage zog er später zurück. Niemoller ist wohlhabender Geschäftsmann und Farmer. Er war Teilhaber der privaten Söldnerfirma Executive Outcomes und taucht überall dort in Afrika auf, wo sich mit Diktatoren oder Warlords Geschäfte mit Waffen, militärischem Know-How und Söldnern machen lassen. Ein Bericht der Vereinten Nationen von Juli 2002 über Söldner führte Niemoller namentlich auf als Schmuggler von Diamanten aus Angola, die er von der Unita[1] kaufte, als deren Waffenlieferant und als deren Rekruteur von Söldnern aus Europa. Wohlhabend wurde Niemoller in den 80er Jahren, als er die südafrikanische Armee mit Militärgütern belieferte. Doch das war nur eine Seite seiner Aktivitäten. Ende der 80er Jahre war er für das Civil Cooperation Bureau (CCB)[2] in Namibia gewesen (eine CCB-Tätigkeit behauptete eine südafrikanische Zeitung auch bei Tom Vorster). Das CCB hatte ihm 600.000 Rand gegeben, damit er sich in Namibia niederlässt und als Fassade eine Firma aufzieht. Er war zumindest beteiligt an dem Mord an dem führenden SWAPO-Aktivisten Anton Lubowski im September 1989. Mehrmals hatte Niemoller Lubowski im Vorfeld seiner Ermordung aufgesucht und dessen Haus für das CCB auch von innen gefilmt. Auch tauchte Niemollers Name im Zusammenhang mit einem stümperhaften Versuch auf, 1984 vier ANC-Führer, darunter Oliver Tambo, aus London zu entführen.







[1] De Kock
[2] Van Rooyen

Es ist gut möglich, dass es personelle Kontinuitäten von Die Volk zu Boeremag gibt. Boeremag scheint eher ein Netz zu sein, in dem unterschiedliche Kleingruppen aus dem extrem-rechten Lager aufgegangen sind. Dafür spricht auch der zweite Brief der Krieger des Burenvolkes, der einen christlich-fundamentalistischen Grundton enthält – was bei der Ausrichtung von Boeremag bisher nicht der Fall war. In Südafrika gibt es wie in den USA rechtsradikale »Kirchen«-Sekten wie Israel Vision, aus deren Umfeld in der jüngsten Vergangenheit auch Anschläge geplant worden waren.

Boeremag ist keine wirkliche Bedrohung des südafrikanischen Staatsgefüges. Die Organisation ist aber auch mehr gewesen, als die Kleingruppen in den letzten Jahren, die über einen einzelnen Anschlag nicht hinausgekommen sind. In der südafrikanischen Gesellschaft ist ein Potential von rechten Kräften vorhanden, das von ehemaligen Militär- und Geheimdienstangehörigen, Mitarbeitern der CCB-Strukturen, Rechten im heutigen Militärapparat bis hin zu den Mitgliedern der buren-nationalistischen Gruppen reicht. Dass sich dieses Spektrum als gemeinsame Kraft aktiviert, ist im Fall einer sich stark verschlechternden Situation vorstellbar. ■

1| Unita: Im antikolonialen Krieg war die Unita eine der drei konkurrierenden angolanischen Befreiungsbewegungen. Sie wurde später u.a. von den USA und der World Anti-Communist League unterstützt.

2| CCB: Geheime Struktur des Apartheidmilitärs für sogenannte verdeckte Operationen, z.B. die Liquidierung von ApatheidgegnerInnen

# Abschaffung des Asylrechts als »humanitäre Tradition«




[1] Ruth Metzler

Mit der knappen Ablehnung des Asyl-Referendums der Schweizerischen Volkspartei SVP am 24. November 2002 wurde die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl vorerst vertagt. Mit der laufenden Revision des Asylgesetzes werden aber praktisch sämtliche Forderungen der nationalkonservativen SVP erfüllt.

» »Ich bin ausserordentlich erleichtert und froh, dass wir weiterhin eine humanitäre Asylpolitik verfolgen können.« Was die Schweizer Justizministerin und Christdemokratin Ruth Metzler am Abend des vergangenen 24. Novembers 2002 verkündete, ist milde gesagt orwellscher Newspeak. Zwar hatte das jüngste Schweizer Regierungsmitglied eben einen Sieg über ein restriktives asylpolitisches Begehren der Schweizerischen Volkspartei SVP errungen und wusste dabei eine Mehrheit – wenn auch nur eine äusserst knappe – der stimmberechtigten Schweizer Bevölkerung hinter sich. Doch das Gerede von einer »humanitären Asylpolitik« hat mit der Realität wenig zu tun. Wollte die SVP mit dem direkt-demokratischen Mittel einer Volksinitiative die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl herbei führen, so tut dies Frau Ministerin auf dem legislativen Weg. In der laufenden Revision des Schweizerischen Asylgesetzes werden genau jene Punkte, die von der SVP aufgegriffen wurden, einfliessen.

## Stimmungsmache wird Politik

Vor mehr als drei Jahren, als infolge des NATO-Luftkrieges gegen Jugoslawien vermehrt Kosovo-AlbanerInnen in der Schweiz Zuflucht suchten, hatte die SVP ihre Volksinitiative »gegen Asylrechtsmissbrauch« gestartet, die dazu benötigten 100.000 Unterschriften binnen 18 Monaten erfolgreich gesammelt und damit erreicht, dass ihre Vorschläge an der Urne vorgelegt werden. Zentraler Punkt des Referendums war die sogenannte Drittstaatenregelung. Nach dem Willen der Volkspartei sollte auf ein Asylgesuch nicht mehr eingegangen werden, wenn die Asyl suchende Person aus einem »sicheren Drittstaat« in die Schweiz eingereist ist, oder dort bereits ein Asylgesuch gestellt hat oder hätte stellen können. Diese »sicheren Drittstaaten« sollen vom Bundesrat (Landesregierung) definiert werden, wie er dies bereits im Zusammenhang mit »sicheren« Herkunftsstaaten tut; als solche wurden 1991 etwa Algerien und Angola bezeichnet.

Da der Grossteil der in der Schweiz Asyl Suchenden über einen »sicheren Drittstaat« einreist – ausser den wenigen, die direkt aus dem Fluchtland einfliegen – hätte eine solche Regelung die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl bedeutet. Weitere Forderungen des inzwischen abgelehnten Begehrens waren Sanktionen gegen Fluggesellschaften, die geltende Vorschriften der Mitwirkung bei der Kontrolle der Einreisevorschriften nicht einhalten, ausserdem sollten Fürsorgeleistungen gekürzt, sowie neue Formen und eine Verlängerung der Abschiebehaft eingeführt werden. Kurz: Ein Albtraum aus dem asylpolitischen Gruselkabinett. Selbst Ruud Lubbers, UNO-Hochkommissar für Flüchtlinge, sah sich veranlasst, zum SVP Asylreferendum Stellung zu nehmen. Er würde es als sehr beunruhigend empfinden, wenn die Schweiz zu dem Land in Europa würde, in dem Flüchtlinge am wenigsten willkommen wären, so Lubbers in einer Mitteilung vom 5. November 2002.

## Mit Zustimmung gerechnet

Am vergangenen 24. November konnten sich dann Herr und Frau Schweizer zu den asylpolitischen Vorschlägen der SVP an der Urne äussern. Vorangegangen war ein Abstimmungskampf, in dessen Verlauf sich trotz regierungsoffizieller Ablehnung des Referendums immer mehr Vertreter sowie mehrere Orts- und Kantonalgruppen der beiden bürgerlichen Regierungsparteien FDP und CVP für die volksparteiliche Brachialrezeptur

erwärmen konnten. Wochen vor der Abstimmung wurde denn auch eine deutliche Zustimmung zum Referendum prognostiziert. Von den Regierungsparteien hielten einzig die SozialdemokratInnen konsequent dagegen und empfahlen das Begehren zur Ablehnung.

An vorderster Front gegen die SVP-Pläne stand allerdings Justizministerin Metzler – mit einem klaren Interesse. Das Begehren, das auf der populistischen Anti-Flüchtlingsstimmungsmache aus den Zeiten des Kriegs gegen Jugoslawien stammte, lag quer zur asylpolitischen Agenda der Regierung. Inhaltlich indes unterscheiden sich die beiden wenig. Newspeak hüben und drüben. SVP und Metzler betonten beide, einzig und alleine im Interesse der »humanitären Tradition« des Landes zu handeln. Das heisst konkret: Man versucht sich gegenseitig mit der »effizienteren« Ausgestaltung des Asylrechts zu übertrumpfen. Metzlers Begründung für ihre Ablehnung der SVP-Vorschläge liest sich denn auch wie eine Blaupause des nächsten Referendums aus der Volkspartei-Hexenküche.

### »Besorgte« Regierung

Die CVP-Justizministerin – und mit ihr die gesamte Landesregierung (inklusive dem verhältnismässig moderaten Regierungsvertreter der SVP) – legte sich mächtig ins Zeug gegen die SVP-Initiative und argumentierte mit der Rechtsaussenpartei um die Wette, wer nun die besseren Rezepte für eine effizientere, sprich: abschreckendere Asylpolitik parat habe. So wies Metzler unter anderem darauf hin, dass die Drittstaatenregelung wie sie die SVP vorschlägt, aufgrund mangelnder Kooperationsbereitschaft der Nachbarstaaten spätestens bei der Rückübernahme von abgewiesenen Asyl Suchenden scheitern müsse. Das probate Instrument sei die Verschärfung des Asylgesetzes, wie sie die Regierung am vergangenen 4. September präsentiert habe. Bezüglich der Drittstaatenregelung ist dort folgendes vorgesehen: Die Schweiz spricht sich mit den entsprechenden Staaten ab und weist Asylsuchende nur dann in Drittstaaten zurück, wenn diese bereit sind, die Personen zurückzunehmen. Als »flankierende Massnahmen« soll das Bundesamt für Flüchtlinge neu die Möglichkeit erhalten, zur »Verbesserung des Vollzugs« von abgewiesenen Asylsuchenden die Abschiebehaft zu verfügen. Andere Forderungen des SVP-Referendums seien zudem bereits erfüllt, erklärte Metzler.

### Skylla siegt über Charybdis

Das ministeriale Scheinsperrfeuer gegen die asylpolitischen Vorschläge von Rechtsaussen blieb nicht ohne Erfolg. Trotz dem anfänglich prognostizierten Erfolg für das SVP-Referendum, folgte eine hauchdünne Mehrheit der stimmberechtigten Schweizer Bevölkerung schliesslich doch noch den asylpolitischen Rezepten aus Bundesbern. Wobei die französischsprachigen Kantone das Referendum mehrheitlich ablehnten, während die Mehrheit der Bevölkerung in den deutschsprachigen Kantonen dafür stimmte.

Den knappen Abstimmungsausgang interpretierte Justizministerin Metzler als Ausdruck von »zahlreichen Ängsten und Unmut in der Bevölkerung, die ich immer sehr ernst genommen habe und mit diesem Abstimmungsergebnis noch ernster nehme.« Nicht im Traum wäre sie auf die Idee gekommen, dass die demokratische Ablehnung der SVP-Vorschläge auch eine Absage an ähnliche asylpolitische Konzepte bedeuten könnte. Im Gegenteil. Metzler nutzte die Gunst der Stunde um weiter Stimmung zu machen und sich zu Belangen zu äussern, die gar nicht Thema der Abstimmung waren. Um nur einen der Metzler'schen Gemeinplätze zu zitieren: »Die Probleme mit Asylsuchenden, die unser Gastrecht missbrauchen, dürfen nicht geduldet werden.« Damit spielte sie auf die Medienkampagne an, die im Vorfeld der Abstimmung junge Migranten aus Afrika kollektiv als Drogenhändler brandmarkte.

### »Rückkehr zu menschenwürdiger Politik«

Die Organisation Solidarité sans Frontières (Solidarität ohne Grenzen), die sich auf linker Seite an vorderster Front gegen das SVP-Begehren engagiert hatte, kritisierte in ihrem Kommentar zum Abstimmungsausgang vor allem das Lavieren der FDP und der CVP, das dem Referendum zum Achtungserfolg verholfen hätten. Nun gelte es zu einer menschenwürdigen Asylpolitik zurückzukehren und das Resultat als Ablehnung von restriktiven Konzepten zu verstehen. Solche Appelle verpuffen in Bern ungehört.

Gleichsam als Honorierung für den Achtungserfolg der SVP ernannte Justizministerin Metzler Mitte Dezember einen der Mitautoren des Referendums zum neuen Präsidenten der Eidgenössischen Kommission für Flüchtlingsfragen, jenem Gremium, das die Regierung in Fragen der Asyl- und Migrationspolitik berät. Endlich kommt zusammen, was zusammen gehört. ■

Der Artikel wurde uns vom Schweizer AIB-Korrespondenten zur Verfügung gestellt.




Antifaschistisches info Blatt

Nr. 58 | Winter/Frühling 2003 | 3,10 Euro

Schwerpunkt

**Die (Nicht)Entschädigung**

NS-Opfer kämpfen weiterhin um ihre Rechte

Neonazis
Völkische Jugendarbeit zur Elitenbildung

Rassismus
»Ausreisezentren« treiben Flüchtlinge in die Illegalität

Internationales
Burenkommado in Südafrika verhaftet




## Abokonditionen

### Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

### Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je 3,10 Euro

→ ab 5 Exemplaren 20% Rabatt

→ ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

## Back Issues

Fünfzehn Jahre Antifa in einem Blatt. Entwicklungen und Diskurse - nachlesen und nachvollziehen. Das eigene Archiv komplettieren. Alles kein Problem. Einfach die vorherigen Ausgaben des AIB bestellen.

### Lieferbare Ausgaben

14 | 17 | 18 | 23 bis 56

Preise sind abhängig von der gewünschten Ausgabe (1,50 bis 3,10 Euro)

## Pakete

**Info-Paket A**
14 | 17 | 18 | 23 bis 26 — 7,70 Euro

**Info-Paket B**
27 bis 33 — 11,30 Euro

**Info-Paket C**
34 bis 40 — 11,30 Euro

**Info-Paket D**
41 bis 47 — 11,30 Euro

**Info-Paket E**
48 | 49 | 51 bis 55 — 11,30 Euro

**Alle Info-Pakete** — 52,90 Euro


### Impressum

**Antifaschistisches Info Blatt**
16. Jahrgang
Nummer 58 | 1. 2003

Preis 3,10 Euro

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@mail.nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin


**Eigentumsvorbehalt**
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

AbsenderIn

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach

EmpfängerInnen

**Antifaschistisches Info Blatt**

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

# Alleine kommst Du hier nicht raus...




**Spendet an: Rote Hilfe Magdeburg,
Stadtsparkasse Magdeburg
Kontonr.: 371 519 49, BLZ. : 810 532 72,
Verwendungszweck: Soligruppe**